

Teil B

Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin

Seiten B 1– B 95

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten B 1 – B 4)

- 01)** Podiumsdiskussion und Symposion: „Geschichtsraum Olympiapark Berlin: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“
- 02)** 284. Kiezspaziergang: Vom „Fürst“ zum Hochmeisterplatz entlang des Ku'damms
- 03)** Ausstellungsgespräch „Wo Zeit stehen bleibt. Vom Tourismus und seiner Gewalt“ mit Sinthujan Varatharajah
- 04)** „Farben des Mittelmeers“: Kroatische Künstlerin aus Split stellt im Rathaus Charlottenburg

➤ **Steglitz – Zehlendorf** (Seiten B 5 - B 7)

- 01)** Zehlendorf Jahrbuch 2027 ist erschienen
- 02)** Heimat suchen – Heimat finden – Geflüchtete Menschen erzählen - Lesung in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek am 20.10.2026
- 03)** Neugestaltung Bahnhofsvorplatz Lichterfelde-West ab dem 14.09.2026

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten B 8 – B 12)

- 01)** Die Alte Mälzerei Lichtenrade lädt zur Familiennacht ein
- 02)** Stolpersteinverlegung in Schöneberg
- Erinnerung an das Ehepaar Silbermann
- 03)** „Berlin trägt Davidstern“. Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann setzt Zeichen gegen Antisemitismus
- 04)** Stolpersteine für die Familie von Tommy Schweiger

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin** (Seiten B 13 – B 95)

- 01)** Ein Tag mit Folgen. Von Ed Koch
- 02)** Die Rede. Von Ed Koch
- 03)** KW 40 (28.09. bis 04.10.2026) – Teil 2. Von Ed Koch
- 04)** KW 40 (28.09. bis 04.10.2026) – Teil 1

- 05) Ausgezeichnete Berliner. Von Ed Koch
- 06) Wirtschaftsfaktor landeseigene Wohnungsunternehmen. Von Ed Koch
- 07) Einladung zur Autorenlesung
- 08) Fassung bewahren. Von Ed Koch
- 09) Wirklich nie wieder? Von Ed Koch
- 10) KW 39 (21. bis 27.09.2026). Von Ed Koch
- 11) In den Startlöchern. Von Ed Koch
- 12) Blickwinkel. Von Ed Koch
- 13) Das ganze Ausmaß
- 14) Bloß nicht dabei sein. Von Ed Koch
- 15) Saleh zieht sich zurück
- 16) Berlin ist nicht New York. Von Ed Koch
- 17) Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen! Ein offener Brief von **Jannik Rubeck**
- 18) In den Bezirken ist es bitter. Von Ed Koch
- 19) Abgewählt. Von Ed Koch
- 20) KW 36 (14.09. bis 20.09.2026). Von Ed Koch
- 21) Finale. Von Ed Koch
- 22) 100 Jahre Gillette in Tempelhof. Von Ed Koch
- 23) Europäer. Von Ed Koch
- 24) Ist es Wahlkampf, oder was? Von Ed Koch
- 25) Was lange währt. Von Ed Koch
- 26) Endspurt. Von Ed Koch
- 27) Mehr als 100.000 Besucher beim 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen auf dem Tempelhofer Feld
- 28) KW 37 (07. bis 13.09.2026). Von Ed Koch
- 29) Ein Tag, den man nie vergisst. Von Ed Koch
- 30) Leserbrief zu Belastungsprobe Teil 2
- 31) Belastungsprobe Teil 1 / Teil 2. Von Jannik Rubeck und Ed Koch
- 32) Die Jugend – Die Zukunft
- 33) Große Pläne der Kleinen. Von Ed Koch
- 34) Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: CDU unter Druck. Merz bekräftigt seinen Kurs. Von Jannik Rubeck
- 35) Abgewählt. Von Ed Koch
- 36) KW 36 (31.08. bis 06.09.2026) – Teil 2 Das Positive der Woche
- 37) KW 36 (31.08. bis 06.09.2026)
- 38) Ed Koch am 02.09.2026 aus dem Urlaub: Russland Sanktionen

B. b) Berichte

Seiten B 96

- 01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025

B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.

Seite B 97

- 01) umbenennen?! Berliner Straßennamen in der Diskussion

01) Gudrun Ehlert, Schlesien, hat uns verlassen

B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten B 1 – B 95**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten B 1 – B 4)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Podiumsdiskussion und Symposium: „Geschichtsraum Olympiapark Berlin: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“

Symposium: Vom „Reichssportfeld“ zum Olympiapark: Baugeschichte und Kulturerbe. Im Bild: Prof. Dr. Gabriele Dolff-Bonekämper (Technische Universität Berlin) zum Thema „Übergrößen“ – Fern- und Nahwirkung der Skulpturen auf dem Gelände des Olympiastadions.

Pressemitteilung vom 01.10.2026

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin veranstalteten am **Dienstag, 29. September und Mittwoch, 30. September 2026**, im Olympiapark Berlin das zweitägige Symposium „Geschichtsraum Olympiapark Berlin: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“.

Der Olympiapark Berlin, das ehemalige „Reichssportfeld“, ist ein herausragendes Bau- und Flächendenkmal, dessen historische Bedeutung weit über die Sportgeschichte hinausreicht. Zugleich ist das Gelände heute eine vielfach genutzte Sport- und Freizeitstätte sowie ein Ort von touristischer, bildungspolitischer und administrativer Bedeutung.

Die Veranstaltung befasste sich aus verschiedenen Perspektiven mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Olympiaparks. Im Mittelpunkt standen die historische und ideologische Einordnung des ehemaligen „Reichssportfeldes“, der Umgang mit dem baulichen Erbe des Nationalsozialismus sowie Fragen zur heutigen Nutzung und zukünftigen Entwicklung des Areals als Geschichts- und Bildungsort.

Den Auftakt bildete am Dienstag, 29. September 2026, eine Abendveranstaltung mit Einführungsvortrag und anschließender Podiumsdiskussion. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger, Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz und Dr. Marcus Funck vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Anschließend diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Sport, Erinnerungskultur und Politik über den Umgang mit dem historischen Erbe und die zukünftige Entwicklung des Olympiaparks.

Am Mittwoch, 30. September 2026, folgte ein ganztägiges wissenschaftliches Symposium. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende sowie weitere Expertinnen und Experten befassten sich in Vorträgen, Präsentationen und Diskussionen mit der Geschichte des Olympiaparks, seinem kulturellen Erbe sowie mit unterschiedlichen

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 876 vom 08.10.2026

Perspektiven auf die gegenwärtige und zukünftige Nutzung des Geländes. Die Veranstaltung fand in einem geschlossenen Rahmen statt und richtete sich an geladene Gäste.

Im Nachgang der Veranstaltung wird das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf die Ergebnisse sowie die vielfältigen Vorschläge und Anregungen auswerten. Auf dieser Grundlage sollen erste konkrete Schritte zur weiteren Öffnung des Geländes sowie zum Umgang mit der Geschichte des Olympiaparks entwickelt werden.

Im Auftrag
Räsch

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

02) 284. Kiezspaziergang: Vom „Fürst“ zum Hochmeisterplatz entlang des Ku'damms

Pressemitteilung vom 30.09.2026

Der 284. Kiezspaziergang findet am **Sonnabend, 10. Oktober 2026**, mit Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch statt. Treffpunkt ist **um 14 Uhr** am Baustelleneingang des Projekts „FÜRST“ auf Höhe Kurfürstendamm 206 (10719 Berlin).

Der Kiezspaziergang beginnt am Bauprojekt „FÜRST“, das auf dem ehemaligen „Ku'damm-Karree“ entsteht. Von dort führt die Route entlang des Kurfürstendamms – vorbei am „Haus Cumberland“ zum ehemaligen Kino „Alhambra“, der Uraufführungsstätte des ersten Tonfilms, über die Schaubühne am Lehniner Platz bis zum Hochmeisterplatz.

Der Kiezspaziergang dauert etwa zwei Stunden. Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Auf der [Webseite des Bezirksamts](#) finden sich Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge:

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/spazieren-und-wandern/kiezspaziergaenge/>

Im Auftrag
Räsch

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)
- **Seite B 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 876 vom 08.10.2026**

03) Ausstellungsgespräch „Wo Zeit stehen bleibt. Vom Tourismus und seiner Gewalt“ mit Sinthujan Varatharajah

Pressemitteilung vom 08.09.2026

Begleitend zur aktuellen Ausstellung „Wir kommen wieder“ findet am **Donnerstag, 10. September 2026, um 19 Uhr** ein Gespräch mit Sinthujan Varatharajah in der Villa Oppenheim statt. Der Eintritt ist frei.

Die Menschen bewegen sich nicht gleich. Das weiß, wer jemals an einer Flughafengrenzkontrolle oder Landesgrenze stand: was für die einen ein Durchgangstor ist, ist für andere eine unüberwindbare Mauer. In dem Buch „Wo Zeit stehen bleibt“ wirft Sinthujan Varatharajah einen kritischen Blick auf Reisen und modernen Tourismus und zeigt, wie Freiheit, Grenzen, Tourismus und koloniale sowie westliche Machtstrukturen zusammenhängen.

Veranstaltungsdetails:

Ausstellungsgespräch, Donnerstag, 10. September 2026, 19 Uhr

Moderation: Flo Maak

Ausstellung: „Wir kommen wieder. Über Tourismus und die Destination West-Berlin“

Noch bis Sonntag, 11. Oktober 2026

Villa Oppenheim
Schloßstraße 55 /Otto-Grüneberg-Weg,
14059 Berlin

Im Auftrag
Blümlein

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

04) „Farben des Mittelmeers“: Kroatische Künstlerin aus Split stellt im Rathaus Charlottenburg aus

Pressemitteilung vom 07.09.2026

In der Rathausgalerie wird es mediterran: Die kroatische Malerin Cvjetana Bazina Perisa aus der Partnerstadt Split präsentiert im Rathaus Charlottenburg ihre erste Einzelausstellung in Deutschland. Unter dem Titel „Farben des Mittelmeers – mit Pinsel und Seele“ sind 15 ihrer Werke zu sehen.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch eröffnet die Ausstellung am **Mittwoch, 9. Sept. 2026, um 13 Uhr**. Neben der Künstlerin wird auch Nikola Horvat, Vorsitzender der Kroatisch-Deutschen Gesellschaft Split (HNDS), bei der Eröffnung sprechen. Auch die Künstlerin selbst wird zu den Besucherinnen und Besuchern sprechen.

Die Ausstellung gibt einen Einblick in das vielseitige künstlerische Schaffen der 1960 in Split geborenen Malerin. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die Malerei mit Öl und Acryl auf Leinwand. Die Künstlerin nahm bereits an zahlreichen Gruppenausstellungen in Kroatien teil. Ihre Arbeiten wurden unter anderem bei Ausstellungen in Dubrovnik und Mostar gezeigt und sind in privaten und institutionellen Sammlungen vertreten. Sie ist Mitglied der Kroatisch-Deutschen Gesellschaft Split (Hrvatsko-njemacko drustvo Split – HNDS).

Die Ausstellung steht auch im Zeichen der langjährigen Verbindung zwischen Split und Charlottenburg-Wilmersdorf, deren Städtepartnerschaft seit 1970 besteht. Die Kroatisch-Deutsche Gesellschaft Split feiert in diesem Jahr ihr 35-jähriges Bestehen und reist mit 22 Mitgliedern nach Berlin. Der Verein, der rund 120 Mitglieder zählt, fördert den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch durch Ausstellungen, Konzerte und Veranstaltungen.

Seit fünf Jahren leitet Nikola Horvat die Gesellschaft. Für sein langjähriges Engagement für die Städtepartnerschaft zwischen Split und Charlottenburg-Wilmersdorf erhielt er 2010 die Bürgermedaille des Bezirks.

Die Ausstellung „Farben des Mittelmeers – mit Pinsel und Seele“ ist **bis Mittwoch, 30. September 2026**, in der Galerie im Rathaus Charlottenburg, 2. Etage, Otto-Suhr-Allee 100, montags bis freitags zwischen 9 und 18 Uhr zu sehen. Ein Katalog zur Ausstellung erscheint ebenfalls.

Im Auftrag
Räsch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten B 5 – B 7)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Zehlendorf Jahrbuch 2027 ist erschienen

Pressemitteilung vom 02.10.2026

Die Erfolgsserie wird fortgesetzt: Nunmehr ist das **Zehlendorf Jahrbuch 2027 erschienen, der 31. Jahrgang der beliebten Reihe. Die aktuellen Exemplare gibt es für 5 Euro im Heimatmuseum Zehlendorf.** Die Titelgeschichte von Thomas Karzek hat die Kirche St. Peter und Paul auf Nikolskoe zum Thema. Durch die Teilung Deutschlands wurde die Kirche im Wald jahrzehntelang zum Spielball der Politik zwischen West-Berlin und der DDR.



Michael Karnetzki schreibt über das tragische Nachkriegsschicksal seines Großvaters Fritz, der in sowjetische Gefangenschaft geriet. Das Jahrbuch erzählt auch zwei Geschichten über die Ausplünderungen jüdischer Bürger und den Raub ihres Vermögens in Zehlendorf durch die Nationalsozialisten.

Auch zwei „runde“ Geburtstage würdigt das Zehlendorf Jahrbuch 2027. Mara Ruwe erinnert an den 250. Geburtstag von Heinrich von Kleist, der mit seiner Erzählung „Michael Kohlhaas“ und seiner Grabstätte am Kleinen Wannsee in Zehlendorf Spuren hinterlassen hat. Zum 100. Geburtstag von Wolf Jobst Siedler bringt Frank Rattay den Vorkämpfer für historische Bausubstanz in Erinnerung.

Eine Serie mit historischen Fotos veranschaulicht die Geschichte der Gebäude an der Clayallee Ecke Berliner Straße, jetzt steht dort das Geschäftshaus Berclay. Christian van Lessen lädt wieder zu einem Spaziergang ein, diesmal rund um den Dreipfuhlpark in Dahlem und durch die dortige Bungalowsiedlung.

Seite B 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 876 vom 08.10.2026

Wie in den Jahren zuvor waren alle Schreibenden als Heimatforscher ehrenamtlich tätig. Dank ihrer sachkundigen Recherche kann das Jahrbuch erneut mit lesenswerten Geschichten überraschen und empfiehlt sich als Lektüre für alle Generationen.

Das Heimatmuseum Zehlendorf in der Clayallee 355 (Historischer Winkel) ist geöffnet am Sonntag und Mittwoch von 11 bis 15 Uhr, am Donnerstag von 15 bis 18 Uhr.

Weitere Fragen zu dieser Presse-Mitteilung an

print@heimatmuseum-zehlendorf.de

Heimatverein Zehlendorf e.V., Clayallee 355, 14169 Berlin Mehr Infos zum Heimatverein Zehlendorf auf

www.heimatmuseum-zehlendorf.de

02) Heimat suchen – Heimat finden – Geflüchtete Menschen erzählen - Lesung in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek am 20.10.2026

Pressemitteilung vom 02.10.2026

Unter dem **Thema „Was bedeutet Heimat für dich?“** hatte das **Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mit Unterstützung des Willkommensbündnisses Steglitz-Zehlendorf zu einem Schreibwettbewerb** aufgerufen. Die Anthologie „Heimat suchen, Heimat finden. Geflüchtete Menschen erzählen“ versammelt die 33 besten Texte.

In den **Texten der Geflüchteten** wird deutlich: Heimat ist mehr als ein Ort auf der Landkarte – sie wird zu einem Gefühl der Zugehörigkeit, Vertrautheit und Selbstverständlichkeit. Ein zunächst fremder Ort kann zur neuen Heimat werden, ohne die tiefen Verbindungen zur eigenen Herkunft zu vergessen.

Vier der ausgezeichneten Autoren und Autorinnen aus der Ukraine, Syrien, Iran und Afghanistan erzählen ihre Geschichten und kommen im Anschluss an die Lesung gemeinsam mit dem Publikum ins Gespräch.

Die Lesung findet in Kooperation mit dem Willkommensbündnis für geflüchtete Menschen in Steglitz-Zehlendorf statt.

TERMIN: Dienstag, den 20.10.2026 um 18:00 Uhr

EINTRITT: frei. Um Voranmeldung wird gebeten unter Tel.: [90299 2410](tel:902992410) oder per Mail an: event-bibliothek@ba-sz.berlin.de

ORT: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

03) Neugestaltung Bahnhofsvorplatz Lichterfelde-West ab dem 14.09.2026

Pressemitteilung vom 02.09.2026

Am 14.09.2026 beginnen die Bauarbeiten zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Lichterfelde West.

Die Arbeiten erfolgen ab Mitte September 2026 nacheinander in mehreren Abschnitten, um die Nahversorgung vor Ort weitestgehend zu gewährleisten. Die ersten Arbeiten beginnen im Gehweg der **Baseler Straße** mit dem Aufstellen von neuen Fahrradbügeln in der **Hans-Sachs-Straße**.

Die vorhandenen Fahrradbügel werden wiederum für die Bauausführung ausgebaut; Fahrräder können ab dem 21. September 2026 an die neuen Fahrradbügel in der Hans-Sachs-Straße oder im Bereich der Curtiusstraße abgestellt werden.

Alle Maßnahmen dienen der **Erhöhung der Verkehrssicherheit** und der **Barrierefreiheit** für zu Fuß gehende Menschen. Es werden bauliche Maßnahmen in Form von Gehwegvorstreckungen, Bordabsenkungen und partielle Sanierungen von Gehwegbereichen ausgeführt. Die Bauarbeiten der Gehwegvorstreckungen sowie der Bau einer asphaltierten Querungsfläche über die Baseler Straße an der Ecke Hans-Sachs-Straße erfolgen in mehreren Bauabschnitten, wobei der erste Bauabschnitt mit Beginn des Weihnachtsgeschäfts abgeschlossen sein wird, so dass in dieser Phase eine längere Baupause eingelegt wird.

Während des ersten Bauabschnitts können zu Fuß gehende Menschen jeweils vor bzw. hinter der Baustelle die Fahrbahn queren. Der Fahrzeugverkehr hat im Baustellenbereich mit wechselnden Verkehrsregelungen (Sackgasse, Gegenverkehr) sowie im Bereich der Baustelle mit Fahrbahneinengungen zu rechnen. Im Zuge der Bauausführung werden temporär vereinzelte Parkplätze wegfallen. Eine kurzzeitige Vollsperrung des Baustellenbereiches wird rechtzeitig kommuniziert.

Nach dem Weihnachtsgeschäft werden die Straßenbauarbeiten witterungsbedingt im Frühjahr wieder beginnen und im Frühsommer 2027 beendet.

Bezirksstadtrat Aykal: „Auch wenn die Beteiligungswerkstätten für diesen Bereich schon länger zurückliegen, freue ich mich umso mehr, dass nun endlich die zusammengetragenen Ideen für diesen Bereich umgesetzt werden. Schließlich mussten wir erst eine Verkehrsuntersuchung beauftragen, anschließend eine Planung ausschreiben und letztendlich die Baumaßnahme als solche. Die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich wird durch die Maßnahme deutlich erhöht. Ich freue mich schon darauf, dass der Bahnhofsvorplatz spätestens ab Mitte 2027 passend zu Lichterfelde West in einem neuen Glanz erscheinen wird.“

Tempelhof - Schöneberg (Seiten B 8 – B 12)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)

[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Die Alte Mälzerei Lichtenrade lädt zur Familiennacht ein

Pressemitteilung Nr. 423 vom 29.09.2026

Ein Fest für die ganze Familie – Mitmachangebote und spannende Entdeckungen für Groß und Klein

Am Sonnabend, den 10. Oktober 2026 öffnen das Kindermuseum, die Musikschule, die Stadtbibliothek und die Volkshochschule in der Alten Mälzerei Lichtenrade ihre Türen zur Berliner Familiennacht. Alle sind herzlich eingeladen auf eine Entdeckungsreise mit vielen kostenlosen Aktivitäten.

Sonnabend, 10. Oktober 2026 von 17:00 bis 20:00 Uhr

Alte Mälzerei Lichtenrade, Steinstraße 41, 12307 Berlin

Das Kindermuseum bringt das Motto seiner Dauerausstellung "Iss dich schlau! Von Apfel bis Zimt!" auf den Basteltisch und lädt Familien zu einer kreativen Reise in die Zukunft ein: An spannenden Mitmach-Stationen können Bastelfans ausprobieren, was aus gebrauchten Materialien entstehen kann – um die Zukunft umweltfreundlicher zu gestalten.

In der Volkshochschule können die Besucherinnen und Besucher mit ihren Kindern oder Enkeln in der Nähwerkstatt oder beim Schmuckgestalten (Wire Wrapping) kreativ werden, digitale Angebote entdecken, Sprachkenntnisse testen oder sich beim Eltern-Kind-Tanzen zu Musik bewegen.

Unter dem Motto „Musik für die ganze Familie“ lädt die Musikschule kleine und große Entdeckerinnen und Entdecker zum nächtlichen Ausprobieren, Mitmusizieren und Musikschulluft-Schnuppern ein. Hier können Instrumente aus nächster Nähe kennengelernt werden. Für die Schnuppereinheiten wird um [Anmeldung per E-Mail](#) gebeten.

Die Stadtteilbibliothek öffnet ihre Türen mit einem exklusiven Nachtprogramm für die ganze Familie: beim Bilderbuchkino in spannende Geschichten eintauchen, mit den Boomwhackers die Bibliothek zum Klingen bringen, im StopMotion-Studio Bilder lebendig werden lassen und mit Farbschnitt eigene Buch-Kunstwerke gestalten. Als besonderes Highlight erwartet die Besucherinnen und Besucher eine lustige Kidsshow mit dem Clown Pipeline!

Und um 19:30 Uhr treffen sich alle zum gemeinsamen Abschlusssingen im Foyer im Erdgeschoss.

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 876 vom 08.10.2026

Mehr Informationen und Ansprechpersonen finden sich auf der [Internetseite der Familiennacht](#).

Kontakt:

Amt für Weiterbildung und Kultur

Amtsleitung

Stefan Bruns

- Tel.: [+49 30 90277-6958](tel:+4930902776958)
- [E-Mail stefan.bruns@ba-ts.berlin.de](mailto:stefan.bruns@ba-ts.berlin.de)

02) Stolpersteinverlegung in Schöneberg - Erinnerung an das Ehepaar Silbermann

Pressemitteilung Nr. 405 vom 18.09.2026

Die Verlegung der zwei Stolpersteine vor dem ehemaligen Wohnhaus des Ehepaars Peter Adalbert und Eva Felice Silbermann in der Landshuter Straße 28 findet anlässlich des 137. Geburtstags von Eva Felice Silbermann statt. Sie erinnert an das Leben und Wirken des Ehepaars sowie an seine Verfolgung und Vertreibung durch die Nationalsozialisten. An der Verlegung werden auch Angehörige der Familien teilnehmen.

Dienstag, 22. September 2026, 13 Uhr

**Landshuter Str. 28, 10779 Berlin (ehemaliges Wohnhaus der Silbermanns)
für Eva Felice und Peter Adalbert Silbermann**

Begrüßung und Ansprache:

Mike Rockelmann, Schulleiter der Peter-A.-Silbermann-Schule

Musikalische Begleitung: Mia Kleinen

Peter A. Silbermann gründete 1927 das erste Abendgymnasium Deutschlands und ermöglichte damit Berufstätigen, auf dem Zweiten Bildungsweg ihr Abitur nachzuholen. 1933 wurde er als jüdischer Hochschullehrer fristlos entlassen. Gemeinsam mit seiner Frau emigrierte er zunächst nach Rom und später nach Kalifornien.

Weitere Informationen zum Projekt Stolpersteine im Bezirk und aktuelle Verlegungen sind auf der [Webseite der Museen Tempelhof-Schöneberg](#) zu finden.

Kontakt

Koordination Stolpersteine und Erinnerungskultur

Dr. Katharina Kretzschmar

- Tel.: [+49 30 90277-6396](tel:+4930902776396)
- Tel.: [+49 30 90277-6163](tel:+4930902776163)
- [E-Mail E-Mail an Frau Kretzschmar Stolpersteine@ba-ts.berlin.de](mailto:Stolpersteine@ba-ts.berlin.de)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [+49 30 90277-6227](tel:+4930902776227)
- [E-Mail Presse-Museum@ba-ts.berlin.de](mailto:Presse-Museum@ba-ts.berlin.de)

03) „Berlin trägt Davidstern“. Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann setzt Zeichen gegen Antisemitismus

Pressemitteilung Nr. 401 vom 17.09.2026

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann beteiligt sich heute an der berlinweiten Solidaritätsaktion „Berlin trägt Davidstern“ zu der die Jüdische Gemeinde zu Berlin sowie zahlreiche weitere jüdische Organisationen und Initiativen aufgerufen haben. Mit dem sichtbaren Tragen des Davidsterns setzt Jörn Oltmann ein Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft und gegen Antisemitismus.

Anlass für die Aktion ist der antisemitische Angriff auf eine 43-jährige Frau in Berlin-Mitte am Jüdischen Neujahrsfest. Die Frau trug einen Davidstern als Zeichen ihrer Solidarität mit Jüdinnen und Juden. Nach Polizeiangaben wurde sie von zwei Männern antisemitisch beleidigt und anschließend mit einer Glasflasche angegriffen. Dabei wurde sie verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann verurteilt den Angriff und unterstützt den Aufruf der jüdischen Organisationen und Initiativen:

„Antisemitismus darf in unserer Stadt keinen Platz haben. Der Angriff auf eine Frau, die mit dem Davidstern ein Zeichen der Solidarität gesetzt hat, ist erschütternd. Deshalb unterstütze ich die Aktion ‚Berlin trägt Davidstern‘. Unser Bezirk positioniert sich klar gegen jede Form von Antisemitismus. Solidarität mit Jüdinnen und Juden muss sichtbar sein – heute und an jedem anderen Tag.“

Kontakt

Bezirksbürgermeister

Jörn Oltmann

- [E-Mail E-Mail an das Büro des Bezirksbürgermeisters bzbm@ba-ts.berlin.de](mailto:bzbm@ba-ts.berlin.de)

Beauftragter gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Michael Sulies

- Tel.: [+49 30 90277-6579](tel:+4930902776579)
- [E-Mail gegen_rechtsextremismus@ba-ts.berlin.de](mailto:gegen_rechtsextremismus@ba-ts.berlin.de)

04) Stolpersteine für die Familie von Tommy Schweiger

Pressemitteilung Nr. 394 vom 14.09.2026

Erinnerung an eine Berliner Familie – Sieben Verlegungen am 17. und 18. September 2026 in Schöneberg, Charlottenburg und Mitte

Interessierte sind herzlich eingeladen, an den Verlegungen teilzunehmen und gemeinsam mit Tommy Schweiger der ermordeten Familienangehörigen zu gedenken. Die Verlegungen werden von der Koordinierungsstelle Stolpersteine Tempelhof-Schöneberg begleitet.

**17. September 2026, um 10:00 Uhr
Bamberger Straße 25, 10777 Berlin-Schöneberg
Für Salli und Margarete Tarnowski, Schweigers Großeltern
Rabbiner Andreas Nachama wird das Kaddisch sprechen**

**17. September 2026, um 11:00 Uhr
Aschaffener Straße 10/11, 10779 Berlin-Charlottenburg
Für Erich, Ilse und Tommy Schweiger**

**18. September 2026, 10:00 Uhr
Rungestraße 20, 10179 Berlin-Mitte
Für Selma Schweiger und Johanna Deutschland**



© Museen Tempelhof-Schöneberg

Tommy Schweiger (früher Dan Schweiger), 1938 in Berlin geboren, besucht Berlin im Rahmen des Emigrantenprogramms des Berliner Senats. Das Programm lädt seit 1969 in Berlin geborene Jüdinnen und Juden, die während der NS-Zeit verfolgt und vertrieben wurden, ein. Schweiger wird am 17. und 18. September 2026 an der Verlegung von sieben Stolpersteinen für seine Familienangehörigen teilnehmen.

Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 876 vom 08.10.2026

Als Einjähriger konnte er mit seinen Eltern in letzter Minute nach England fliehen und so den Holocaust überleben. Andere Angehörige seiner Familie wurden in Ravensbrück, Riga und Theresienstadt ermordet. Seine Lebensgeschichte hat Schweiger in seiner Biografie „And the Rest is History“ festgehalten.

Weitere Informationen zum Projekt Stolpersteine im Bezirk und aktuelle Verlegungen sind auf der [Webseite der Museen Tempelhof-Schönberg](#) zu finden.

Kontakt

Koordination Stolpersteine und Erinnerungskultur

Dr. Katharina Kretzschmar

- Tel.: [+49 30 90277-6396](tel:+4930902776396)
- Tel.: [+49 30 90277-6163](tel:+4930902776163)
- [E-Mail stolpersteine@ba-ts.berlin.de](mailto:stolpersteine@ba-ts.berlin.de)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [+49 30 90277-6227](tel:+4930902776227)
- [E-Mail Presse-Museum@ba-ts.berlin.de](mailto:Presse-Museum@ba-ts.berlin.de)

Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland,
Schwerpunkt Berlin (Seiten B 13 – B 95)

01) Ein Tag mit Folgen. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 654-07

7. Oktober 2026

51. Jahrgang

Ein Tag mit Folgen

Der 7. Oktober ist wieder so ein Tag, dessen Geschehen man kaum in Worte fassen kann. Terroranschlag der Hamas auf Israel, 1.195 Todesopfer und ein langer Kampf um die Befreiung von 251 verschleppten Geiseln, von denen 133 nicht überlebten.

Die Zahlen sind bekannt. Wie es der Hamas gelingen konnte, vorbei am „besten Geheimdienst der Welt“, dem Mossad, diesen Terrorakt durchzuführen, ist bis heute nicht schlüssig beantwortet worden. Was diese Tat auslöste, ist bekannt. Der Gaza-Streifen ist größtenteils zerstört, eine Zwei-Staatenlösung in weite Ferne gerückt.

Der israelisch-US-amerikanische Krieg gegen den Iran, ist eine direkte Folge des 7. Oktober 2023. Wichtige Seewege sind unpassierbar geworden, die Auswirkungen sind weltweit zu spüren. Der Nahe Osten brennt und niemand kann ihn löschen. Neben allen anderen entsetzlichen Folgen ist das Aufkommen des Antisemitismus und der Hass gegen Israel, neu entflammt, auch in Deutschland. Die Mühe, einen Unterschied zu machen zwischen dem Existenzrecht Israels und der kritischen Auseinandersetzung mit dem Ausmaß der Reaktion Israels auf die Palästinenser, macht sich kaum jemand von denen, die in Berlin auf den Straßen protestieren.

Benjamin Netanjahu war nie Teil einer Lösung, sondern stets ein Teil des Problems in diesem Konflikt. Und das Einwirken von **Donald Trump** hat mehr Schaden angerichtet, als zur Deeskalation beizutragen. Dennoch: Die Schuldigen an 10/7 heißen nicht Netanjahu und Trump, sondern Hamas und Iran. Deren Anführer sind zwar getötet worden, es sitzen aber genügend Terroristen auf den Ersatzbänken.

Nicht jeder Palästinenser ist Mitglied der Hamas. Die Hamas hat ihre eigenen Leute geopfert. Sie hätte wissen müssen, wie die Reaktion Israels ausfällt. Mitleid mit den zivilen Palästinensern ist angebracht, vor allem aber mit den Israelis, die sich ständigen Terrorakten ausgesetzt sehen.

Was mögen die Juden in Israel und in der ganzen Welt denken, als sie gestern in das deutsche Bundesland Sachsen-Anhalt schauten, wo ein Mitglied einer als gesichert rechtsextrem geltenden Partei, Präsident des Landtages wurde und ein anderer Ministerpräsident werden wird? Und das mit weit mehr Stimmen als die AfD-Fraktion Mitglieder hat. Was mögen die Juden in den USA, in Chicago und New York denken, dass diese Partei von ihrer eigenen Regierung mit Wohlwollen betrachtet wird?

Wir gedenken an diesem Tag allen Opfern dieses sinnlosen Terrors und seiner Folgen.

Das kann alles nicht wahr sein

Gestern berichteten wir über die öffentliche Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Nachrichtendienste im Auge behalten soll. Auf wie vielen Augen waren die Kontrolleure blind, wenn heute berichtet wird, dass der Ex-BND-Chef **August Hanning** unter Spionageverdacht verhaftet wurde?

Von 1998 bis 2005 war Hanning Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Zuletzt war er bis zum 10. November 2009 als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern tätig. Formell gilt die Unschuldsumutung. Klar ist aber schon jetzt: „Der Fall hat eine historische Dimension und wird die Ermittler lange beschäftigen.“ „Hanning profitierte jahrelang vom Wegsehen des Staates. Es gibt niemanden in der Bundesrepublik, der so lange und so intensiv auch in die dunkelsten Ecken unseres Sicherheitsapparats geblickt hat, wie August Hanning. Niemanden, der so viel sensible Informationen auch über die erste Reihe der Politik kennt. Hanning briefte jahrelang das Kanzleramt in der wöchentlichen ‚Nachrichtendienstlichen Lage‘ und befreundete Dienste vertrauten ihm Material an. Das macht den Fall für die Regierung zum Super-Gau.“ Quelle: Funke Medien Jörg Quos

Merz darf nicht scheitern

Im Berliner Wahlkampf überschütteten sich **Friedrich Merz** und **Stefan Evers** mit gegenseitigen Lobeshymnen. Nun schlägt Evers andere Töne an und wirft Merz „Fehlende Empathie, Nahbarkeit und verlorengegangene Glaubwürdigkeit“ vor. „Jeder Spitzenpolitiker muss im Sinne der Sache immer wieder bewerten, ob irgendwann ein Punkt erreicht ist, an dem man den eigenen Überzeugungen womöglich mehr im Wege steht, als dass man ihnen nutzt.“, sagt Evers in einem Interview mit dem **Tagesspiegel**. Direkter kann man niemand zum Rücktritt auffordern. Auf die Frage, ob der Zeitpunkt gekommen sei, sagte er: „Ich glaube, der Bundeskanzler braucht in dieser Frage keine Ratschläge von mir.“, nachdem er im Satz zuvor schon einen erteilt hat.

Evers ist nicht allein mit seiner Kritik. Die Union sollte jedoch vorsichtig sein. Merz darf nicht scheitern, denn würde er es, gäbe es Neuwahlen. Die AfD zöge als stärkste Fraktion in den Bundestag ein. Es gibt zwar kein Gesetz, wonach die stärkste Partei das Recht hat, den Bundestagspräsidenten zu stellen, Fakt ist jedoch, dass nach jeder Zurückweisung von AfD-Politikern diese Partei noch stärker wird, und irgendwann entscheidet sie allein, wer was wird. Und eines Tages sitzt die AfD, wie in Magdeburg, in der Mitte des Plenums.

Ed Koch

02) Die Rede. Von Ed Koch

50

paperpress

seit 1976

Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

Die Rede

Am 30. Januar 2027 wird ein neuer Bundespräsident, vermutlich eine Präsidentin gewählt. **Frank-Walter Steinmeiers** Amtszeit endet am 18. März 2027. Alle Reden, die er noch in dieser Zeit hält, sind bei den jeweiligen Anlässen die letzten. So auch am 3. Oktober, als er zum letzten Mal die Rede zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen hielt. Es war eine sehr gute Rede. Selten gibt es Standing Ovation nach Reden eines Bundespräsidenten. Und noch seltener werden Staatsoberhäupter angekündigt wie ein Boxer, der den Ring besteigt, was **Katja Riemann** als Moderatorin des Festaktes in Bremen, lautstark tat.

Wie gesagt, es war eine gute Rede, und deshalb dokumentieren wir sie in diesem Newsletter, denn der Inhalt war am 3. Oktober so richtig und wichtig wie am 5. Oktober und weit darüber hinaus.

Journalisten und Comedians haben sich immer wieder an Steinmeier abgearbeitet. Zum Glück leben wir in einem Land, in dem es erlaubt ist, das Staatsoberhaupt zu kritisieren, und sogar nicht verboten ist, es lächerlich zu machen oder zu diffamieren. Für derartiges würde man in der Türkei ins Gefängnis kommen und im Weißen Haus Zugangsverbot erhalten.

Aber, muss man, bei aller Kritik, die jedem freisteht, das Staatsoberhaupt diffamieren und lächerlich machen? Gibt's nicht mehr so etwas wie Respekt vor den Verfassungsorganen? Ist es wirklich komisch, wenn der Kabarettist **Urban Priol** Steinmeier die „Bundes-Eule“ nennt? Natürlich nicht.

Unlängst hat sich der Journalist **Constantin Schreiber** in einem Kommentar in der **WELT** an **Frank-Walter Steinmeier** abgearbeitet. Dem Ex-Nachrichtensprecher der **tagesschau** bot sein Job zu wenig „Gestaltungsspielraum“. Den hat er nun und setzt ihn gegen das Staatsoberhaupt ein und stellt die entscheidende Frage „Brauchen wir dieses Amt überhaupt?!“ Er liefert die Antwort gleich mit. Jenseits der Verfassungswirklichkeit würde er das Amt „abschaffen oder reformieren“ wollen. Schreiber weiß, dass dies blanker Populismus ist.

Schreiber vermisst, dass der Bundespräsident in seinen Reden nicht überparteilich und integrierend das gesamte Volk eint. Das ist Unsinn, weil sich das „gesamte Volk“ nie einen lässt. Wir brauchen keinen Bundespräsidenten, der allen zu Munde, sondern Klartext redet. Die Partei, die der Bundespräsident vertritt, heißt Demokratie. Und diese ist bedroht. Niemand kann glaubhafter diese Demokratie verteidigen als das Staatsoberhaupt.

Und wenn Journalisten und Comedians gar kein Argument gegen den Bundespräsidenten mehr einfällt, wird die Kostenfrage aufgerufen. Demokratie kostet, und das müssen wir uns leisten können. Einzelne Teile der Verfassungsorgane in Frage zu stellen, ist billige Rhetorik, die denen in die Hände spielt, die am liebsten die Demokratie abschaffen würden.

Es ist gut, so wie es ist. Und es ist gut, wenn auch künftig Persönlichkeiten mit politischer Erfahrung in dieses Amt gewählt werden. Zugegeben, manchmal gelingt das Amt auch einem Pfarrer. Und dass am 30. Januar 2027 erstmals eine Frau in das Amt gewählt werden könnte, ist auch richtig. Dass ein 30. Januar historisch kontaminiert, ist, dürfte bekannt sein. Mit der Ernennung **Adolf Hitlers** am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler durch Reichspräsident **Paul von Hindenburg**, endete die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik, und es begann die nationalsozialistische Diktatur, die im Untergang Deutschlands endete. 94 Jahre später ist es an uns zu beweisen, dass wir dieses Land nie wieder untergehen und den Feinden der Demokratie überlassen werden.

Ed Koch



Foto: Bundesregierung Steffen Kugler

Die Rede im Wortlaut

Heute vor 36 Jahren war eine tiefe Wunde geheilt – eine Wunde, die Deutschland zuvor über vier Jahrzehnte hinweg aufgewühlt, belastet und in einem unnatürlichen Zustand der inneren Spaltung gehalten hatte.

Heute vor 36 Jahren feierten die Menschen in der wieder offenen Mitte von Berlin unter Feuerwerk und schwarz-rot-goldenen Fahnen – den historischen Farben unserer freiheitlichen Demokratie. Sie feierten die Deutsche Einheit. Bundeskanzler **Helmut Kohl**, der für diese Einheit das Einvernehmen aller

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand*
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

Siegmächte des Zweiten Weltkrieges erreicht hatte, stand dort mit der ganzen Staatsspitze. Vor dem Reichstagsgebäude, das Stolz und Abgrund, Aufstieg und Niedergang, Ausrufung der ersten Republik und Absturz in die Gewaltherrschaft gesehen hatte, versammelten sich Menschen ohne Furcht, ohne Zorn, ohne Feindseligkeit, sondern froh und hoffnungsvoll, um diesen Moment des Glücks zu erleben. Und – auch das gehörte zu unserem Glück – unsere Nachbarn in Europa, ja Menschen in aller Welt haben sich ehrlich mit uns gefreut.

Ja, was für ein Glücksmoment, vor 36 Jahren! Wir sind heute, in guter föderaler Tradition, in Bremen, um uns diese Momente in Erinnerung zu rufen. Die meisten von uns haben weder Mauerfall noch Vereinigung selbst vor Ort – in Berlin – erlebt, auch ich nicht. Man muss aber auch nicht in Berlin gewesen sein, um diese historische Zäsur zu begreifen. Überall im Land konnte man empfinden, was geschah. Wir alle tragen die Bilder, die gelöste Stimmung und die politische Zuversicht des Neuanfangs in uns. Die Sehnsucht nach Einheit – und die gab es in Ost und West –, diese Sehnsucht war in Erfüllung gegangen. **Seien wir bleibend dankbar dafür!**

Viel Zeit ist vergangen – aber wir sollten den bestimmenden Gefühlen im Moment unserer wiedergewonnenen Einheit noch einmal Raum geben in unseren Herzen. Dafür ist der Tag der Deutschen Einheit da. Dass wir in uns wieder lebendig werden lassen, was uns so bewegt hat: Einheit und Freiheit und Frieden in Europa.

Was heute vor 36 Jahren möglich wurde, mutet uns wie ein Himmels Geschenk an. Das war es aber nicht. Denn der 3. Oktober 1990 besiegelte, was bereits ein Jahr zuvor errungen worden war. Ich müsste viele Orte im Osten Deutschlands nennen, an denen sich 1989 Menschen befreit haben von der drückenden Furcht in der Diktatur. Ich will einen Ort stellvertretend für alle herausgreifen. In den Abendstunden des 9. Oktober 1989 in Leipzig, nach den Friedensgebeten der Nikolaikirche, der Thomaskirche, der Michaeliskirche, der Reformierten Kirche, wagten sich 70.000 Menschen trotz Einschüchterung durch das SED-Regime und wider alle Gefahr auf die Straße. In diesen Stunden geschah es, dass die Macht des Unrechts gebrochen wurde. Auch diese Bilder haben sich uns tief eingeprägt. Dass sie von Oppositionellen aufgezeichnet wurden und uns erreicht haben, war selbst ein Akt des couragierten Widerstands, der überragende Bedeutung für den Lauf der Dinge hatte.

Was für Momente des Mutes und der Hoffnung! Sie haben das Schicksal unserer Nation neu geschrie-

ben. Die erste friedliche Revolution in Deutschland – eine Revolution für Freiheit und Demokratie! Niemals dürfen die Herausforderungen der Gegenwart diesen Glücksmoment in der deutschen Geschichte verdrängen. Niemals dürfen wir diesen Moment in Vergessenheit geraten lassen. Vergessen wäre Verrat.

Wenn ich meine eigene Erinnerung wachrufe, spüre ich es wieder, wie sich auch mein Lebensweg 1989 neu entschieden hat. Ich war damals in der Endphase meiner Promotion und konnte mir im Anschluss ein akademisches Leben gut vorstellen. In diese Zurückgezogenheit aber brachen die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit mit unwiderstehlicher Anziehungskraft ein. Geschichte geschah nicht nur, sie wurde gemacht! Einordnung und Aufarbeitung des Geschehenen schienen mir plötzlich nicht mehr genug. Wirkliche Politik – das habe ich in den Wochen des Mauerfalls empfunden – ist aus ganz anderem Stoff. Eine wirkliche politische Bewegung kann der Demokratie durch Mauern, Stacheldraht, Drohung, Lüge, Manipulation, Angst, Unfreiheit hindurch den Weg bahnen. Wirkliche Politik kann Hoffnung begründen und die Verhältnisse verändern. Sie kann praktisch gestalten, realistisch verbessern – nicht ausweichen, sondern verantworten, nicht nur fordern und auffordern, sondern handeln und beweisen, dass wir Gutes bewirken können. Ja, **Politik kann Gutes bewirken – wir haben es erlebt!**

Daran erinnere ich mich. Das hat mich geprägt. Mein Einstieg in die Politik hat auch mit den Ereignissen von 1989 zu tun. Und im Laufe eines nun schon langen politischen Lebens, das – jedenfalls in Staatsämtern – sich dem Ende zuneigt, war es genau diese Erfahrung, die Erfahrung von Friedlicher Revolution, Deutscher Einheit und europäischem Frieden, die Erfahrung vom Gestalten und Gelingen einer besseren Gesellschaft, die mir immer wieder Richtung gezeigt und Orientierung gegeben hat.

Momente des Mutes, Momente der Hoffnung – wir dürfen sie nicht aus den Augen verlieren. Ich spreche also den folgenden Satz mit Bedauern und einer gewissen Traurigkeit aus. Wir leben zurzeit nicht in jener Welt der Zuversicht und der Hoffnung, aus der wir kommen. Viele von uns, und wahrlich nicht nur im Osten des Landes, zeigen sich in ihren Erwartungen enttäuscht. Die politische Realität bei uns zu Hause und in der Welt hat uns ihre harte und bittere Seite gezeigt.

Bald vier Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit, nach vielfachen, ich glaube historisch beispiellosen Anstrengungen des Aufbaus und Erneuerns, erklären große Teile der Bürgerschaft ihr Misstrauen gegen die politische Ordnung der Bundesrepublik. Ich

2



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

will nicht sagen, dass sie sich gegen die Demokratie an sich wenden. Aber, um ehrlich zu sein, ich weiß es nicht. Ich halte jeden, der heute ein Wahlrecht genießt, das es in der Diktatur nicht gab, für berechtigt und mündig, selbst zu entscheiden. Jede Stimme zählt, jede ist ernst zu nehmen. Gerade deshalb können wir uns nicht um die Tatsache herumdrücken, dass ein Viertel, ein Drittel und mehr mit ihrer Wahlentscheidung bekunden, dass sie sich von wichtigen Grundrechten unserer Republik abwenden. Die Motive können individuell unterschiedlich sein. Ich glaube, niemand kennt sie allesamt. Doch bleibt es eine Tatsache: Wähler, die zu den Extremen gehen, pochen laut auf die eigenen Rechte, während sie bereit sind, die Rechte anderer zur Disposition zu stellen.

Die unerträgliche politische Demagogie extremistischer Kräfte, die eine Lust an der Zerstörung ausleben und andere Menschen verhöhnen und bedrohen, gefährdet heute nicht nur Freiheit und Demokratie. Sie gefährdet unsere Einheit.

Dennoch: Wir sollten uns durchaus ohne Schonung fragen, was in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten die Regierungen im Bund und in den Ländern versäumt haben, dass so viele Menschen sich abwenden und Extremisten so viel Resonanz finden.

Wir wissen längst, dass diese Erschütterung der Politik nicht auf eine Himmelsrichtung beschränkt ist. Wir wissen, sie ist ostdeutsch ebenso wie westdeutsch. Sie betrifft uns alle. Wenn so viele Wähler in ostdeutschen Ländern zu politischen Extremisten gegangen sind, so sollten wir über die hohen Prozentzahlen nicht vergessen: Die absolut meisten Wählerstimmen finden Extremisten in westdeutschen Ländern.

Was also ist versäumt worden? Tiefe ökonomische Brüche hinterlassen immer Gewinner und Verlierer. Es war und bleibt dringend notwendig, niemandem, der strachelt, den Respekt zu verweigern, sondern politisch einzugreifen, um ein würdiges Leben zu sichern. Arbeitslosigkeit nicht einfach hinzunehmen, sondern das Menschenmögliche zu tun, um neue Beschäftigung mit eigenem Einkommen zu ermöglichen. Vielleicht haben wir es zu wenig getan. Vielleicht zu wenig beherzt. Vielleicht zu spät. Menschen wollen nicht nur passive Unterstützungsempfänger sein. Sie haben etwas zu geben, zu leisten und wollen in allen Bereichen, ob Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien, eine Stimme haben, mitgestalten, und zwar auf Augenhöhe, in einflussreichen Positionen mitentscheiden.

Deshalb ist die geringe Repräsentation ostdeutscher Biografien in solchen Positionen kein Ruhmesblatt.

Auch im vierten Jahrzehnt der Einheit wiegt dieser Mangel schwer. Das zu ändern, dafür ist es nicht zu spät.

Trotzdem, bei manchem, was zu tun bleibt: Wir haben auf vielen Feldern tatsächlich doch unendlich viel erreicht. Wir haben in Wahrheit mehr getan als andere Transformationsländer in Europa. Der Gesamtstaat hat mehr Mittel als je zuvor in der deutschen Geschichte dafür mobilisiert, die Lebensverhältnisse anzugleichen. Und das bei allem Gefeierte und Gegrummel aus der tieferen Überzeugung, dass wir die Einheit wollen, dass wir ein Bund sind, eine einzige Bundesrepublik, in der alle füreinander eintreten.

Erinnern wir uns. Die Geschichte wäre falsch erzählt, wenn nur Gegensätze darin vorkommen. Es war anders. Wir haben gemeinsam aufgebaut. Menschen haben einander geholfen. Sie haben viel Solidarität bewiesen – in Ost und West. Wir sind einander nicht fremd. Wir gehören zusammen!

Ich will nichts schönreden. Ja, Selbstkritik und Nachdenklichkeit muss es geben. Wir haben damit auch wahrlich nicht gespart. Wir haben einander nichts erspart in vielen Debatten. Wir sind die Schärfe der Auseinandersetzung gewohnt und können sie aushalten. Doch die besinnungslose Diffamierung der Bundesrepublik – unseres wiedervereinigten demokratischen Staates – ist eine Propagandalüge des Extremismus.

Diesen Stolz verdient unser Land, dass wir uns das nicht gefallen lassen, weder von äußeren Mächten, die uns spalten und schwächen wollen, noch von Extremisten im Inneren, die unsere Demokratie verhöhnen. So viel Selbstachtung sollten wir haben, dass wir diesen Diffamierungen gemeinsam entgegentreten und am Tag der Deutschen Einheit etwas lauter und noch deutlicher sagen: Was gelungen ist, das schützen wir. Was noch nicht gut ist, das verbessern wir. Denn dies ist unser Land, für das wir uns einsetzen mit Mut, mit Hoffnung und all unser Kraft!

Ich bin vor einem halben Jahr siebzig geworden. Viele Vorteile hat das Alter nicht, aber einen doch: Die Wegstrecke, die man überblickt, ist länger, mit allen ihren Unebenheiten und Hindernissen. Die Bundesrepublik, die Bonner ebenso wie die Berliner Republik, war stets eine Republik des demokratischen Streits. Die Rechte des Einzelnen, die das Grundgesetz verbrieft, wurden oft in der politischen Realität erst wirklich errungen. Alle Regierungen trafen auf harte Kritik der parlamentarischen Opposition, auf kritische Zeitungen und Rundfunkberichte und auf leidenschaftliche Demonstrationen auf Straßen und Plätzen. Die Gesellschaft reifte zu einem eigenen



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

politischen Faktor, sie formte soziale Bewegungen aus, die sich für Pressefreiheit, für Arbeiterrechte, für Bildungschancen, Gleichberechtigung, Frieden und Umweltschutz einsetzten. Zu keinem Zeitpunkt war die Bundesrepublik ein starres oder stummes Gemeinwesen.

Bevor das Internet die Vorherrschaft übernommen hat, wussten Medien jedoch zu unterscheiden, ob jemand aus Millionen von Wählerstimmen ein Mandat ableiten kann oder ob er individuellen Frust zum Ausdruck bringt. Man wusste zu unterscheiden, ob jemand mit ausgewiesener Expertise über sein Fachgebiet aufklärt oder ob er Hörensagen, Mythen, Glaube und Verschwörungsfantasien verbreitet. Letzteres war in den Bahnhofsbuchhandlungen, die ich schätze, in die hinteren Ecken verbannt. Das hat sich verändert – die pausenlose Allgegenwart und Aufdringlichkeit aller möglichen Botschaften, die avancierte Aufmachung der absurdesten Idiotien, die schrille Emotionalisierung, die Verwirrung, ob ein Mensch schreibt oder eine Maschine, ob ein Bürger oder ein Bot postet – all das ist kein Gütezeichen des demokratischen Streits mehr.

Mit Streitkultur hat das nichts mehr zu tun. Streitkultur müssen wir uns wieder zurückholen – um der Demokratie willen!

Bonn war nicht Weimar. Und heute? Ja, es stimmt, wichtige Unterschiede zur Zerstörung der ersten deutschen Republik bleiben. **Heinrich August Winkler** hat gerade noch einmal darauf hingewiesen. Aber wir Deutsche müssen jetzt erleben, wie die modernsten Medien uns zurückzusetzen drohen in eine andere Republik, deren innere Zerrissenheit die Demokratie auszehrte, eine Republik, in der Medienmogule den Feinden der freiheitlichen Republik die Bühne bereiteten, in der Extremisten mit einem Trommelfeuer von fanatischen Hetzreden zuerst die politische Kultur und dann die demokratischen Institutionen zerstörten.

Die Diskreditierung demokratischer Verfahren, die Radikalisierung der Öffentlichkeit, die Diffamierung des Kompromisses – all das muss uns eine Warnung sein. Ob die Berliner der Weimarer Republik ähnlicher wird, diese Frage ist noch nicht entschieden.

Es liegt an uns zu bewahren, was wichtig bleibt. Lassen wir uns nicht hineintreiben in die politische Hysterie, in die Maßlosigkeit der Beschimpfung von Bürgermeistern und Abgeordneten, in die hemmungslose Lust an der Zerstörung! Lassen wir nicht zu, dass wieder in Deutschland antijüdische Stimmungen um sich greifen, dass Jüdinnen und Juden um ihre Sicherheit fürchten und an Auswanderung denken!

Lassen wir uns nicht lähmen durch die ganz bewusst fabrizierten Zerrbilder unseres Landes – fabriziert durch Trolle des Kreml, durch deutsche Rechtsextremisten oder auch durch linksautoritäre Irrlichter, geflutet ins Netz durch gewissenlose Internet-Oligarchen! Oligarchen, deren privater Reichtum und deren Geldeinfluss auf die Politik alle bisher bekannten Grenzen sprengen.

Behaupten wir uns gegen diese Flut der Manipulationen und der Lügen! Wir können das. Unsere Demokratie steht nicht zum Verkauf. Sie liefert sich ihren Feinden nicht aus, im Gegenteil. Wir sind stärker als die Niedertracht. Wir sind stolz auf unseren Rechtsstaat. Wir halten zusammen, wenn wir verunglimpft, wir stehen zusammen, wenn wir bedroht werden. Wir schützen, erneuern und verbessern unsere freiheitliche Ordnung.

Unser Deutschland ist ein gutes Land! Sorgen wir dafür, dass es so bleibt!

Im Vorfeld zum Tag der Deutschen Einheit gab es – wie bestellt – eine erneute Ost-West-Debatte. Da kommt von den einen der Vorwurf der angeblichen ostdeutschen Undankbarkeit, von den anderen der Vorwurf der angeblichen westdeutschen Arroganz. Wenig daran ist neu. Neu allerdings ist, dass jede der beiden Positionen als Begründung für die in Deutschland erstarkten extremistischen Kräfte ausgegeben wird.

Ich halte es offen gestanden für eine kurzsichtige nationale Nabelschau und für falsch, die bittere politische Unzufriedenheit der vergangenen Jahre vor allem mit unseren innerdeutschen Befindlichkeiten erklären zu wollen. Die Art von Extremismus und Wutwählern, mit denen wir es zu tun haben, ist in allen entwickelten Industrieländern Europas und Nordamerikas zu sehen. Überall gibt es, oft länger schon als bei uns, starke nationalistische Kräfte, die Regierungsbildungen immer schwerer und Europa schwächer machen.

Der Siegeszug der wirtschaftlichen Globalisierung hat nicht nur Reichtum, sondern er hat auch Verluste gebracht und Verlierer hinterlassen. Ja, er hat lange großen Wohlstand ermöglicht. Er tut es noch immer. Wir brauchen den offenen Welthandel. Und doch merken auch wir, irgendwann hat sich der Wind gedreht. Und die neue Realität, dass wir nicht automatisch Platzhirsche auf den Märkten sind, sondern alles überaus anstrengend geworden ist, diese Realität macht uns zu schaffen.

Der relative Verlust von Marktanteilen an dynamisch wachsende Konkurrenten betrifft die westlichen Industriegesellschaften insgesamt, und allesamt sind



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

sie von Unsicherheiten und Statusängsten betroffen, die bis in die bürgerliche Mitte reichen. Regionen der Deindustrialisierung, prekär lebende Milieus und schlecht ausgebildete soziale Gruppen sind besonders betroffen. Doch es muss gar nicht die harte Abstiegserfahrung sein – es reicht die Befürchtung, dass es mit dem Geld bald nicht mehr reicht, dass der erreichte Wohlstand nicht zu halten ist, dass es den Kindern und Enkeln schlechter gehen wird, dass alle persönlichen Anstrengungen nichts ausrichten können. Da wird der Zukunftshorizont dunkel, und die Furcht bekommt Nahrung. Dies, gepaart mit der Sorge vor zu starker Migration, vor der Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum, schafft die kritische Masse an Vertrauensverlust und die Bereitschaft, populistische Parteien zu wählen und neue Führer herbeizuwünschen.

Für uns Deutsche sind diese Entwicklungen noch einmal gravierender als in anderen europäischen Ländern, denn wir haben eine Vergangenheit, die anderen Europäern den Schrecken in die Glieder fahren lässt. Wir sollten diese Tatsache nicht unterschätzen. Auch mehr als achtzig Jahre nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime wird uns historische Ignoranz nicht verziehen. Wer Deutschland in diesen Tagen im Ausland vertritt, wer Polen besucht, Frankreich oder andere Länder, der muss Fragen beantworten. Ein neuer deutscher Nationalismus weckt die Geister der Vergangenheit und die schlimmsten Befürchtungen unserer Nachbarn.

Kein politisches Amt bleibt unberührt von der Entwicklung. Niemand steht außerhalb der alles entscheidenden politischen Auseinandersetzung. Auch nicht der Bundespräsident.

Zwanzigmal in fünf Jahren habe ich den Amtssitz des Staatsoberhauptes in kleinere und mittelgroße deutsche Städte verlegt, um besondere Nähe zu den Bürgern und das direkte politische Gespräch zu suchen. Das war wertvoll, auch für mich. Das Staatsoberhaupt muss Brücken bauen zwischen sozialen Gegensätzen, zwischen Kulturen, Religionen, Regionen, Lebenswelten und Mentalitäten. Es muss auch zwischen den politischen Lagerkämpfen einer Demokratie vermitteln. Dieses Amt muss alles stärken, was uns verbindet – vor allem den Rechtsstaat, die Menschenrechte, die demokratischen Verfahren, nicht zuletzt die Menschen, die für sie eintreten.

Aber eine Brücke zwischen dem Recht und der Rechtsverachtung, zwischen dem Bemühen um Wahrheit und der Bereitschaft zur Lüge, zwischen Argument und Demagogie, zwischen Innerem Frieden und der Aufhetzung zur Gewalt – eine solche Brücke

führt uns ins Nirgendwo der Beliebigkeit. Und ginge unsere Gesellschaft diesen Weg, sie würde in einen Abgrund rutschen. Wir dürfen die Menschen niemals im Stich lassen, die für Recht und Demokratie eintreten. Das ist die große Mehrheit der Menschen in unserem Land!

Als ich Student war, gab es von links den leichtfertig dahingeringelten Slogan, der lautete: Macht kaputt, was euch kaputt macht! Gemeint war das sogenannte „System“. Heute begegnet mir der Slogan aus dem Mund von Rechtspopulisten. In den USA heißt es: Smash what is already broken. Man überbietet sich mit Fantasien der politischen „Disruption“ – ein weiterer Begriff aus dem Wörterbuch der neuen Antidemokraten.

Es ist ein Teufelskreis: Populistische Parteien aller Couleur destabilisieren die parlamentarische Demokratie. Die Bildung von stabilen Regierungen wird von Wahl zu Wahl schwerer, das Regieren auch. Denn Populisten und Extremisten sind als Aufpeitscher von Stimmungen allergisch gegen das Kleinklein des Regierens, gegen pragmatische Lösungen und gegen Kompromisse. Und das geschieht in einer Zeit, in der wir überlegte, stetige, professionelle, durchhaltetfähige Regierungspolitik dringender denn je brauchen, um die tieferen ökonomischen und sozialen Ursachen der Verunsicherung zu bearbeiten.

Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, daran entscheidet sich bei uns und im gesamten Westen die Zukunft der liberalen Demokratie! Und ich bin fest davon überzeugt, dass dies gelingt!

Ich habe vorhin gesagt, dass das Alter keinen großen Vorteil hat außer der Erfahrung. Dazu gehört auch die Erfahrung, dass Krise kein Schicksal ist und dass die gegenwärtige tiefgreifende Krise nicht die erste ist, die wir zu bestehen hatten. In meiner politischen Zeit gab es – ich sage es ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die atomare Hochrüstung während des Kalten Krieges, Tote an der Berliner Mauer, die gesellschaftliche Zerreißprobe um die Atomkraft, den Alptraum von Tschernobyl, die Existenzkrise der Kohle- und Stahlindustrie, den Konkurrenzschock der japanischen Industrie, die hohe Asylzuwanderung in den frühen 1990er Jahren, Weltfinanzkrise nach 2008 und, wie eine unveränderliche Schicksalsmacht, die bleierne Massenarbeitslosigkeit, von der nach der Deutschen Einheit auf ihrem Höhepunkt mehr als fünf Millionen Menschen betroffen waren und deren Kosten alles zu gefährden drohten, was wir an sozialer Sicherung aufgebaut hatten.

Also, sorgenfreie Zeiten waren das gewiss nicht. Wir wissen nun im Rückblick, dass die Bundesrepublik

diese Bewährungsproben bestanden hat. Wenn wir das zugeben, sollten wir auch festhalten, dass es Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher Parteien unserer parlamentarischen Demokratie waren, die sich mit Augenmaß, Ausdauer und Entschlossenheit bewährt haben. Darin liegt doch Ermutigung genug.

Ich habe der heutigen Bundesregierung keine ungebeten Ratschläge zu geben. Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich als Mitglied der Bundesregierung solche Ratschläge auch nicht erbeten und wohl auch für etwas wohlfeil gehalten habe.

Doch ich möchte meine mehrfache Erfahrung weitergeben, dass Festgefahrenes auflösbar, Gegensätze vermittelbar, dass große Problemkomplexe mit ersten und zweiten und dritten Schritten bearbeitbar sind und kleiner werden. Ich möchte daran erinnern, dass wir schon einmal, vor dreißig Jahren, unter erheblichen gesellschaftlichen Kontroversen die Zuwanderung beschränkt haben, ohne dass anschließend ein grundlegender Stimmungswandel im Land feststellbar war. Das war erst erreicht, als nach politischen Reformen die Wirtschaft ansprang und die Arbeitslosigkeit zurückging. Sehe ich auf unsere heutige Lage, erkenne ich die Ähnlichkeit.

Die Debatte über die Migration hat unsere Gesellschaft wie nichts anderes aufgewühlt. Inzwischen ist die Fluchtzuwanderung auf dem niedrigsten Stand seit fünfzehn Jahren. An der Unzufriedenheit mit der Politik hat das nichts Entscheidendes verändert. Zu einer wirklichen Trendwende nicht nur im öffentlichen Stimmungsbild, sondern in unserem Selbstvertrauen kommt es erst, wenn die Sorge um die eigene Zukunft und die der Kinder geringer wird, wenn das Leben bezahlbar bleibt, wenn der soziale Aufstieg für die, die sich anstrengen, offensteht.

All das wird nur gelingen, wenn auch eine Trendwende in der Wirtschaft erreicht ist: Konkurrenzfähigkeit, Investitionen, Wachstum, Arbeit. Das ist erforderlich, damit Deutschland Tritt fasst, das hilft auch Europa, verschafft uns Respekt in der Welt, ermöglicht soziale Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität.

Allen Untergangsszenarien zum Trotz: Warum sollten wir heute nicht schaffen, was wir schon einmal geschafft haben? Ich will offen sein: Damals wie heute – der Schlüssel ist der politische Wille, eingefahrene Routinen zu verlassen. Wir können neues Wachstum nicht gewinnen, wenn alles so bleibt wie es ist. Natürlich weiß ich auch: Das bereitet Sorge. Angesichts von Problemen sind Sorgen vernünftig, Ängste aber sind es nicht. Ängste sind lähmend und verbreiten Resignation. Sorge stiftet dazu an,

rechtzeitig die Ärmel aufzukrempeln und etwas zu wagen. Reformen sind immer ein Wagnis. Aber wir gehen es ein um der Hoffnung willen, unser Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Das ist meine Erfahrung in der Politik: **Wo das Ziel stimmt, muss man Kurs halten.** Es zahlt sich aus. Deutschland wird sicherer sein und stärker. Wir werden mehr Kraft haben für Solidarität und Zusammenhalt. Ich sage also: **Bleibt entschlossen auch im Gegenwind. Habt Mut zur Erneuerung!**

Vieles ist ähnlich zu früheren Krisenzeiten, manches grundlegend anders. Ich gebe zu, dass die deutsche Reformpolitik vor 25 Jahren, so schwierig sie innenpolitisch war, auf ein großes Maß an außenpolitischer Berechenbarkeit setzen konnte. Um die Jahrtausendwende gab es keinen Angriffskrieg in Europa wie den heutigen durch Russland. Es gab keine akute Gefährdung unserer Energieversorgung. Es gab keinen Bruch in den Handelsbeziehungen durch amerikanische Zollkriege, keine Ausfuhrsperrungen und staatsfinanzierte Überkapazitäten durch China oder blockierte Schifffahrtsrouten.

Gerade weil ich die Außenpolitik kenne, sehe ich mit Demut auf die heutigen geopolitischen Krisen. Sie wiegen schwer. Sie machen unser Leben, unseren Frieden in Europa so unsicher wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Sie haben Deutschlands globale Stellung geschwächt und unseren Einfluss reduziert.

Die Menschen in unserem Land spüren das sehr genau. Immer wieder höre ich in meinen Gesprächen im ganzen Land und ganz besonders in Ostdeutschland, wie groß die Sorge um den Frieden ist, um das Miteinander in einer Welt, in der unsere Kinder und Enkel leben werden. Auch diese Sorgen verlangen nach Antworten. Antworten, die weiß Gott nicht einfach sind.

Eines ist gewiss: **Wir dürfen unter keinen Drohungen einknicken.** Unter Drohungen schwankt man nicht. Wir sollten die Ukraine in ihrem Abwehrkampf stetig und fest unterstützen. Und so sehr wir der größte Unterstützer der Ukraine sind, so sehr sollten wir auch unsere politische Rolle geltend machen, um die zukünftigen Bedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa selbst zu beeinflussen.

Es ist gut, dass unsere Bundeswehr an Stärke gewinnt – und zwar Stärke nicht nur in Budgets oder Ausrüstung, sondern auch mit der Anerkennung durch unsere Gesellschaft, mit dem Respekt, den eine Armee der Demokratie verdient.

Ja, es war so, die Bundesrepublik hat nach 1990, als uns die Rückkehr des Krieges mitten in Europa kaum



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

mehr denkbar erschien, die militärische Seite der Außenpolitischen Gleichung unterschätzt. Wir sollten aber heute nicht den umgekehrten Fehler machen und die Diplomatie geringschätzen oder gar verächtlich machen. **Diplomatie ist nicht naiv, sie ist auch nicht der lahme Arm der Sicherheitspolitik.**

Es ist an der Zeit, dass wir eine erwachsene Haltung zum Verhältnis von militärischer Stärke und diplomatischer Klugheit entwickeln. Eine, wie sie in anderen Ländern selbstverständlich ist: dass nämlich das eine, die militärische Stärke, ohne das andere, die diplomatische Klugheit, nicht auskommt. Wir werden immer beides brauchen. Verbiegen wir uns also nicht, passen wir uns nicht an einen Zeitgeist der Rücksichtslosigkeit an, der von Ost und West herüberweht. Sondern machen wir den Rücken gerade für ein starkes und vereintes Europa, für Völkerrecht und die Zusammenarbeit zwischen den Nationen.

Die Welt braucht Recht und Regeln, vielleicht auch ein paar neue. Aber Regellosigkeit führt ins Verderben. Dagegen müssen und werden wir mit aller Kraft ankämpfen!

In meinem politischen Leben schließt sich der Bogen, der 1989 seinen Anfang nahm. Ich sehe auf die Jahre ohne Verklärung. Wer sich die Politik zum Beruf wählt, soll realistisch sein. Meine Erwartungen waren größer als das, was Realität geworden ist – Erwartungen vor allem an den Fortschritt der liberalen Demokratie und an die Geltung der unbestreitbaren Vernunft internationaler Zusammenarbeit. Wir haben Rückschläge erlebt, die bitter sind. Ich will es offen sagen: Ich war nicht darauf gefasst, als demokratischer Politiker sogar noch die rechtsstaatliche Demokratie selbst, unseren Pluralismus und die Grundrechte unserer Verfassung verteidigen zu müssen. Ich habe gedacht, alle hätten die Lektion aus der Geschichte gelernt, und muss sehen, wie Parteigänger des Rechtsextremismus heute das Andenken an die Opfer des Holocaust ausradieren wollen. Ich habe unsere Demokratie für gesichert gehalten und muss erfahren, dass sie neu angefochten wird.

Ja, es geht heute um die Selbstbehauptung der Demokratie. Wir können uns an niemanden mehr anlehnen, der als wohlwollender mächtiger Freund für uns unsere Freiheit sichert. Wir dürfen uns nicht dem bequemen Fatalismus überlassen, dass alles immer schlimmer wird und wir nichts dagegen ausrichten können. Wir müssen uns einsetzen für das, was wichtig bleibt.

Es gibt vieles, das unser Land in den Augen anderer auszeichnet, das uns stark gemacht hat und für das wir respektiert werden. Drei historische Errungen-

schaften und Erfahrungen will ich hervorheben, die zu bewahren und zu erneuern von großer Bedeutung ist.

Die Institutionen unserer freiheitlichen Demokratie, die 1949 in Bonn aus der Taufe gehoben wurden. Als die Menschen in Ostdeutschland die Unterdrückung abschüttelten, war diese freiheitliche Ordnung von allen Deutschen gewollt. Und diese Ordnung braucht Institutionen, in denen das Ringen um den richtigen Weg der Gesellschaft und um Kompromisse der Politik stattfindet. Ohne diese Institutionen ist die repräsentative Demokratie nicht handlungsfähig.

Dann der Mut und die Hoffnung von Leipzig, dass Unrecht überwunden werden kann. Sie haben uns Deutschen gezeigt, wie wir selbst mit eigenen Kräften die Freiheit erreichen können, ohne unsere Nachbarn in Europa zu bedrängen und zu ängstigen. Die erste friedliche demokratische Revolution der deutschen Geschichte kann uns Zuversicht geben und Selbstbewusstsein. Sie führt uns vor Augen: **Geschichte ist weder Schicksal noch Fluch, sie liegt offen in unseren Händen.**

Schließlich die Kraft zur Erneuerung. Wir haben so vieles, was kaputt war, neu aufgebaut. Wir haben Überkommenes erneuert. Wir haben schon einmal Massenarbeitslosigkeit besiegt. Wir haben eine vielerorts schwer belastete Umwelt genesen lassen. Wir haben Einwanderer aufgenommen, die unser Land mit aufgebaut und die ihr Schicksal mit dem unsrigen verbunden haben. Deutschland ist ihr Heimatland. Wir haben Europa immer wieder und immer weiter vorangebracht. Wir haben Europas Einheit durch stürmische Krisen gesteuert und dabei gelernt: Wir können mehr sein als Schönwettereuropäer.

Gestritten haben wir immer, wie Demokraten eben streiten. Es hat uns nicht gehindert zu handeln, als Handeln notwendig war. Nur stolz auf all das zu sein, das müssen wir offenbar noch lernen. **Kleinmut macht uns klein. Lasst uns mit Selbstvertrauen in die Zukunft schauen!**

Die Herausforderungen der modernen Welt sind groß, aber sie anzunehmen, das ist unsere Aufgabe. Dem dürfen wir uns nicht entziehen. Denn wir wollen erreichten Wohlstand nicht nur verwalten, sondern wir wollen den Wohlstand neu gewinnen, wir wollen ihn nachhaltiger, stabiler und, ja, wir wollen ihn gerechter.

Wir wollen das, was meine Generation an Freiheit, Demokratie und sozialer Sicherheit erfahren durfte, an die nächsten Generationen weiterreichen. Das ist unsere Pflicht. Unsere Kinder haben einen Anspruch darauf.



Nr. 654-05

5. Oktober 2026

51. Jahrgang

In diesen Wochen sondieren die politischen Parteien und im Januar entscheidet die Bundesversammlung, wer das Amt des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik übernimmt. Es ist kein Amt, das auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Es wird in den kommenden schwierigen Jahren anstrengend bleiben, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern und die Einheit unseres Landes zu wahren. Anstrengender und fordernder als in der Vergangenheit.

Doch auf eines darf die künftige Präsidentschaft vertrauen: Millionen Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen unseres Landes wollen, dass wir ein freundliches, ein hilfsberechtigtes und lebenswertes Land sind. Diesen Menschen möglichst oft direkt und ohne digitale Umwege zu begegnen, nicht nur Klicks auszutauschen, sondern sich die Hand zu reichen, den Mutigen und Hoffnungsvollen Aufmerksamkeit zu geben und sie zu bestärken – das ist die Anstrengung und Leidenschaft aller wert, die sich die Politik zur Aufgabe gemacht haben.

Heute vor 36 Jahren gelang es, das geteilte Deutschland zu vereinen. Die Gewaltherrschaft hatte ihre Macht verloren. Die Diktatur war zurückgewichen. Die Demokratie, die uns so zerbrechlich erscheint, hatte sich mit der zwanglosen Anziehungskraft freier Gesellschaften durchgesetzt. Sie versprach Wohlstand, ja, aber nicht minder Rechtsstaatlichkeit, Würde für jeden und ein ganzes Stück mehr Wahrfähigkeit der Politik.

Erinnern wir uns! Verlassen wir für einen Augenblick die Verschanzungen unseres täglichen Missmuts. Geben wir heute zum Tag der Deutschen Einheit den Empfindungen Raum, die uns in jenem historischen Moment so bewegt haben. Mut und Hoffnung – sie sind nicht vergessen. Sie sind Quelle unserer Kraft auch heute!

Wir werden uns – davon bin ich überzeugt – in einer unruhigen Welt behaupten! Unser Deutschland ist ein gutes Land. Schaffen wir ein noch besseres!

Quelle: Bundespräsidentamt

03) KW 40 (28.09. bis 04.10.2026) – Teil 2. Von Ed Koch



Nr. 654-04 4. Oktober 2026 51. Jahrgang

KW 40 Teil 2

Das gab es – glaube ich – wohl noch nie. Vor-Sondierungsgespräche. Grüne und SPD haben allen Grund, auszuloten, mit wem sie eine Regierung bilden wollen. Der Ruf der Berliner Linken ist nicht der beste. Da nützt es auch nichts, die Wahl gewonnen zu haben.

Von dem Verein „**Rote Hilfe**“ haben die meisten Menschen in Berlin noch nie etwas gehört, jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, als durch die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** bekannt wurde, dass **Elif Eralp** seit 2010 dort Mitglied war und erst im letzten Jahr spät, vielleicht zu spät, ausgetreten ist. Der Verein, der sich auch für Linksextreme einsetzt, findet sogar Erwähnung im Wahlprogramm der Linken. Aber, wer liest schon Wahlprogramme.

Die Berliner Linke nimmt in ihrem Wahlprogramm explizit Stellung zur Roten Hilfe. Auf einer der hinteren Seiten heißt es, antifaschistische Vereine wie die Rote Hilfe sähen sich steuerlichen Angriffen ausgesetzt oder ihre Konten würden geschlossen. „Wir stehen entschieden an ihrer Seite und verteidigen ihre Gemeinnützigkeit.“ *Berliner Morgenpost*

Zum Beispiel setze sich der Verein dafür ein, dass schwere Körperverletzungsdelikte bei Überfällen auf Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten nicht verfolgt werden, sagt der Extremismusforscher **Hendrik Hansen** gegenüber **Funk-Medien**, wozu auch die **Berliner Morgenpost** gehört. Und als **Daniela Klette** 2024 als eine der drei letzten flüchtigen ehemaligen RAF-Terroristen festgenommen wurde, habe auf der Internetseite der Roten Hilfe gestanden, die Festnahme sei Ausdruck des staatlichen Rachebedürfnisses. Der Prozess gegen Klette sei ein „politisch motivierter Gesinnungsprozess“.

Wes Geistes Kind die Linke ist, berichtet die **Süd-deutsche Zeitung**: Nach Kritik an einer früheren Mitgliedschaft der Linken-Politikerin **Elif Eralp** in der sogenannten „Roten Hilfe“ ist der Bundestagsfraktionschef **Sören Pellmann** dem Verein beigetreten. Der Linken-Politiker aus Leipzig bestätigte einen entsprechenden Bericht der **FAZ**. Zur Begründung erklärte Pellmann der **Deutschen Presse-Agentur**: „Eine solche NGO ist wichtig, wenn es darum geht, dass es faire Gerichtsverfahren gibt, in denen sich Verfahrenseteiligte durch Anwältinnen und Anwälte vertreten lassen können. Insbesondere auch dann, wenn sie sich diese nicht leisten können.“ Dass wir in einem Rechtsstaat leben, scheint der Linken nicht

bekannt zu sein. Der notwendige Blick nach Rechts, hat den nach Links offenbar verstellt. Der Verfassungsschutz, den **Linke** wie **AfD** am liebsten abschaffen würden, benötigt mehr denn je den Blick eines Chamäleons.

Die Co-Bundesvorsitzende der Grünen, **Franziska Brantner**, hat zur Bedingung für ein Regierungsbündnis in Berlin gemacht, dass Die Linke weder das Innen- noch das Justizressort übernimmt. *tagesschau.de*

Dieser Forderung kann man sich nur anschließen.

Was noch?

Die Bundesregierung befindet sich in einer Phase, in der sie machen kann, was sie will, die Beliebtheitswerte bleiben im Keller. Anstatt Gewerbebetriebe und Pendler zu entlasten, gibt's wieder den Gießkannen-Effekt beim Tankrabatt. Die SUV-Fahrer lachen sich schlapp und schlürfen ein paar Austern mehr vom ersparten Benzinpreis.

Warum denkt der Bundeskanzler nicht nach, bevor er redet? So hat er Lehrerinnen und Lehrer am 29. September 2026 bei der Verleihung des Deutschen Schulprieses in Berlin als „die wichtigste Berufsgruppe unseres Landes“ bezeichnet. „Wir vertrauen Ihnen das Wertvollste an, was wir haben. Das sind unsere Kinder.“ *Quelle: News4Teachers*

Wie kann man eine Berufsgruppe als die „wichtigste“ hervorheben? „Eine der wichtigsten“ hätte gereicht. Erzieherinnen und Erzieher in Kitas, Kinderärzte, Feuerwehrleute oder die DLRG, die Kinder vor dem Ertrinken retten und viele andere, sind für „das Wertvollste, was wir haben“ genauso wichtig. Selbst mit einem gut gemeinten Satz, bringt Merz wieder Menschen gegen sich auf. Er kann es einfach nicht.

Die aktuelle Umfrage vom 29. September sieht die Koalition nur noch bei 32 Prozent, Union 19, SPD 13. Ohne die Grünen, 16 Prozent, wird künftig keine Regierung mehr möglich sein. Die Linke mit elf Prozent spielt keine wesentliche Rolle, aber die AfD mit 27 Prozent eine immer immer bedrohlichere. Freunde, ich sage es Euch nochmal ganz deutlich: Wir sind am Arsch.

Noch was? Ja.

Der größte Aufreger in dieser Woche war allerdings ein Strandkorb, den sich **Philipp Amthor** auf den Balkon seines Büros im Kanzleramt gestellt und inzwischen wieder hat abholen lassen. Warum? Junge, Du musst auch mal was durchstehen. Wenn schon in Deiner Heimat MV Deine CDU nicht mehr im Landtag sitzt, kannst Du Dich doch wenigstens im Strandkorb mit einem Fläschchen Küstennebel trösten.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt) Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierreg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stillbrand* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Morgen Abend

Was machen Sie morgen Abend? Gemütlicher Fernsehabend? „Hirschhausen und der Darm“ in der ARD? Muss nicht sein. „Sievers und der Gesang der Wale“ im ZDF, empfehlenswert, können Sie auch in der Mediathek sehen, habe ich schon gestern. „Wer wird Millionär“ bei RTL? Da gibt's wenig zu lachen, erst recht nicht in der „Höhle der Löwen“ bei Vox. Also machen Sie etwas Sinnvolles, amüsieren Sie sich bei **Arnulf Ratings Blauen Montag** im Theater der Wühlmäuse am Theodor-Heuss-Platz und unterstützen Sie damit die Kleinkunst.



Die Gäste am 5. Oktober 2026 sind: **Roger Pabst & The Swinging Strangers**, **Horst Evers**, **Anna Abrams**, **YeoMen**, **Chin Meyer**, **Neues Globe Theater Potsdam**, **Henning Ruwe**, **Andreas „Spider“ Krenzke** und **Bernd Schlarmann**.

Tickets unter:

<https://www.eventim.de/search/?affiliate=WUM&searchterm=w%C3%BChlm%C3%A4use+der+blaue+Montag>

Wir sehen uns...Kommen Sie gut durch die KW 41.

Ed Koch

Veranstaltungshinweise:

Konzertlieben e.V. und das Max-Planck-Institut laden am **Sonntag, dem 11. Oktober 2026, 19:00 Uhr** ins Harnack-Haus in Dahlem, Ihne Straße 16 -20, 14195 Berlin, zu „**Musik bildet – Schubert & More**“ ein. Drei Musiker gestalten einen Kammermusikabend, der von der intimen Poesie der Romantik bis zur großen kammermusikalischen Geste reicht: **Natania Hoffman**, Violoncello, **Žilvinas Brazauskas**, Klarinette und Gesang, und **Catalin Serban**, Klavier. Eintritt: 23,- Euro

Tickets an der Abendkasse oder im Netz:

<https://www.konzertlieben.de/event-details/schubert-more-5>

Im ersten Teil treten die Werke von Robert und Clara Schumann in einen musikalischen Dialog. Robert Schumanns Fantasiestücke op. 73 und Clara Schumanns Drei Romanzen op. 22 erklingen in wechselnden Besetzungen mit Klarinette und Violoncello – verbunden durch das Klavier und durch jene ganz eigene schwebende, poetische Klangwelt, die die Musik der beiden Schumanns miteinander verbindet.

Dazwischen öffnet sich eine weitere Klangfarbe: Lieder von **Franz Schubert**. **Žilvinas Brazauskas**, der an diesem Abend nicht nur als Klarinettist, sondern auch als Sänger zu erleben ist, interpretiert sie gemeinsam mit Violoncello und Klavier. So begegnen sich Lied und Kammermusik, Stimme und Instrument – ganz im Sinne von Schubert & More.

Nach der Pause steht mit **Johannes Brahms' Trio** für Klarinette, Violoncello und Klavier a-Moll op. 114 eines der großen späten Kammermusikwerke der Romantik auf dem Programm. Innig und dunkel leuchtend, zugleich voller Wärme und Weite, führt es die drei Instrumente zu einem intensiven musikalischen Gespräch zusammen.

Das Lebensmelodien-Konzert „**Morgen wieder lustig!**“ präsentiert jüdische Komponisten, die vor der Shoah in Berlin gelebt und gearbeitet haben. Hier erlangten sie künstlerischen Ruhm – und von hier wurden sie durch die Nationalsozialisten vertrieben und deportiert. Doch auch in den Vernichtungslagern lebte ihr künstlerisches Schaffen weiter.



© Lebensmelodien

Mitwirkende: **Christophe Horak** (Violin) | **Francesca Zappa** (Viola) | **Mischa Meyer** (Cello) | **Peter Riegelbauer** (Contrabass), **Nur Ben Shalom** (Klarinette & Künstlerische Leitung) | **Michael Cohen-Weissert** (Klavier und Musikbearbeitung) | **Álvaro Zambrano** (Gesang) | **Gunter Schoß** (Lesung) | **Oberstufenchor des Landesmusikgymnasiums Rheinland-Pfalz**.

Das Konzert wird gefördert und organisiert mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. **9. November 2026 – 19:00 Uhr**, Apostel-Paulus-Kirche, Grunewaldstraße 77a, 10823 Berlin, Eintritt frei, Anmeldung erforderlich

<https://www.eaberlin.de/seminars/data/2026/11/morgen-wieder-lustig/>

04) KW 40 (28.09. bis 04.10.2026) – Teil 1



Nr. 654-03

3. Oktober 2026

51. Jahrgang

KW 40 Teil 1

Es ist immer erfreulich, wenn Ideen, die man aufgeschrieben und verbreitet hat, Realität werden. **Steffen Krach** ist nun tatsächlich, neben dem Amt des Landesvorsitzenden, auch Chef der Fraktion. Die Namen der SPD-Promis, die das für unmöglich gehalten haben, gebe ich hier natürlich nicht preis. Während **Elif Eralp** vorübergehende Fraktionsvorsitzende der Linken ist, und darauf hofft, Regierende Bürgermeisterin zu werden, hat Krach erklärt, dass er kein Senatorenposten anstrebt. Denn, wenn ihm eine Erneuerung der SPD gelingen soll, dann nur aus den beiden Schlüsselpositionen heraus. Ein Senatsposten wäre nur ein Klotz am Bein.

Apropos Klotz am Bein: Völlig überflüssig, aber irgendeinem Zeitgeist geschuldet, ist die Doppelspitze, die auf Landesvorstandsebene nach **Michael Müller** überflüssigerweise eingerichtet wurde. Und nun auch noch eine Doppelspitze in der Fraktion. Wozu? **Raed Saleh** hat das in 15 Jahren allein geschafft, und da war die Fraktion deutlich größer. Jetzt, wo nur noch 22* übriggeblieben sind, soll offenbar jeder auch eine Führungsposition abbekommen.

Bettina König ist die Co-Vorsitzende der Partei und **Derya Çağlar** die Co-Vorsitzende der Fraktion. Dass **Torsten „The Brain“ Schneider** der kenntnisreichste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion ever war, ist bekannt. Auch seine Position ist nun doppelt besetzt worden durch **Marcel Hopp** und **Maja Lasić**. Damit aber auch andere noch einen Posten erhalten, wurden 5!!!! stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. **Tamara Lüdke**, **Bettina König**, **Lars Düsterhöft**, **Orkan Özdemir** und **Matthias Schulz**. Ob **Steffen Krach** die nötige Beinfreiheit bekommen wird, die er benötigt, wird sich zeigen. Ihn lediglich mit 73 Prozent zu wählen, ist kein gutes Zeichen. Interessant zu beobachten, wird auch sein, wie sich **Raed Saleh** verhält. Findet er sich damit ab, jetzt in der zweiten Reihe zu sitzen? Viel mehr Reihen hat die Fraktion ohnehin nicht mehr.

Böse Überraschung

Da dachte man, dass die Wahl gelaufen sei, und hat nicht mit Spandau gerechnet. Wie der Landeswahlleiter zugab, wurden im Spandauer Wahlkreis 1 die Stimmen nachgezählt, mit immensen Folgen. CDU-Kandidatin **Bettina Meißner** hatte sich schon über ihren direkten Einzug ins Abgeordnetenhaus gefreut. Nun geht das Mandat aber an den AfD-Kandidaten **Tommy Tabor**. Da Frau Meißner nicht über die Liste

abgesichert ist, verliert sie ihren Sitz, noch bevor sie Platz genommen hat.

Es kommt noch schlimmer, wie der **Tagesspiegel** zu berichten weiß: „Wegen der komplizierten Rechnung von Überhangs- und Ausgleichsmandaten reduziert sich die Zahl der Abgeordneten von 158 auf 153. Ihr Mandat verlieren offenbar auch: **Martin Matz** (SPD), **Oda Hasselpaß** (Grüne) sowie **Coco Aglibut** und **Bettina Günter** (Linke).“

Das Endergebnis wird am 12. Oktober durch den Landesausschuss bestätigt. Blicke es dabei, verlorene die CDU von ihren 34 Sitzen, die SPD von 22* und die Grünen von 26 je einen Sitz und die Linke von 47 zwei Mandate. Die AfD bleibt bei 29 Sitzen, weil Tabor über die Liste schon ins Abgeordnetenhaus eingezogen ist. Mit **Martin Matz** verliert die SPD ihren profilierten innenpolitischen Sprecher.

Ein Rot-Grün-Rotes Bündnis hätte mit 91 von 153 Sitzen eine komfortable Mehrheit, eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD nur einen Vorsprung von zwei Mandaten.

Was noch?

Eine bodenlose Unverschämtheit

Meine Meinung über einen von der Linken geführten Senat ist eindeutig. Aber, wo soll das hinführen, wenn wir Wahlergebnisse nicht anerkennen? Der Auftrag zur Senatsbildung liegt bei der Linken. Wie soll sie das Problem lösen, dass sich Hamas-Unterstützer und Clan-Mitglieder auf ihren Partys rumtreiben? Die eigenen Leute, die sich falsch positionieren, rauszuwerfen, kann die Partei selbst regeln. Aber, wie viele müssten dann gehen? Wer sind die vielen neuen Parteimitglieder, die in den letzten Tagen eingetreten sind. Hat jemand mal auf die Familiennamen geschaut? Also nicht so oberflächlich wie der **CDU-Abgeordnete Christian Zander**. Der hatte im Januar 2025 eine Besuchergruppe im Berliner Abgeordnetenhaus zu Gast, bei der auch das Clan-Oberhaupt **Issa Remmo** anwesend war. Sich den Namen Remmo zu merken, fällt offenbar schwer.

Was aber gar nicht geht, ist, dass uns **Markus Söder** und seine Unions-Ministerpräsidenten vorschreiben wollen, wer in Berlin den künftigen Senat stellen darf. Die Länderchefs drohen mit Geldentzug und stellen den Länderfinanzausgleich und den gerade erste beschlossenen Hauptstadtvertrag in Frage. Warum stellt der Weißwurstkönig nicht gleich die Hauptstadt in Frage und bietet München als Alternative an, schließlich sollen dort und nicht hier die Olympischen Spiele stattfinden. „Sollte Berlin eine Landesregierung bekommen, die Antisemitismus

und Judenhass im Programm hat, werden wir eine gemeinsame Initiative starten, auch zur Frage, wer finanziert die Hauptstadt", sagte CSU-Landtagsfraktionschef **Klaus Holetschek** nach einem Treffen der Fraktionschefs aus den CDU/CSU-regierten Bundesländern in München. *Berliner Morgenpost*

Im Programm der Linken ist weder von Antisemitismus noch von Judenhass die Rede. Die Linke hat einiges zu klären, keine Frage. Aber, von wem wir regiert werden wollen, entscheiden wir selbst.

Drohungen in Richtung Sachsen-Anhalt, wo die AfD den Ministerpräsidenten stellen könnte, sind nicht zu vernehmen. Das ist schon eine merkwürdige Gewichtung.

Unabhängig von den unverschrämten Drohungen der Union gegen Berlin, ist RGR längst nicht ausgemacht. Der Reservekandidat steht bereit. **Stefan Evers** wartet nur auf das Go! So wie es 2023 **Kai Wegner** bekommen hat, als die SPD lieber auf das Amt der Regierenden Bürgermeisterin verzichtet hat, als erneut mit Grünen und Linken eine Koalition zu bilden. Damals hatte die CDU die Wahl gewonnen.

Noch was? Ja!

Adoption

Mit **Dominik Krause** hat **Markus Söder** offenbar den Freund fürs Leben gefunden. Nach der Olympiaentscheidung wollten sich die Hände des Grünen OB von denen des Weiß-Blauen MP gar nicht mehr nach dem Schütteln lösen. Und nun sind sie auch noch beim Oktoberfest gemeinsam Achterbahn gefahren.

„Auf die Frage, ob die gemeinsame Achterbahnfahrt die Freundschaft zwischen dem CSU-Politiker und dem Grünen-Politiker gestärkt habe, sagte Söder: ‚Sie hat sie zumindest nicht geschwächt.‘ Krause ergänzte: ‚Wenn man gemeinsam was durchlebt, dann schweißt das zusammen.‘ Das gelte auch für die Olympia-Bewerbung, die sie bereits gemeinsam durchgestanden hätten.“

Bevor Söder Krause adoptiert, sollte sich das neue Stadtoberhaupt einmal die eine oder andere Rede Söders anhören, in denen er die Grünen regelmäßig in der Isar versenkt.

Bekannte Zitate und Kernsprüche

Zur Regierungsbeteiligung: Beim politischen Aschermittwoch rief er in Richtung von **Robert Habeck** unter anderem: „Goodbye, gute Reise, auf Nimmerwiedersehen.“ Er betonte zudem, es sei ein Verdienst der CSU, dass die Grünen nicht Teil der Bundesregierung sind. *Frankfurter Rundschau*

Das „Bayern-Gen“: Söder erklärte mehrfach, den Grünen fehle schlicht das „Bayern-Gen“. *Instagram Söder*

Lebensstil und Verbote: Söder prägte beziehungsweise wiederholte Aussagen wie „Leberkäs statt Tofu-Tümelei“ oder warf den Grünen im Wahlkampf vor, sie wollten Dinge wie Fleischkonsum, Luftballons oder sogar bestimmte alltägliche Begriffe verbieten. Die Grünen bezeichnete er konsequent als „Verbotspartei“. *Humboldt Universität*

Einfamilienhäuser: Im Jahr 2021 äußerte er sich auf X (vormals Twitter) empört: „Ich bin entsetzt über die Grünen: Jetzt fahren sie eine Kampagne gegen Einfamilienhäuser.“ Dazu fügte er an: „Ich bin für mehr Grün in Bayern, aber nicht für mehr Grüne. Um das Grüne kümmern wir uns selber.“ *X Markus Söder*

Mögliche Koalitionen: Eine Zusammenarbeit schloss er wiederholt aus. Zu den Gedankenspielen über mögliche Bündnisse (Schwarz-Grün) erklärte er, mit „diesen Grünen“ gehe es nicht; entsprechende Gedankenspiele anderer Unionspolitiker tat er kurzzeitig als „irrelevant“ ab. *BR*

Söder und die ganze Union sollten langsam die Kurve kriegen, denn nach Neuwahlen im Bundestag wäre eine Regierungsbildung ohne die Grünen nicht mehr möglich.

Ausgezeichnete Berliner



Senatskanzlei Berlin / Laura Donath

Keinen Widerhall in den Medien fand die Verleihung der Landesorden an zwölf Berliner, die sich um die Stadt verdient gemacht haben. Die **rbb-Abendschau** verschwendete am 1. Oktober ihre Sendezeit mit einem völlig sinnfreien Beitrag über Oktoberfeste in Berlin, anstatt die neuen Ordensträger zu erwähnen.

Wir berichteten in unserem Newsletter vom 1. Oktober ausführlich. Schade, dass das Engagement von für die Gesellschaft aktiven Bürgerinnen und Bürgern so wenig öffentlich gewürdigt wird.



Senatskanzlei Berlin / Laura Donath

Den Blick von **Kai Wegner** interpretiere ich mal so, dass er sich freut, mich zu sehen. In den dreieinhalb Jahren seiner Amtszeit sind wir uns bei allen möglichen Veranstaltungen immer wieder begegnet. Und immer, nicht nur mir gegenüber, waren diese Begegnungen emphatisch. Wegner versteht es gut, mit Menschen umzugehen.

Dass der 3. Januar alles zunichtemachte, ist tragisch. Nein, man muss kein Mitleid haben, weil er sich selbst in diese Lage gebracht hat und es immer noch schlimmer wurde. Er versäumte es, rechtzeitig klar Schiff zu machen und die ungeschminkte Wahrheit zu verkünden, anstatt mit dieser ziemlich fahrlässig umzugehen. Diesen Fehler hat er teuer bezahlt. Dennoch sollte man auf seine Amtszeit einen positiven Blick werfen. Egal, wann die Verwaltungsreform ihre Früchte trägt, Wegner hat gesät, andere werden ernten. Dass es ihm gelungen ist, Grüne und Linke dabei mit ins Boot zu holen, ist ein Glimpf.

Mit unseren Regierenden Bürgermeistern hatten wir eigentlich immer Glück. Seit **Willy Brandt** (1957-1966) hatte ich die Möglichkeit, allen zu begegnen und schon zu Schülerzeitungszeiten über sie berichten zu dürfen. **Heinrich Albrecht** war eine tragische Fehlbesetzung für ein Jahr und scheiterte an den Folgen des Schah-Besuchs und dem Tod eines Studenten am 2. Juni 1967. 1975 gelang ihm dann eine Heldentat beim Austausch von inhaftierten Terroristen gegen den CDU-Politiker **Peter Lorenz**.

Für zehn Jahre folgte **Klaus Schütz** (1967-1977), ein ausgesprochen angenehmer Politiker, auch wenn seine Amtszeit wegen verschiedener Finanzskandale vorzeitig endete. Tragisch für die SPD war die Amtszeit seines Nachfolgers **Dietrich Stobbe** (1977-1981), dem es nach der Wahl nicht gelang, einen Senat zu bilden und er zurücktrat. Aus München kam **Hans-Jochen Vogel**, um die SPD zu retten. Ein

halbes Jahr lang versuchte er, alles wieder ins Lot zu bringen und scheiterte. Vogel war ein sehr sympathischer Politiker, ein humorvoller dazu. Nach ihm übernahm die CDU mit **Richard von Weizsäcker** (1981-1984) den Senat. Tut mir leid, aber mit dem bin ich nicht klargekommen. Er schwebte in anderen Sphären und betrachtete Berlin vornehmlich als Sprungbrett ins Schloss Bellevue. Als Bundespräsident war er genau der richtige zur richtigen Zeit.

Eberhard Diepgen (1984-1989 / 1991-2001) war mir zu spröde. Es fällt ihm noch heute schwer, so zu reden, wie man halt redet, ohne einen Vortrag halten zu wollen. Außerordentlich bedauert habe ich, dass **Walter Momper** (1989-1991) nur eine kurze Amtszeit vergönnt war. Termine mit ihm, haben immer viel Spaß gemacht. Er hat die spannendste Zeit Berlins als Bürgermeister erlebt und mitgestaltet und scheiterte letztlich an seinem Koalitionspartner, der Alternativen Liste, Vorläufer der Grünen. Von 2001 bis 2011 war er dann Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Über **Klaus Wowereit** (2001-2014) und **Michael Müller** (2014-2021) muss ich an dieser Stelle nicht viel erzählen, zwei Freunde aus Tempelhof, die es von der Bezirksverordnetenversammlung bis ganz nach oben geschafft haben. Das war eine erlebnisreiche und spannende Zeit mit den beiden.

Der Übergang von **Michael Müller** zu **Franziska Giffey** gefiel mir überhaupt nicht. Das war wieder so ein typisches SPD-Ding, was in der Bevölkerung nicht gut ankommt. Dass sie bei der folgenden Wahl ein schlechteres Ergebnis als Müller einfuhr, spricht dafür, dass die SPD Probleme hat, Stimmungen richtig einzuschätzen. Sich mit **Franziska Giffey** (2021-2023) anzufreunden, fiel nicht schwer. Sie geht auf die Leute zu und redet schnörkellosen Klartext. Gespräche mit ihr sind immer erfrischend.

Sie hätte nach der unsäglichen Wiederholungswahl 2023 im Amt bleiben können. Mit Grünen und Linken, vor allem mit den Grünen, wollte sie nicht weitermachen. Nachvollziehbar, und heute nicht anders als vor drei Jahren. Viele hatten Verständnis für den Wechsel zur CDU unter Aufgabe des Roten Rathauses. Genauso viele sagen, dass es ein Fehler war, dieses Amt der CDU zu überlassen. Zumindest arbeitete der Senat Wegner/Giffey geräuschloser und effektiver als seine Vorgänger mit Grünen und Linken.

Bei aller Wertschätzung für **Steffen Krach**, es war ein Fehler, nicht **Franziska Giffey** zur Spitzenkandidatin zu machen. Ein noch schlechteres Ergebnis hätte sie nicht einfahren können. Angesichts der vielen Fehler der Berliner SPD, sollte sie sich mal eine Pause von der Regierungspolitik gönnen. **Ed Koch**

05) Ausgezeichnete Berliner. Von Ed Koch



Nr. 654-01 **1. Oktober 2026** **51. Jahrgang**

Ausgezeichnete Berliner

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**, übergab am 1. Oktober 2026, dem Verfassungstag des Landes Berlin, im Festsaal des Roten Rathauses die Verdienstorden des Landes Berlin. Es war die 40ste Ordensverleihung. Der damalige Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen** hatte sie ins Lebens gerufen.

Kai Wegner: „Tausende Menschen engagieren sich in Berlin für ein solidarisches Zusammenleben, für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Traditionell zeichnen wir am Verfassungstag des Landes Berlin Frauen und Männer mit dem Verdienstorden aus, die sich in besonderer Weise um unsere Stadt verdient gemacht haben. Wir würdigen die Lebenswege und die Leistungen von zwölf Bürgerinnen und Bürger, die sich seit langem und auf vielfältige Weise für Berlin einsetzen. Gesellschaftliches Engagement ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält und sie damit auch noch resilienter macht.“

Verdienstorden des Landes Berlin 2026



Şemsi Bilgi ist eine Berliner Informatikerin und prominente Aktivistin, die sich seit Jahrzehnten für die Rechte und Integration von Migrantinnen in Deutschland einsetzt. Ihr Ziel: Frauen zusammenbringen und die Ungleichheiten überwinden.

Şemsi Bilgi kam im Jahr 1978 mit zwölf Jahren aus der Türkei zu ihrer Familie nach West-Berlin. Sie absolvierte erfolgreich ein Studium der Informatik. Als Vorstandsvorsitzende des Türkischen Frauenvereins Berlin treibt sie die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen voran. Ihr Fokus liegt auf der Vernetzung mit anderen Communities (z. B. deutschen, griechischen und iranischen Frauenverbänden) sowie der lokalen Quartiersarbeit. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Türkischen Bunds in Berlin-Brandenburg (TBB) und vertritt dort migrations- und

integrationspolitische Interessen im Austausch mit der Landespolitik.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-vernetzerin-semi-bilgi-fur-turkinnen-in-berlin-begann-frauenpolitik-mit-nahkursen-113042.html>

<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/30-jahre-geteilter-feminismus/einheit-aus-vielfalt>



Prof. Dr. med. Karsten E. Dreinhöfer (geboren 1961 in Osnabrück) ist ein renommierter deutscher Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie sowie Universitätsprofessor. Er gilt als führender Experte in den Bereichen muskuloskelettale Rehabilitation, Prävention und Osteologie.

Seit 2008 leitet er als Chefarzt die Abteilung für Orthopädie und Unfallchirurgie im Medical Park Berlin Humboldtmühle, einer renommierten Fachklinik für Rehabilitation direkt am Tegeler See. Er hält eine Professur an der der Charité – Universitätsmedizin Berlin für muskuloskelettale Rehabilitation, Prävention und Versorgungsforschung.

Seit März 2025 – auf persönlichen Wunsch der Holocaust-Überlebenden **Margot Friedländer** – ist Dreinhöfer Vorstandsvorsitzender der Margot-Friedländer-Stiftung. Er engagiert sich zudem aktiv als Mitglied des Vorstands im Förderkreis der Deutschen Oper Berlin.

<https://www.berlin-health-excellence.com/de/chefaerzte-und-spezialisten-der-berliner-krankenhaeuser/prof-dr-med-karsten-e-dreinh%C3%B6fer>

<https://www.politik-kommunikation.de/wie-geht-die-arbeit-der-margot-friedlaender-stiftung-jetzt-weiter-herr-dreinhoefer/>

<https://margot-friedlaender-stiftung.de/stiftung/#vorstand>



Bastian Finke ist ein Berliner Diplom-Soziologe, Psycho-trauma-Therapeut und war der langjährige Leiter von MANEO, dem bekannten schwulen Anti-Gewalt-Projekt in Berlin. Er gilt als einer der profiliertesten Aktivisten der Berliner LGBTIQ*-Community im Kampf gegen queer feindliche Hasskriminalität.

Bastian Finke, geboren am 23. Februar 1960 in Berlin, studierte Soziologie,

50 paperpress seit 1976

Nr. 654-01

1. Oktober 2026

51. Jahrgang

Psychologie und Politik an der Freien Universität Berlin sowie an der Queens University in Belfast. Im Juni 2026 wurde Finke nach 36 Jahren als Leiter bei MANEO verabschiedet.

<https://maneo.de/>

<https://www.ardmediathek.de/video/ulrich-timm-im-gespraech/ulrich-timm-im-gespraech-mit-bastian-finke-maneo-berlin/tageschau24/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmtEzUwZDk1NTItYzUxNC00Mjg0LTlkMmEtMzkwYzFmOD-FIMmZj>

<https://www.rbb24.de/panorama/bei-trag/2025/10/maneo-anti-gewalt-projekt-berlin-mehr-schutz-homophobie-gewalt.html>



Dragan Mitrovski ist ein Berliner Unternehmer, der durch sein Engagement in der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde sowie als Lokalpolitiker im Bezirk Spandau bekannt ist. In Spandau betreibt beziehungsweise verpachtet er gastronomische Betriebe. Dazu gehört das Charlotte Café – Bar – Bistro (bzw. die Gaststätte

Charlotte) in der Charlottenstraße 14a. Er ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) in der SPD Spandau. In dieser Funktion setzt er sich für die politische und parlamentarische Unterstützung lokaler Unternehmen ein. Zudem ist Mitrovski seit vielen Jahren der Vorsitzende des Gemeinderates bzw. Vorstands der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Berlin (u. a. mit der Kirche in Berlin-Wedding). In dieser Funktion vertritt er die Gemeinde seit den 1990er-Jahren auch bei offiziellen kirchlichen und ökumenischen Anlässen.

<https://spd-spandau.de/partei/arbeitsgemeinschaften/ags-arbeitsgemeinschaft-der-selbststaendigen/>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/berliner-serben-und-das-kosovo-stellt-die-verbrecher-vor-gericht-1.287657>

Reinhard Müller hat sich als Unternehmer und auch ehrenamtlich vielfach für die Denkmalerneuerung und -pflege in Berlin eingesetzt. 2007 erwarb er das Gelände um den ehemaligen Gasometer in Schöneberg und entwickelte dort mit seinem Team den EUREF-Campus. Der Standort hat sich zu einem international bekannten Forum für Innovationen der Energiewende und Nachhaltigkeit sowie einer Plattform für die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit entwickelt.

2025 erhielt er das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** sagte:

*„Reinhard Müller hat Erscheinungsbild und Charakter der deutschen Hauptstadt mitgeprägt und mit dem EUREF-Campus in Schöneberg einen Zukunftsort etabliert, der Strahlkraft weit über Berlin hinaus hat. Als Gründer, Stifter und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Denkmalschutz Berlin hat sich **Reinhard Müller** immer wieder an stadtplanerischen Debatten beteiligt. Die Instandsetzung eines der bedeutendsten Wahrzeichen Berlins – des Brandenburger Tors – ist maßgeblich sein Verdienst. Unternehmertum in gesellschaftlicher Verantwortung, das zeichnet ihn aus.“*



Reinhard Müller mit Ehefrau Maria, Tochter Sarah und Schwiegersohn Julian Philipp Ameler. Alle Fotos: Ed Koch

www.euref.de

https://paperpress-newsletter.de/wp-content/uploads/docs/broschuere_EUREF_paperpress_gesamt.pdf



Nadja Ofuatey-Alazard ist eine Kulturaktivistin, Kuratorin, Journalistin und Filmemacherin. Sie arbeitet u. a. zu den Themen Erinnerungskultur, Rassismus und Postkolonialismus. Ofuatey-Alazard ist seit 2017 Co-Geschäftsführerin und künstlerische Leiterin beim Bildungs- und Empowerment-Projekt „Each One Teach

One“ (EOTO) e.V. in Berlin, das sich für die Interessen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland und Europa einsetzt.

Sie ist außerdem verantwortlich für die diskursiven und performativen Formate innerhalb des fünfjährigen Kooperationsprojekts Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt (2020 bis heute). Zu ihren Publikationen gehören: „Wie Rassismus aus Wörtern spricht. Kerben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk“

50 paperpress seit 1976

Nr. 654-01

1. Oktober 2026

51. Jahrgang

und „Narrating African FutureS“ (mit Mitherausgeberin Susan Arndt). Ofoatey-Alazard lebt und arbeitet in Berlin und München.

https://de.wikipedia.org/wiki/Nadja_Ofoatey-Alazard

<https://eoto-archiv.de/>

<https://politikkultur.de/inland/irritation-ist-notwendig-um-uns-von-dem-kolonialen-erbe-zu-befreien/>



Elena Semechin, geboren am 26. Oktober 1993, ist eine der erfolgreichsten deutschen Para-Schwimmerinnen. Ihr größter Erfolg ist der Gewinn der Goldmedaillen bei den Paralympics 2020 in Tokio und 2024 in Paris über 100 Meter Brust. In den Jahren 2013 und 2019 wurde sie über diese Strecke Weltmeisterin. Seit 2015 lebt und trainiert sie in Berlin. Neben dem Leistungssport arbeitet sie in Berlin als selbstständige Unternehmerin, Physiotherapeutin und gefragte Motivationsrednerin.

Elena Semechin leidet seit ihrer Kindheit an der seltenen Augenerkrankung Morbus Stargardt und verfügt über rund zwei Prozent Sehvermögen. Dennoch gehört sie auf ihrer Paradenstrecke, den 100 Metern Brust, zur absoluten Weltspitze. Aufgrund ihrer Leistungen und ihrer enormen Willenskraft wurde sie 2024 zur Parasportlerin des Jahres in Deutschland gewählt.

Semechins Weg ist von außergewöhnlicher Resilienz geprägt. Nur wenige Wochen nach ihrem Gold-Triumph in Tokio 2021 wurde bei ihr ein Hirntumor diagnostiziert. Nach einer erfolgreichen Operation und anschließender Chemotherapie kämpfte sie sich binnen kürzester Zeit zurück ins Becken und gewann erneut WM- und Paralympics-Gold. Im September 2025 brachte sie ihren ersten Sohn zur Welt. Erst vor wenigen Tagen, im September 2026, gewann Sie bei

den Para-Europameisterschaften in der Türkei wieder die Goldmedaille über 100 Meter Brust.

<https://www.semechin.com/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Elena_Semechin

<https://www.isb-berlin.de/aktuelles/news/details/elena-semechin-mit-sportplakette-in-gold-des-landessportbundes-berlin-ausgezeichnet>

Thomas de Vachroi ist der erste und bislang einzige deutsche Armutsbeauftragte. Seit April 2024 bekleidet er dieses Amt im Auftrag der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Zuvor war er bereits seit 2017 als Armutsbeauftragter für das Diakoniewerk Simeon und den evangelischen Kirchenkreis Neukölln tätig. Er gilt als „Gesicht und Stimme“ der sozialen Not in Berlin und setzt sich unermüdlich für obdachlose und bedürftige Menschen ein.



Dabei fungiert De Vachroi als Bindeglied zwischen Betroffenen, Hilfsorganisationen und der Politik. Er besucht Schulen, hält Vorträge und sammelt Spenden, um das Thema Armut zu enttabuisieren. Seine Arbeit ist eng mit Berliner Initiativen verknüpft, wie den Ausgabestellen von Laib und Seele oder der Neuköllner Tee- und

Wärmestube.

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/armutsbeauftragter-thomas-de-vachroi-100.html>

<https://www.fluter.de/neukoeln-armutsbeauftragter>

<https://www.berlin-evangelisch.de/b/blog-148770-thomas-de-vachroi-zum-armutsbeauftragten-der-ekbo-ernannt-kopie>



Jan Eder ist ein deutscher Volljurist und Wirtschaftsfunktionär in Berlin, der vor allem durch seine langjährige Arbeit als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin bekannt ist.

Jan Eder war insgesamt 33 Jahre lang bei der IHK Berlin tätig, davon 22 Jahre lang als Hauptgeschäftsführer. Unter seiner Leitung wurde die Kammer, die rund 340.000 Mitgliedsunternehmen vertritt, stark modernisiert. Im Januar 2025 hat **Manja Schreiner** seine Nachfolge angetreten.

Seit Mai 2026 ist Jan Eder der neue Vorsitzende des Stiftungsrats der Stiftung Charité und bringt dort seine weitreichende Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ein.

Neben seiner beruflichen Laufbahn ist Eder ein bekannter Unterstützer der regionalen Entwicklung und engagiert sich unter anderem bei der Berlin2070 gGmbH, einem Projekt des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg e.V. (AIV).

<https://www.ihk.de/berlin/presse/presseinfo/pm-2025-05-21-verabschiedung-jan-eder-6574528>

<https://www.morgenpost.de/berlin/article409073947/vier-buergermeister-bei-abschiedsrevue-fuer-den-ewigen-eder.html>

<https://immermodern.de/jan-eder>



Beate Kitzmann ist eine renommierte Berliner Biologin und Umweltschützerin, vor allem bekannt als langjährige Geschäftsführerin des Vereins Naturschutz Berlin-Malchow e.V. Unter ihrer Leitung verwandelte sich eine ehemalige, zubetonierte Liegenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) im Norden des Bezirks Lichtenberg in den heutigen Naturhof Malchow – ein lebendiges Naturidyll und eine anerkannte Umweltbildungseinrichtung. Ein Kernfokus ihrer Arbeit liegt auf der praktischen Wissensvermittlung für Kinder und Erwachsene, um dem Schwinden von Artenkenntnis in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Kitzmann war 1992 Mitgründerin des Naturschutz Berlin-Malchow e.V. Heute leitet sie dort ein Team von rund 30 Mitarbeitenden. Der Verein betreut unter anderem den Naturhof, ein Umweltbüro sowie weitreichende Landschaftspflege-Projekte mit rund 80 Rindern. Neben ihrer regionalen Arbeit in Berlin engagiert sie sich seit 2001 ehrenamtlich auf Bundesebene beim NABU und wurde im Jahr 2024 erneut als Sprecherin des Bundesfachausschusses Streuobst bestätigt.

Kitzmann war 1992 Mitgründerin des Naturschutz Berlin-Malchow e.V. Heute leitet sie dort ein Team von rund 30 Mitarbeitenden. Der Verein betreut unter anderem den Naturhof, ein Umweltbüro sowie weitreichende Landschaftspflege-Projekte mit rund 80 Rindern. Neben ihrer regionalen Arbeit in Berlin engagiert sie sich seit 2001 ehrenamtlich auf Bundesebene beim NABU und wurde im Jahr 2024 erneut als Sprecherin des Bundesfachausschusses Streuobst bestätigt.

<https://www.naturschutz-malchow.de/index.php/home/verein>

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/lichtenberg/ungewöhnliches-biotop-in-berlin-lichtenberg-auf-diesem-alten-stasi-gelände-gedehnen-schafe-fledermause-und-molche-14673029.html>

<https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.1024670.php>



Sabine Röhm ist eine prominente Berliner Pfarrerin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), die vor allem durch ihre spezialisierten Aufgaben in der Notfall- und Einsatzseelsorge bekannt ist. Sie gilt als wichtige Stütze für Menschen in extremen Krisensituationen in der Hauptstadt.

Sie ist die landeskirchliche Pfarrerin für die Feuerwehrseelsorge Berlin. In dieser Funktion leistet sie überkonfessionelle „Erste Hilfe für die Seele“ und steht den rund 5.500 Einsatzkräften der Berliner Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach belastenden Einsätzen zur Seite.

Als Beauftragte der Landeskirche leitet sie zudem die ökumenische Flughafenseelsorge am Flughafen Berlin Brandenburg (BER). Dort kümmert sie sich gemeinsam mit ihrem Team um gestrandete Passagiere, Menschen in persönlichen Notlagen oder Angestellte des Flughafens.

<https://www.ekbo.de/wirken/seelsorge-und-beratung/feuerwehrseelsorge>

<https://www.flughafenseelsorge-berlin.de/>

<https://www.ekbo.de/news-detail/erste-hilfe-fuer-die-seele>

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/seelsorge-bei-der-feuerwehr-spirituelle-hilfe-auf-der-wache-100.html>



Martina Tittel (geboren 1958 in Berlin) ist eine bekannte deutsche Unternehmerin, Verlegerin und Buchhändlerin, die maßgeblich die literarische Landschaft Berlins mitgestaltet. Sie leitet die Nicolaische Verlagsbuchhandlung – die älteste Buchhandlung Berlins – sowie den traditionsreichen Nicolai

Verlag.

Nach einer Ausbildung bei Karstadt studierte sie Biologie, Germanistik, Politologie und Publizistik an der Freien Universität Berlin. In den 1980er und frühen 1990er Jahren leitete sie Buchabteilungen namhafter Warenhäuser wie Wertheim am Kurfürstendamm und führende Filialen der Buchkette Montanus. In den Nachwendejahren verließ sie kurzzeitig die Buchbranche, um das Filialnetz einer Bank in den neuen Bundesländern aufzubauen und Vertriebsstrukturen für den Mobilfunkanbieter D2 (heute Vodafone) voranzutreiben. Von 2000 bis 2006 kehrte

sie als Geschäftsführerin des bekannten Kulturkaufhauses Dussmann in Berlin zu den Büchern zurück. Nach ihrer Zeit bei Dussmann arbeitete sie über viele Jahre hinweg international als Unternehmensberaterin.

Im Jahr 2015 übernahm sie die historische Nicolaische Buchhandlung in Berlin-Friedenau. Sie modernisierte das Geschäft grundlegend im Sinne der Nachhaltigkeit. Mittlerweile betreibt sie einen zweiten Standort in Berlin-Kladow. Unter ihrer Leitung wurde das Geschäft mehrfach mit dem Deutschen Buchhandlungspreis ausgezeichnet. Im Jahr 2024 erwarb sie zusätzlich den dazugehörigen Nicolai Verlag, um eines der ältesten Verlagshäuser der Stadt wiederzubeleben.

https://de.wikipedia.org/wiki/Martina_Tittel

<https://taz.de/Verlegerin-ueber-Tradition-und-Brueche/16051274/>

<https://www.youtube.com/watch?v=w3PyufINslU&t=398>

<https://www.ardmediathek.de/video/der-tag-in-berlin-und-brandenburg/martina-tittel-verlegerin-und-buchhaendle-rin/rbb/Y33pZDovL3JiY9iZWl2YTM4YS05NzYzLTQ4N2QtOTlhYi0zMmEwNzgxM2E5YzZfcHVibGJjYXRpb24>

<https://www.hbb-ev.de/meldungen/deutscher-buchhandlungspreis-2024-nicolaische-buchhandlung-und-inhaberin-martina-tittel-ausgezeichnet>

Für das musikalische Rahmenprogramm sorgten **Timofey Sattarov** und **Ulugbek Palvanov**.

Schlusswort



Es sei wohl das letzte Mal, dass er die Orden verleihe, sagte **Kai Wegner** am Ende der Veranstaltung. In den vergangenen dreieinhalb Jahren habe er diese Tätigkeit besonders gern gemacht, wie ohnehin jeden Tag als Regierender Bürgermeister.

Er beklagte, und bezog das auch auf sich, dass es zu viel Gegeneinander in der Stadt gebe. Zu viel Nebeneinander tue auch nicht gut. Er forderte mehr Miteinander. Warten wir ab, wie viel Miteinander seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger zustande bringt. Erst einmal müssen sich drei Parteien, die alle nicht gut zusammenpassen, zusammenfinden. Möge es gelingen.

Ed Koch

Quelle Texte: Internet-Recherche

06) Wirtschaftsfaktor landeseigene Wohnungsunternehmen. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-4430. September 202651. Jahrgang

Wirtschaftsfaktor landeseigene Wohnungsunternehmen

Vorwort:



v.l. **Dr. David Eberhart**, Pressesprecher des Verbands Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, **Ingo Malter**, Geschäftsführer der STADT UND LAND und Sprecher der landeseigenen Unternehmen, und **Claus Pretzell** von der Investitionsbank Berlin, die eine Studie zu Wertschöpfungseffekten der Gesellschaften erstellt hat. Foto: Ed Koch

Heute fand eine Pressekonferenz der sieben landeseigenen Wohnungsunternehmen statt. Interessanter als den Wirtschaftsfaktor fanden jedoch einige Journalisten die Frage, warum die Landeseigenen zwei Tage nach der Wahl Mieterhöhungen verschickt haben. Die Linke, die künftig die Stadt regieren will, hat in der **rbb Abendschau** die Rücknahme der Erhöhungen und einen Mietendeckel gefordert. Bausenator **Christian Gaebler** sagte in derselben Sendung, dass man nicht auf der einen Seite fordern könne, dass die Landeseigenen ganz viel leisten, aber auf der anderen Seite kein Geld einnehmen sollen. Wer das fordere, wird irgendwann feststellen, dass das nicht zusammenpasst.

Während die Mieten im Zehnjahresvergleich um bis zu 22 Prozent gestiegen sind, haben sich die Ausgaben, die mit dem Besitz und der Instandhaltung von Wohnimmobilien verknüpft sind, zwischen 2010 und 2025 um rund 90 Prozent erhöht. Die Gesamtausgaben für energetische Gebäudesanierungen kletterten innerhalb von zehn Jahren nominell um über 65 Prozent. Die Lebensmittelpreise sind seit 2020 um bis zu 37 Prozent gestiegen. Wo bleibt der Bananendeckel?

Ein Journalist wollte wissen, ob es eine Anweisung des Finanzsenators gegebene habe, die Mieterhöhungen erst nach dem 20. September zu versenden. Mieterhöhungen seien, so **Ingo Malter**, unabhängig

von Wahlterminen. Verschwörungstheoretiker rechnen sich aus, dass eine Erhöhung der Mieten und des ÖPNV vor der Wahl bei den Linken eingezahlt hätte. Es besteht allerdings kein Grund, bezüglich des Timings, die Integrität der Landeseigenen anzuzweifeln.

Auf eine Frage über die Vergesellschaftungspläne der Linken sagte Malter, dass diese für die Landeseigenen mehr Nachteile als Vorteile brächten.

Wenn alle Kosten gedeckt werden sollen, darf die Frage erlaubt sein, wer dafür aufkommt. Letztlich bleibt alles beim Steuerzahler hängen, was hieße, dass auch die 80 Prozent Berliner, die in keiner landeseigenen Wohnung leben, für mögliche Verluste aufkommen müssten. So wie auch alle Fußgänger und Radfahrer die Senkung der Spritpreise von ihren Steuergeldern mitbezahlen.

In der Rechnung darf nicht verschwiegen werden, dass die Gehälter und Renten in den letzten zehn Jahren um 31 bzw. 37-40 Prozent gestiegen sind.

Die Linke sollte, bevor sie regiert, einen schlüssigen Finanzierungsplan vorlegen, am besten einen, der sich auf Landesebene umsetzen ließe. **Ed Koch**

So, und nun berichten wir über das, worum es eigentlich bei der Pressekonferenz ging:

„Wenn über uns Landeseigene gesprochen wird, geht es meist um Mieten und neue Wohnungen. Das ist richtig – aber es ist eben nur ein Teil unserer Bedeutung für Berlin“, so **Ingo Malter**. „Wir wollten deshalb genauer wissen, was unsere Investitionen und unsere tägliche Arbeit für die Stadt bewirken. Die Ergebnisse zeigen: Starke Landeseigene nutzen ganz Berlin. Unsere Investitionen schaffen Wertschöpfung und Beschäftigung in vielen Bereichen der Berliner Wirtschaft.“

Großer Hebel für Berlin

Die IBB beziffert die wirtschaftliche Gesamtwirkung der sieben landeseigenen Wohnungsunternehmen im Jahr 2024 auf 4,8 Milliarden Euro. Das sind rechnerisch rund 550.000 Euro in jeder Stunde des Jahres. Rund 3,37 Milliarden Euro der von den LWU ausgelösten Wertschöpfung entfielen dabei auf Berlin – etwa sieben von zehn Euro.

Ausgangspunkt dieser Wirkung ist eine eigene Bruttowertschöpfung der Unternehmen von rund 1,71 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Effekte ihrer Aufträge und der dadurch ausgelösten zusätzlichen Nachfrage. Jeder Euro Wertschöpfung bei den Landeseigenen erzeugte so weitere 1,80 Euro Wertschöpfung außerhalb der Unternehmen.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierreg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Keilermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 653-44

30. September 2026

51. Jahrgang

Eine wichtige Rolle dabei spielen die Aufträge der Landeseigenen: Allein für externe Leistungen gaben sie 2024 rund 1,68 Milliarden Euro aus. Davon profitierten Unternehmen weit über die Wohnungswirtschaft hinaus – insbesondere die Bauwirtschaft, aber auch Planungs- und andere unternehmensnahe Dienstleistungen, Industrie, Handel und Finanzwirtschaft.

Auch die Beschäftigungswirkung ist erheblich. Insgesamt steht die wirtschaftliche Tätigkeit der sieben Landeseigenen für einen Beschäftigungseffekt von rund 38.800 Menschen – knapp 6.000 davon arbeiten direkt bei den Unternehmen, hinzu kommen rund 32.800 rechnerisch ermittelte Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen. Auch die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme profitieren: Die IBB beziffert die durch die wirtschaftliche Aktivität der sieben Landeseigenen ausgelösten bundesweiten fiskalischen Effekte aus Steuern und Sozialabgaben auf rund 626 Millionen Euro.

Ingo Malter: „Unsere Investitionen schaffen nicht nur Wohnungen. Sie sichern Aufträge und Beschäftigung, erzeugen Wertschöpfung und sorgen zugleich für erhebliche Steuereinnahmen und Sozialabgaben. Was wirtschaftlich starke Landeseigene leisten können, kommt damit weit über unsere Unternehmen und unsere Mieterinnen und Mieter hinaus der ganzen Stadt zugute.“

Fast jede zweite neue Wohnung

Die wirtschaftliche Bedeutung der Landeseigenen geht mit einer besonderen Verantwortung für den Berliner Wohnungsmarkt einher. Mehr als 404.000 Wohnungen gehören inzwischen zu ihren Beständen. Im vergangenen Jahr stellten die sieben Unternehmen 5.019 neue Wohnungen fertig. Das waren 45,5 Prozent aller in Berlin fertiggestellten Wohnungen – also fast jede zweite.

Und die Aufgaben wachsen weiter: Mit der Roadmap 2.0 wollen die Landeseigenen ihre Bestände bis 2035 um rund 56.100 Wohnungen auf knapp 465.000 Wohnungen erweitern. Gleichzeitig stehen Milliardeninvestitionen in die bestehenden Quartiere und die Wärmewende an.

Zweite Modernisierungswelle im Bestand

Wie groß diese Aufgabe im Bestand ist, zeigt eine Sonderauswertung der BBU-Jahresbefragung vom Juni 2026 für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. 88,9 Prozent der Rückmeldungen bewerten die energetischen Anforderungen im Bestand als große oder sehr große Herausforderung. Beim Neubau sind es 22,2 Prozent. Der Schwerpunkt der energetischen Aufgabe liegt damit klar bei den vorhandenen Woh-

nungen und Quartieren. Parallel zum Neubau zeichnet sich damit eine zweite Modernisierungswelle im Bestand ab.

Die Herausforderungen in den Quartieren sind dabei nicht allein technischer Natur. Die Sicherung des sozialen Zusammenhalts bewerten rund 89 Prozent der Rückmeldungen als große Herausforderung der nächsten Jahre. Neben Neubau, Modernisierung und Wärmewende gehört damit auch die soziale Stabilität der Quartiere zu den großen Aufgaben, die die Landeseigenen in den kommenden Jahren bewältigen müssen.

„Berlin braucht von uns beides: neue Wohnungen und hohe Investitionen in die bestehenden Quartiere. Mit der Wärmewende wächst deshalb die Konkurrenz um unsere Investitionsmittel. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Die Aufgabe besteht jetzt darin, Neubau und Bestand zusammenzuhalten, ohne dass eines gegen das andere ausgespielt wird“, so Malter.

Große Aufgaben, hoher Kostendruck

Wie schwierig das Umfeld für die LWU bei Neubau und Bestandsentwicklung geworden ist, zeigt die Entwicklung von Mieten und Kosten. Zwischen 2016 und 2025 stiegen ihre Bestandsmieten um 22,1 Prozent – deutlich weniger stark als die Verbraucherpreise (27,4 %) und der Nominallohnindex (44,3 %). Gleichzeitig erhöhten sich die Kosten für den Neubau um 80,7 Prozent, für Instandhaltung und Instandsetzung sogar um 93,2 Prozent. Die Schere zwischen Mieten und Kosten ging damit weit auseinander.

Wie sehr das laufende und geplante Projekte belastet, zeigen die Rückmeldungen aus der BBU-Befragung. Gestiegene Bau- und Handwerkerpreise bewerten die Landeseigenen durchgängig als große oder sehr große Herausforderung. Auch die höheren Finanzierungskosten stufen sie ganz überwiegend als große oder sehr große Herausforderung ein.

Ingo Malter: „Wir rechnen schon heute mit sehr spitzem Bleistift und ziehen alle Register, um moderate Mieten und hohe Investitionen miteinander in Einklang zu bringen. Die Spielräume in diesem Spannungsfeld sind ausgeschöpft. Wenn wir diesen Weg im Sinne Berlins weitergehen wollen, müssen unsere Unternehmen wirtschaftlich stark und handlungsfähig bleiben. Nur so können wir diese Aufgaben auch künftig erfüllen.“

Kontinuität sichern, Digitalisierung voranbringen

Mit Blick auf die Zukunft zeigen die Rückmeldungen der Landeseigenen zwei klare Linien: Bewährte Rahmenbedingungen für den Neubau sollen verlässlich



Nr. 653-44

30. September 2026

51. Jahrgang

fortgeführt werden, bei der Digitalisierung der Verwaltung besteht dagegen deutlicher Nachholbedarf. So wurde die Kontinuität in der Neubauförderung in sämtlichen Rückmeldungen als sehr wichtig bewertet,

Ebenfalls durchgängig als sehr wichtig gilt die weitere Unterstützung eines positiven Neubauklimas. Dabei knüpft der Wunsch nach Kontinuität an positive Erfahrungen an. Mit der bisherigen Unterstützung eines positiven Neubauklimas in Berlin zeigten sich 77,8 Prozent der Rückmeldungen zufrieden. Anders fällt das Bild bei der Digitalisierung der Verwaltung aus: Hier waren rund 89 Prozent eher oder sogar sehr unzufrieden. Für die Zukunft wird ihr zugleich durchgängig eine hohe Bedeutung beigemessen – 55,6 Prozent bewerteten sie als sehr wichtig, weitere 44,4 Prozent als eher wichtig.

Ingo Malter: „Beim Neubau geht es für uns vor allem um Verlässlichkeit. Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass gute Rahmenbedingungen für den Neubau etwas bewirken können, und daran sollte Berlin anknüpfen. Gleichzeitig müssen wir bei der Digitalisierung deutlich weiterkommen. Schnellere und effizientere Verfahren helfen uns ganz konkret dabei, unsere Investitionen in neue Wohnungen und unsere Bestände umzusetzen.“

Zur Untersuchung und Befragung

Die Untersuchung der Investitionsbank Berlin analysiert die Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der sieben landeseigenen Wohnungsunternehmen auf Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit im Jahr 2024. Neben der unmittelbar bei den Unternehmen entstehenden Wertschöpfung berücksichtigt die IBB auch indirekte Effekte entlang der Lieferketten sowie zusätzliche wirtschaftliche Effekte, die durch die daraus entstehenden Einkommen und Konsumausgaben ausgelöst werden. Die regionalen Effekte für Berlin wurden in einer gesonderten Berechnung ermittelt.

Ergänzt werden die Ergebnisse durch eine Sonderauswertung der BBU-Jahresbefragung vom Juni 2026 für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Sie bildet deren Einschätzungen zu aktuellen Herausforderungen sowie ihre Wünsche für die künftigen wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Quelle: BBU

07) Einladung zur Autorenlesung

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-42 **29. September 2026** **51. Jahrgang**

Einladung zur Autorenlesung

„SPD – Der Fall der ältesten Partei Deutschlands?“
Der **Zodiac Buchverlag** lädt alle politisch Interessierten herzlich zur Autorenlesung des Politikjournalisten und Buchautors **Jannik Rubeck** ein.

LESUNG
DONNERSTAG
15.10.2026
18 UHR
DIE SETZEREI

Warum steckt die SPD in einer ihrer schwersten Krisen?
Wie konnte die älteste demokratische Partei Deutschlands so viel Vertrauen und Rückhalt verlieren – und welche Veränderungen könnten einen politischen Neuanfang ermöglichen?
In seinem Buch „SPD – Der Fall der ältesten Partei Deutschlands“ analysiert Autor und Politikjournalist Jannik Rubeck die Strukturen, Machtkämpfe und politischen Entscheidungen, die die Sozialdemokratie geprägt haben. Bei der Lesung spricht er über die Ursachen der Niedrigkeit, über Verantwortung innerhalb der Partei.



Tickets: [LESUNG.RECHTUNDWIRKLICH.DE](https://lesung.rechtundwirklich.de)

Die Setzerei • Bleibtreustraße 33, 10707 Berlin

Veranstaltungsort:
Die Setzerei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin a. D. Michael Müller
Bleibtreustraße 33 – 10707 Berlin
Einlass: ab 17:30 Uhr
Beginn: 18:00 Uhr
Der Eintritt ist kostenfrei.

Unter lesung.rechtundwirklich.de können kostenlose Eintrittskarten für die Veranstaltung bestellt werden, oder jannik@recht-wirklich.de

In seinem Buch „SPD – Der Fall der ältesten Partei Deutschlands?“ beschäftigt sich Rubeck mit der Entwicklung der ältesten demokratischen Partei Deutschlands, analysiert über Jahre gewachsene Machtstrukturen, politische Entscheidungen und die Ursachen für den Vertrauens- und Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie.

Das Buch versteht sich dabei nicht nur als Analyse und Kritik, sondern auch als Beitrag zur Debatte über die Zukunft der Sozialdemokratie. Geschrieben von einem Sozialdemokraten für Sozialdemokraten und alle politisch Interessierten, geht es auch um die Frage, wie die SPD wieder stabilisiert, erneuert und langfristig gestärkt werden kann.

Im Anschluss an die Lesung besteht die Möglichkeit zur offenen Diskussion mit dem Autor.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierreg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

08) Fassung bewahren. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 653-41

29. September 2026

51. Jahrgang

Fassung bewahren

„Stolz sein“ steht nicht in meinem Vokabelheft. Deshalb bin ich auch nicht stolz darauf, Deutscher zu sein, weil dies nicht mein Verdienst ist, ich bin aber sehr zufrieden mit dieser Staatsbürgerschaft. Besonders zufrieden mit meinem Land war ich gestern, als das Bundesverfassungsgericht 75 Jahre alt wurde, auch wenn ich mich nicht selten über Entscheidungen des obersten Gerichts ärgern musste. Ich habe mir aber immer wieder gesagt, „OK, ist nicht meine Meinung, aber einer muss das letzte Wort haben!“

Zum Glück musste ich nicht oft vor einem Gericht erscheinen. Einmal, weil ich meine Vorgesetzte – aus meiner Sicht zurecht – beleidigt hatte, und einmal, weil mich eine Werbefirma über den Tisch ziehen wollte. Im ersten Fall musste ich mich entschuldigen, was gut gelang, weil in der Entschuldigung auch die beleidigenden Worte Erwähnung fanden. Manchmal ist es besser, Dinge auf sich beruhen zu lassen. Im zweiten Fall konnte ich einen Sieg vermeiden, die Werbefirma lag letztlich unter dem Tisch, über den sie mich ziehen wollte.

In einem dritten Fall war ich nur Prozessbeobachter. Es ging um die Kleingartenkolonie in der Sântisstraße und um die Rechte der Kleingärtner gegenüber einem Investor, der ihr Land erworben hatte. Verhandelt wurde zuerst in Bonn. Dort gewannen die Gartenfreunde. Letzte Instanz Köln, dort verloren sie. Die Richter gaben freimütig zu, keine Ahnung von der Materie zu haben, gaben aber dem Investor recht. Da dachte ich frei nach **Dieter Nuhr** „Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal Fresse halten.“

Trotz alledem und der Kritik der jeweils Betroffenen an Gerichtsentscheidungen, können wir froh sein, in einem Land mit einer funktionierendem Justiz zu leben. Dass Entscheidungen viel zu lange dauern, weil die Gerichte überlastet sind, spricht für ein Funktionieren durch Inanspruchnahme.

Dass sich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe befindet, ist ein Vorteil. Zuviel Nähe zur Bundeshauptstadt würde nicht guttun. Auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ist dort gut aufgehoben. Die Berufung der Richter durch den Bundestag ist im Prinzip richtig. Das Drama um die Berufung einer von der SPD vorgeschlagenen Richterin war unerträglich und ein Versagen der Parteien. Die Juristin wurde von interessierter, sehr weit rechtsstehenden Seite, so lange diffamiert, bis sie ihre Kandidatur aufgab. Ein Tiefpunkt. Aus „Rache“ lädt **Markus Lanz** **Frauke Brosius-Gersdorf** in regelmäßigen Abständen in seine Talk-Show ein, wo sie einem größeren Publikum als in Karlsruhe, ihre Meinung sagen kann.

Dass ein ehemaliger Ministerpräsident wie **Peter Müller** Richter am Bundesverfassungsgericht wurde, ist ebenso in Ordnung, wie der umgekehrte Weg, als **Roman Herzog** Bundespräsident wurde.

Keine Sternstunde des Berliner Verfassungsgerichtshofs war die Entscheidung im November 2022, die Berliner Wahl komplett wiederholen zu lassen. Es hätte ausgereicht, dies in den problematischen Wahlkreisen zu tun. Das Bundesverfassungsgericht hingegen, hat wegen Unregelmäßigkeiten bei der Bundestagswahl, im Dezember 2023 entschieden, dass in 455 von 2.256 Wahlbezirken neu gewählt werden muss. Das war angemessen.



Bescheidenes Gebäude in Karlsruhe, protziger Tempel in Washington, D.C. Fotos: BVerG – Supreme Court

Ja, wir können insgesamt gesehen, zufrieden sein mit unserem Rechtssystem, vor allem, wenn man sich in der Welt umschaut. Dabei müssen wir gar nicht über China und Russland sprechen, wo die Machthaber entscheiden, was Recht ist, selbst nicht über die Türkei, wo dem türkischen Stand-up-Comedian **Deniz Göktaş** zehn Jahre Haft drohen, weil er Witze über Erdogan gemacht hat. Wie viele Jahre müssten **Christian Ehrling** und **Oliver Welke** in den Bau für ihre Witze über Steinmeier und Merz, wenn es bei uns türkische Verhältnisse gäbe.

Der Blick in die USA aber, bleibt uns nicht erspart, wo ein rechtskräftig verurteilter Präsident die Richter am, mit unserem Verfassungsgericht vergleichbaren, Supreme Court nominiert, und sie der willfährige Senat auf Lebenszeit wählt. Die Amtszeit eines Richters am Bundesverfassungsgericht endet regulär nach zwölf Jahren oder spätestens mit dem Ende des Monats, in dem der Richter das 68. Lebensjahr vollendet. In zwei Senaten sind in Deutschland jeweils acht Richter tätig. In den USA neun. In den USA reicht im Senat zur Richterwahl eine einfache Mehrheit aus, bei uns benötigen die Kandidaten im Bundestag und Bundesrat jeweils eine Zweidrittelmehrheit. Noch Fragen nach dem besseren System?

Und jetzt wird's unangenehm. Noch ist eine Zweidrittelmehrheit der demokratischen Parteien im Bundestag vorhanden, aber auf Länderebene? Jedes Bundesland hat ein eigenes Verfassungsgericht und unterschiedliche Regeln. Die Wahlerfolge der Rechtsextremen müssen uns mit Sorge erfüllen.

Ed Koch

1

09) Wirklich nie wieder? Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-4028. September 202651. Jahrgang

Wirklich nie wieder?

Wenn es um die Gräueltaten der Nazis an Menschen geht, wird gern „Nie wieder!“ gerufen. Wie viele Verbrechen fanden aber nach dem Zweiten Weltkrieg in anderen Ländern statt? Die Liste ist unendlich lang. „Ethnische Säuberungen“, Kriegsverbrechen, Wegsperrungen unliebsamer Bürger, Folter in den Gefängnissen, politisch motivierter Morde, all das findet ständig statt. Die Dimension allerdings, mit der sich Nazi-Deutschland in nur zwölf Jahren in die Geschichtsbücher geschrieben hat, ist einmalig.

Fragt man in den Suchmaschinen danach, lautet die Antwort: *„Der Nationalsozialismus und der Holocaust (die systematische Ermordung von rund sechs Millionen Jüdinnen und Juden sowie Millionen weiterer Opfer) gelten in der Geschichtswissenschaft aufgrund ihrer industriellen Organisation und Rassenideologie als historisch einzigartig.“*

Es ist unbegreiflich, dass sich ein Staat „berufen“ fühlt, eine ganze Ethnie systematisch auszurotten. Schon vor der Nazidiktatur fand der Völkermord an den Armeniern (1915-1916) statt. Aber auch danach, als die Welt eigentlich eine bessere hätte sein können, ging das Morden weiter: Ruanda (1994), Kambodscha mit den Roten Khmer (1975-1979) oder Srebrenica (1995). Nicht vergessen werden dürfen der stalinistische Terror ab den 1920er Jahren mit zwischen zehn und 20 Millionen Opfern, und die Herrschaft von Mao Zedong, der zwischen 40 und 70 Millionen Menschen auf dem Gewissen hat.

Schauen wir auf Deutschland. In zahllosen Dokumentationen, und ganz aktuell in der letzten Staffel von *Babylon*, ist zu sehen, wie schnell sich eine schwache Demokratie in eine mordende Diktatur verwandeln kann. Und das soll wirklich nie wieder geschehen können? Sehr unwahrscheinlich. Selbst wenn nicht in der Dimension und mit dem fanatischen Hass, aber selbst bei geringerem Ausmaß wäre jedes Opfer eines zu viel.

Die Massenvernichtung von Menschen durch Vergasen und anschließendem Verbrennen in riesigen Öfen ist unbegreiflich. Was sind das für Menschen, die so etwas tun? Jedes menschliche Empfinden ist ihnen wodurch auch immer verloren gegangen. Was geht in einem Kopf vor, wenn man Menschen in eine Gaskammer schickt und weiß, dass sie wenige Minuten später tot sein werden? Gibt's da keine Klappe im Gehirn, die Stopp sagt?

Der Paper Press e.V. führt seit 1979 Gedenkstättenfahrten zu jenen Orten durch, an denen das Unfassbare geschah. Die erste Fahrt führte nach Dachau,

dem Musterlager bei München, in dem alle Gräueltaten ausprobiert wurden, bevor sie in anderen Konzentrationslagern angewandt wurden. Dachau war das einzige KZ, das von Beginn bis Ende des Dritten Reichs existierte. Und keiner der Einwohner hat etwas mitbekommen. Alle waren überrascht von dem, was dort geschehen ist, als amerikanische Soldaten nach der Befreiung die Einwohner Dachaus durch das Lager führten.

Dachau im Süden, Buchenwald in der Mitte und Sachsenhausen im Norden, waren die deutschen Konzentrationslager, in die alle verbracht wurden, die nicht ins Weltbild der Nazis passten, ob missliebige Politiker, Homosexuelle, Roma und Sinti, vor allem aber Juden. Die Massenvernichtungslager errichteten die Nazis außerhalb des Landes, wobei Auschwitz mit Abstand das bekannteste mit der höchsten Zahl von rund 1,1 Millionen ermordeter Menschen ist. Fast zu allen deutschen und auch zu den größten ausländischen Konzentrationslagern, neben Auschwitz-Birkenau bei Krakau, Stutthof in der Nähe von Danzig, das erste KZ außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs, Majdanek bei Lublin, Mauthausen bei Linz, das größte KZ in Österreich und Theresienstadt bei Prag, fanden Fahrten statt.

Das Tor zur Hölle von Sachsenhausen

Für die mehrtägigen Gedenkstättenfahrten fehlen heute dem Verein die personellen Ressourcen. Viele Ehrenamtliche haben im Laufe der knapp 50 Jahre die Fahrten vorbereitet und durchgeführt. Heute führt der Verein einmal im Jahr eine Rundfahrt zur Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof und eine Gedenkstättenfahrt nach Sachsenhausen durch. Wie schon bei der ersten Fahrt nach Dachau vom 29. Juli bis 1. August 1979, begleitet auch heute noch **Uwe Januszewski** als Projektleiter die Fahrten. Er hat auch, gemeinsam mit einer Gruppe von Jugendlichen und den beiden Zeitzeugen **Wolfgang Szepansyk** und **Emil Ackermann**, die beide in Sachsenhausen einsaßen, die Rundfahrt

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

durch Tempelhof entwickelt. 70 Fahrten haben inzwischen stattgefunden und 66 Gedenkstättenfahrten. Für die Gedenkstättenfahrten, an denen überwiegend Jugendliche teilnahmen, gab es Zuschüsse vom Senat. Die Rundfahrt wurde ausschließlich privat finanziert, im Wesentlichen seit Beginn von der **Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung**. In den letzten Jahren auch durch Zuwendungen der **STADT UND LAND-Wohnbauten-Gesellschaft**, der **BBBank** und der **Spielbank Berlin**, die die Fahrt nach Sachsenhausen am 27. September 2026 finanziert hat.



Der Weg von den Bahnhöfen Oranienburg und Sachsenhausen ins KZ, wo die Häftlinge ihre Menschenwürde am Eingang abgeben mussten und nur noch eine Nummer waren. Auf der Häftlingskleidung wurden Winkel in verschiedenen Farben genäht, um zu erkennen, wessen man sie beschuldigt, Jude oder kriminell zu sein, politisch nicht tragbar oder homosexuell.



Während die Insassen in den Baracken (Foto unten) verreckten, gönnten sich die Bewacher ein gutes Leben im Casino (Foto oben). Auf dem Appellplatz mussten die Häftlinge bei Wind und Wetter teilweise stundenlang stehen ohne sich zu bewegen oder etwas sagen zu dürfen, selbst auf die Toilette durfte niemand gehen.

Wenn man auf diesem Platz steht, so wie gestern bei strahlendem Sonnenschein, kann man kaum nachempfinden, wie sich die Häftlinge gefühlt haben müssen.



Über diesen Steinweg mussten Häftlinge laufen, um für die deutsche Schuhindustrie die neuesten Modelle zu erproben. 55.000 Menschen starben in Sachsenhausen durch unmenschliche Haftbedingungen, Zwangsarbeit oder, weil es den Nazischergen gefiel, einen Häftling grundlos zu erschießen.

Zur Geschichte von Sachsenhausen gehört, dass von 1945 bis 1950 die sowjetische Besatzungsmacht das Lager weiterbetrieb und dort Funktionäre der NSDAP, Angehörige des Staatsapparates oder der SS sowie Personen, die pauschal als politisch unzuverlässig oder „missliebig“ galten und kriegsgefangene Wehrmachtsoffiziere inhaftierte. 12.000 Menschen starben hier noch nach der Nazi-Herrschaft.

An den Gedenkstättenfahrten nehmen Menschen teil, die eine klare Haltung haben, und die man nicht vom Unrecht der Nazis überzeugen muss. Sie sind wichtige Multiplikatoren, und dieser bedarf es gerade in dieser Zeit, wo der rechte Rand immer größer wird und die Ablehnung der Demokratie zunimmt. Diejenigen, die lernen müssten, was ein Unrechtsstaat in der Lage sein kann, an Schrecklichem zu tun, stehen nicht auf der Teilnehmerliste. Sie scheinen unerreichbar zu sein.

Unternimmt der Staat genug, um frühzeitig Jugendlichen die deutsche Geschichte an den Orten ihrer Verbrechen zu vermitteln? Zweifel sind erlaubt. Auch 2027 wird der Paper Press e.V., so er Zuwendungen erhält, wieder die beiden Projekte anbieten.

Ed Koch

10) KW 39 (21. bis 27.09.2026). Von Ed Koch



Nr. 653-39

27. September 2026

51. Jahrgang

KW 39

Das war mal wieder eine Woche. Katerstimmung nach den Wahlen, Olympia weg und in den USA zog der kriminellste Präsident aller Zeit eine Show für den chinesischen Diktator ab, die an Lächerlichkeit nicht zu überbieten war.

Ich habe mir die Rede von **Donald Trump** vor der UN-Vollversammlung angehört. Die Verwaltung hat im Vorfeld die Rolltreppen mehrfach geprüft und geschaut, ob die Buchstaben beim Teleprompter auch groß genug sind. Alle waren begeistert, dass die Rede 2026 nicht so grauenvoll war wie die des letzten Jahres. Tut mir leid, diese Rede war erneut ein Machwerk eines Menschen, der nicht alle Tassen im Schrank hat.

Wieder und wieder müssen wir uns anhören, dass die **USA** das beste Land sind, das jemals auf diesem Globus existieren durfte. OK, alle anderen Reiche sind irgendwann untergegangen oder untergegangen worden. Das **Römische Reich** existierte in seinen verschiedenen Phasen rund 2.000 Jahre, die USA haben es bisher auf 250 geschafft. Die **Inkas** hielten 300 Jahre durch und die **Azteken** knapp 200, bevor sie von den Spaniern ausgelöscht wurden. Wir müssen bescheiden sein, denn das **Dritte Reich** hatte sich schon nach zwölf Jahren pulverisiert und die **DDR** schaffte sich nach 40 Jahren selbst ab.

Donald Trump ist der größte und bedeutendste Präsident, den es je gab. Das wissen wir. Die meisten Vorgänger waren Nieten. In wie vielen Fällen wurden Trumps Vorgänger eigentlich rechtskräftig verurteilt? Egal. Wer solche Fragen stellt, wird von der Berichterstattung im **Weißen Haus** ausgeschlossen. Nun muss er **CNN** vorläufig wieder reinlassen, weil ein Richter vermutet, dass der Ausschluss rechtswidrig sein könnte. Wer hätte das gedacht. Klar, dass jemand mit dieser kriminellen Neigung den **Internationalen Strafgerichtshof** abschaffen will, weil er Angst hat, eines Tages genau vor diesem zu stehen.

Der Höhepunkt war zweifelsohne in dieser Woche der Staatsbesuch des chinesischen Staatspräsidenten. Trump bezeichnete ihn als guten Freund. Xi unterdrückt in seinem Reich alles, was nicht genauso freundlich grient wie er. Er bedroht ständig Taiwan, weil das Land nicht freiwillig „Heim ins Reich“ will.

Trump liefert aber auch immer gern Material für Satire-Shows. „Es sollte offenbar ein heroisch anmutendes Foto sein, ganz nach Geschmack des US-Präsidenten: Donald Trump steht am Militärflughafen Joint Base Andrews in Washington auf dem roten

Teppich neben Chinas Machthaber Xi Jinping. Er salutiert, während ein Kampffjet im Tiefflug über die Szene donnert. Donald Trumps Mimik entgleist, als ob ihm der Lärm der Kampffjets die Ohren schmerzen lässt. Das ist auf mehreren Videos zu sehen. Xi Jinping neben ihm verzieht keine Miene. Auf dem Bild, das Trump bei Truth Social postete, ist davon nichts zu sehen.“ Ganz im Gegenteil: Trump verzieht, wie Xi, keine Miene. Mit KI kann man jede peinliche Szene bearbeiten, dumm nur, dass die bösen Medien in so einem Fall Original und Fälschung nebeneinanderstellen und das Publikum zum Lachen bringen. *zdf*

Die **Berliner Zeitung** hat die Gästeliste des Staatsbanketts im Weißen Haus veröffentlicht. Wir haben Sie diesem Newsletter angehängt, spannend zu lesen, wer alles dabei sein durfte. Trump fütterte auf Staatskosten seine ganze Mischpoke durch. Ist doch schön, wenn die Familie auch etwas von Papa hat. Xi musste sich als Höhepunkte seines Besuchs den neuen Hubschrauberlandeplatz am Weißen Haus ansehen und die Baustelle für den neuen Ballsaal. Xi kann einem wirklich leidtun. Er sollte Trump beim nächsten Besuch in Peking die Chinesische Mauer zeigen.

Was noch?

Die **Linke** lädt zu Sondierungsgesprächen mit **Grünen** und **SPD** ein. **SPD** nimmt Einladung an.

München hat es geschafft und ist Olympiabewerber, CSU MP Söder und Grünen OB Krause liegen sich vor Freude in den Armen. 2029 wird das IOC über die Vergabe der Spiele 2036 entscheiden. Geradezu spektakulär hat sich Berlin selbst aus dem Rennen genommen. Warum Berlin dennoch eine Delegation nach Baden-Baden sandte, verstehe wer will.

Unerträglich weinerlich haben sich **Kai Wegner**, **Iris Spranger** und **Kaweh Niroomand** von den Olympiatriebären verabschiedet und die Schuld der Linken gegeben. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Man wolle Berlin die Blamage ersparen, nur auf dem dritten Platz zu landen. Was ist das für ein Weichel-Argument. Im Sport kämpft man bis zum letzten Atemzug. Welche Blamage größer ist, der Rückzug oder nicht nominiert zu werden, ist die Frage.

Der eigentliche Skandal ist jedoch, dass sich neben Berlin überhaupt andere bewerben durften. Der DOSB hätte von Anfang an sagen müssen, dass, wenn sich Deutschland bewirbt, dann mit der Hauptstadt und nicht mit der Provinz. Die Bundesregierung hätte die Bewerbung unterstützen müssen. Berlin hat offenbar nicht die richtigen Freunde. Eine große Klappe, aber nicht genügend Arsch in der Hose.

Noch was? Ja.



Fotos: Ed Koch

Am Vorabend des **Berlin Marathon** lud **Schneider Electric** knapp einhundert Gäste aus Wirtschaft, Energie und Politik in die Gasometer Sky Lounge auf dem **EUREF-Campus** ein. Während heute zehntausende Läuferinnen und Läufer durch Berlin ihre persönliche Bestleistung anstreben, wollte Schneider Electric mit seinen Gästen gestern besprechen, was Spitzenleistungen in Wirtschaft, Technologie und Führung ausmacht.

Etwa bei Kilometer 30, vor dem **Hard Rock Café** am KuDamm, hat heute **Schneider Electric** seine Energy-Bell aufgebaut. Wer nicht gerade auf die Zeit achten muss, sollte kurz die Glocke läuten und dadurch Energie für die letzten Kilometer tanken.



Ehrengast aus der Politik war **Franziska Giffey**, Berlins Wirtschafts- und Energiesenatorin. Als Wirtschaftssenatorin war es ihr ein Anliegen zu sagen, dass das Thema Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft nicht mit dem *Grundton mühselig und beladen sein, nach dem Motto „Das jetzt auch noch“*, wo doch alles schon so schwer ist, gesehen werden soll, sondern zu betonen, *wir sind die Hauptstadt, die Metropole Berlin, die Vorreiter sein kann*. Sie nutze ihren Auftritt auch, um über zwei Entwicklungen zu sprechen, die im Moment nicht ganz einfach sind. Es geht zum einen um die abgesagte Olympia-Bewerbung. „Ich bedaure diese Entwick-

lung zutiefst, für die Metropole Berlin, für die Sporthauptstadt, und für all diejenigen, die seit eineinhalb Jahren daran gearbeitet haben, unsere Stadt nach vorne zu bringen. Ich hätte es nicht gedacht, dass wir an einen Punkt kommen, an dem wir sagen, wir lösen den Anspruch auf, bei Olympischen und Paralympischen Spielen in Deutschland nicht die Hand zu heben. In Frankreich wäre das undenkbar.“, sagte Giffey sichtlich bewegt.

Giffey macht sich überdies Sorgen darüber, wie die neue Landesregierung aufgestellt sein wird, und auch um den Wirtschaftsstandort Berlin. Sie sprach die Anwesenden an, die den Anspruch haben, Gestalter zu sein, sich daran zu beteiligen, wie es in unserer Stadt weitergeht. Giffey erinnerte an die geplante Internationale Bauausstellung (2034-2037), „bei der wir zeigen wollen, wie Berlin die urbane Stadtentwicklung der Zukunft gestalten wird. Wir haben die Idee einer Expo, einer internationalen Weltausstellung 2035, wo wir 190 Nationen der Welt zeigen können, wie die Zukunft aussieht. Und wir haben 2037 ein Stadtjubiläum, Berlin wird 800 Jahre alt. Es ist unsere Verantwortung, das vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass wir diejenigen sind, die Innovation, internationale Zusammenarbeit, Technologie und Fortschritt im Kontext einer Demokratie sehen.“

Giffey fragt sich, welche Rahmenbedingungen Unternehmen künftig in Berlin vorfinden werden. Wie wird Wirtschaftspolitik künftig betrieben? „Wir haben in den letzten dreizehn Jahren in Folge, ein Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben es seit dem Mauerfall dreimal geschafft, eine Milliarde Investitionsvolumen in die Stadt zu holen.“ 2026 sei es bereits im ersten Halbjahr gelungen, 1,4 Milliarden Euro in die Stadt zu holen, so Giffey. „Wir gehören zu den Top Drei Start up-Metropolen Europas, mit London und Paris.“ „Das entscheidende wird sein, dass dieser Weg weitergehen kann.“

Giffey mahnt bei den bevorstehenden Sondierungsgesprächen und erst recht bei Koalitionsverhandlungen an, dass wichtige Anforderungen diskutiert werden müssen. *Berlin als Innovationsmetropole, als Wirtschaftsstandort, weltoffen, demokratisch und vor allem sicher und mit einer klaren Haltung gegen Antisemitismus und organisierter Kriminalität. Man müsse sich kritisch mit denen auseinandersetzen, die die Wahl gewonnen haben. Die Berliner Wirtschaft dürfe in dieser Situation nicht gleichgültig sein.*

Das sind klare Worte der scheidenden Wirtschafts-senatorin. Es klingt wie ein mahnendes Vermächtnis. Die Hürden für RGR sind hoch, müssen sie auch sein. Kommen Sie gut durch die KW 40!

Ed Koch

11) In den Startlöchern. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 653-38

25. September 2026

51. Jahrgang

In den Startlöchern

Selten wird ein Parteitag der Linken mit so großer Spannung erwartet, wie der heutige, der um 17:00 Uhr beginnen soll. Phoenix wird ihn vermutlich nicht übertragen, aber auf YouTube und im Livestream auf der Parteiseite wird man ihn miterleben können.

Vor den Monitoren werden als Beobachter die alten und neuen Fraktionschefs der ins Abgeordnetenhaus gewählten Parteien sitzen. **Stefan Evers** ist neuer Fraktionschef der CDU, **Kristin Brinker** der AfD. Diese Parteien kommen mit einem Chef aus. Die anderen benötigen zwei. **Elif Eralp** und **Tobias Schulze** sind bereits zu Fraktionsvorsitzenden der Linken gewählt worden. Die SPD hat **Derya Çaglar** und **Steffen Krach** einstimmig nominiert und will sie am kommenden Mittwoch wählen. **Werner Graf** und **Bettina Jarasch** bleiben bis zur Konstituierung des neuen Abgeordnetenhauses im Amt und erst dann wählen die Grünen den neuen Fraktionsvorstand.

Die Verhandlungsteams für Sondierungsgespräche stehen in den Startlöchern. Ob die Linke mit Grünen und SPD sondieren will, entscheidet sie heute auf ihrem Parteitag. Und nach diesem Parteitag wollen Grüne und SPD entscheiden, ob sie sich darauf einlassen. Was erwarten sie eigentlich? Abschwören der Linken, keine Clanmitglieder und Antisemiten mehr auf ihre Wahlpartys zu lassen? Wollen sie zählen, wie viele Delegierte ein Palästinentertuch tragen? Bleiben die Delegierten aus Neukölln ruhig oder rufen sie die Revolution aus? Will die Linke überhaupt regieren? Ob alle diese Fragen der heutige Parteitag beantworten kann, werden wir sehen.

Stefan Evers steht für Gespräche mit Grünen und SPD bereit. Selbst wenn die Linke zu Sondierungsgesprächen einlädt, sollten sie auch mit der CDU sprechen. Grüne und SPD erhalten nicht gerade Rückendeckung von Parteifreunden aus anderen Bundesländern für ein Bündnis mit der Linken. Die Brandenburger Genossen warnen ebenso wie die Freunde aus Baden-Württemberg. Und auch in Berlin selbst gibt es bei der SPD Gegenwind aus den Reihen ehemaliger Funktionsträger.

Es gibt aber auch Unterstützung für die Linke. „Eine Gruppe Berliner Jüdinnen und Juden nimmt die Linke gegen Antisemitismus-Vorwürfe in Schutz. „Dass gerade die Linken ständig des Antisemitismus beschuldigt werden, ist nicht nur eine zynische politische Instrumentalisierung, sondern setzt beinahe jede Kritik an der israelischen Politik mit Antisemitismus gleich“, heißt es in einem offenen Brief von 150 jüdischen Berlinerinnen und Berlinern.“ Quelle: ZDF

Der Zentralrat der Juden in Deutschland sieht das etwas anders. „Zentralrats-Präsident Josef Schuster bekräftigte gegenüber der Nachrichtenagentur AFP am Donnerstag, er habe Eralps Aussagen zwar angenommen, dass sie gegen Antisemitismus in der Hauptstadt vorgehen wolle. Ihre Einstellung werde aber „offensichtlich in der von ihr vertretenen Partei in Berlin zumindest nicht von allen, ich befürchte nicht einmal von einer großen Mehrheit, geteilt“.“ zof

Es ist keine leichte Aufgabe von Grünen und Sozialdemokraten, die nicht zu den Wahlsiegern gehören, einen neuen Senat ins Amt zu bringen. Was würde es mit Berlin machen, dem Wahlsieger nicht zum Sieg zu verhelfen, und was würde es mit Berlin machen, eine in Teilen antisemitische Partei zum Sieg zu verhelfen? Hoffentlich finden Grüne und Sozialdemokraten einen gangbaren Weg. So oder so bliebe eine zerrissene Stadt zurück.

Ed Koch

12) Blickwinkel. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 653-37

24. September 2026

51. Jahrgang

Blickwinkel

Danke, Linke! Nur weil Ihr Euch keinen Türsteher leisten könnt, der nicht Eingeladene abweist, und deshalb Clanmitglieder und Antisemiten an Euren Wahlpartys teilnehmen, haben wir jetzt eine Diskussion an der Backe, die von Lanz und Illner über Maischberger bis in den Bundestag reicht.

Und, wer hätte es gedacht, sofort meldet sich der Reservekanzler aus Bayern zu Wort. „Nach dem Sieg der Linken bei der Berlin-Wahl stellt CSU-Chef Söder Finanzhilfen für die Hauptstadt in Frage: Sollte die Linke die Regierung anführen, müsse der Hauptstadtvertrag auf den Prüfstand.“ „Uns nervt es langsam ohne Ende, dass wir für die Schwäche anderer und für falsche Politik am Ende bezahlen sollen.“ *BR*

Söder hat das Bundesstaatsprinzip nicht verstanden. Es geht hier nicht um bayerisches Geld, sondern um die gerechte Verteilung von deutschem Geld mittels eines Länderfinanzausgleichs. Was ist denn bitte „die Schwäche der anderen“? Es ist schlicht nicht möglich, überall im Land die gleichen Gewinne zu erwirtschaften. Von der Nordsee bis nach Bayern sollen Trassen gebaut werden, um den Strom zu den Industriestandorten in den Süden zu bringen. Vielleicht wäre es preiswerter, die Industriestandorte in den Norden zu verlagern, und Bayern zum Nehmerland zu machen.

Mit „falscher Politik“ meint Söder hoffentlich nicht, dass jedes Bundesland die Parteien wählen darf, die es will. Richtige Politik wird offenbar nur in Bayern gemacht.

Sachsen-Anhalt steht kurz davor, einen Ministerpräsidenten der als gesichert rechtsextremistischen AfD zu wählen. Wo bleibt der Aufschrei von **Markus Söder**? Zwar erhält das Land „nur“ knapp zwei Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich, aber auch das ist ein Betrag, über den man sich aufregen könnte.

Die Berliner Linke hat es geschafft, den Blickwinkel auf das größere Problem zu verschieben. Nicht die Linke ist dabei, ganz Ostdeutschland beherrschen zu wollen, sondern die AfD.

Ein Leser schrieb uns, dass er es bedenklich finde, dass „sich alle auf die Linke einschließen“. Mit aller Macht werde versucht, „pauschal die Linke zu diskreditieren, m.E. aus Angst vor progressiver Politik. Gleichzeitig hört man zu den Wahlerfolgen der massiv erstarkten AfD, in deren Reihen sich Straftäter tummeln, wenig bis kaum kritische Stimmen oder gar Selbstkritik als Ursache für die Ergebnisse.“

Ja, die Linke hat ein Antisemitismus-Problem, das muss sie lösen. Es ist doch nicht auszuhalten, dass

sich AfD-Politiker in einer Bundestagsdebatte als Freunde Israels aufspielen. „Zu einem Schlagabtausch über politische Einstellungen in der Partei Die Linke wurde eine auf Verlangen der AfD-Fraktion angesetzte Aktuelle Stunde am Mittwoch, 23. September 2026. Sie trug den Titel ‚Fälle von Antisemitismus, Polizeifeindlichkeit sowie Nähe zu Islamisten, Linksextremisten und Clans bei den Linken Berlin – Jüngste Entwicklungen in den Blick nehmen‘. Dabei bekam nicht nur Die Linke viel Kritik aus den anderen Fraktionen zu hören, mehrere Redner sprachen auch der AfD die Legitimation ab, Anderen Antisemitismus vorzuwerfen.“ *Quelle: Deutscher Bundestag*

Bevor die AfD über die Linke herfällt, sollte sie sich über ihre Kontakte zu dem zunehmend faschistischen russischen Regime Gedanken machen, das lupenreine Scheinwahlen abhält.

OK. Wie geht's nun weiter? Um die 1,5 Prozent Linke in Bayern muss sich Söder keine Gedanken machen, vielleicht aber um die 15 Prozent AfD-Wähler. In Berlin haben noch keine Sondierungsgespräche begonnen, aber Vorgespräche zwischen Linken und Grünen, meldet der **rbb**. „Man habe vereinbart, zunächst über Sicherheit und den Schutz jüdischen und queeren Lebens, sowie den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus sprechen zu wollen, erklärten Linken-Parteichefin Wolter sowie Grünen-Co-Fraktionschef Graf dem rbb. Auch über gesellschaftlichen Zusammenhalt müsse gesprochen werden. Erst wenn dies geklärt sei, würden reguläre Sondierungen beginnen. Termine dafür gibt es noch nicht.“ *rbb*

Das sind ganz schön dicke Bretter, die gebohrt werden müssen. Warum lädt **Stefan Evers** als zweiter Sieger nicht Grüne und SPD zu Vorgesprächen ein? Es gibt nur zwei Varianten: Rot-Grün-Rot und Schwarz-Grün-Rot. Das Thema Minderheitsregierung sollte schnell wieder begraben werden.

Die Zeit und der **stern** melden, dass am Mittwoch, dem 30. September, ein neuer Fraktionsvorsitzender der SPD gewählt werden soll. Spätestens danach müssen die Gespräche beginnen. Die neue Regierende Bürgermeisterin oder der neue Regierende Bürgermeister sollte noch Zeit haben, die Neujahrsansprache vorzubereiten.

Ed Koch

13) Das ganze Ausmaß



seit 1976

Nr. 653-36
24. September 2026
51. Jahrgang

Das ganze Ausmaß

	Mitte	FK	Pankow	CW	Spandau	SZ	TS	Neukölln	TK	MH	Lichtenberg	Reinickendorf
Linke - 23	3	4	2	1	1	1	1	2	2	2	3	1
CDU - 15	1		1	2	2	2	1	1	1	1	1	2
Grüne - 14	2	2	2	2		2	2	1				1
AfD - 13			1		2		1	1	2	3	2	1
SPD - 7				1	1	1	1	1	1			1

Zahl der Mitglieder in den einzelnen Bezirksämtern - jeweils 6 einschließlich des Bezirksbürgermeisters.

Bürgernahe Politik wird in den Bezirken gemacht. Und da die Bezirke im Laufe der Jahre immer mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen haben, verfügen sie auch über eine gewisse Macht. Häufig ist ihnen egal, was der Senat will. Die Fürstentümer, jedes für sich genommen eine Großstadt, von 263.600 in Spandau (Aachen) bis 428.970 in Pankow (etwas weniger als Duisburg), sind äußerst selbstbewusst.

Bisher war es eigentlich immer ganz einfach, im Westen teilten sich SPD, CDU und Grüne die Bezirksamtsposten auf und im Osten spielten ein paar Linke mit. Da keine Partei eine Mehrheit der 55 Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung hat, werden Zählgemeinschaften gebildet, die eigentlich nur den Zweck haben sollen, ein Bezirksamt zu wählen, aber manchmal auch so tun, als seien sie Koalitionen. Aus sechs Mitgliedern, einschließlich des Bezirksbürgermeisters, besteht das Bezirksamtsgremium. Da es keine Koalitionen, wie im Abgeordnetenhaus gibt, sitzen am Bezirksamtsstisch alle Parteien, die prozentual Anspruch auf einen Sitz erworben haben. Schauen Sie sich oben an, was Sie gewählt haben. So bunt war es noch nie in den Bezirksämtern.

Die Linke ist die einzige Partei, die in allen Bezirksämtern vertreten ist. Die Grünen haben in vier Bezirken keinen Sitz, die SPD, die in früheren Jahren fast überall den Bezirksbürgermeister stellte, ist nur noch in sieben Bezirken mit jeweils einem Stadtrat vertreten, die CDU ist überall, außer in Friedrichshain-Kreuzberg, dabei. Es gibt nicht nur für die SPD tragische Abstürze, auch für die CDU, zum Beispiel in Tempelhof-Schöneberg. Dort stellte sie bislang drei von sechs Stadträten und schrumpft jetzt auf einen.

Die AfD hat sich in acht Bezirken Ansprüche auf Sitze in den Bezirksämtern erworben, ob sie es allerdings auch in die Gremien schafft, ist eine andere Frage. Bisher hatte die AfD Anspruch auf je einen Stadtrat in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick. Lediglich in Treptow-Köpenick wurde der AfD Kandidat gewählt, in den anderen Bezirken nicht. Das heißt, dass die Aufgaben der unbesetzten Ressorts auf die andere Stadträte verteilt

wurden. Und das wollen die anderen Parteien wieder so machen? In Marzahn-Hellersdorf müssten drei Stadträte die Aufgaben der drei anderen, nicht gewählten Bezirksamtsmitglieder, unter sich aufteilen. Ist das wirklich sinnvoll? Kann man 13 AfD-Politiker außen vor lassen und sie in eine Opferrolle zwingen. Was würde das für die nächsten Wahlen bedeuten? Noch mehr Zustimmung für die AfD? Niemand muss einen AfD-Stadtrat wählen, er käme aber auch durch Enthaltung der anderen und nur mit den Stimmen der eigenen Partei ins Amt. In Tempelhof-Schöneberg ist einmal ein SPD-Stadtrat mit 16 Stimmen der eigenen Partei, bei Enthaltung aller anderen gewählt worden. Die Parteien sollten noch einmal darüber nachdenken, wie sie verfahren wollen.

Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Reinickendorf sind die Bezirke, in denen alle Parteien vertreten sind. Das werden dort sicherlich spannende Bezirksamtssitzungen. So, nun beginnen die Verhandlungen zur Bildung von Zählgemeinschaften, dessen Aufgabe es auch ist, Bezirksbürgermeister zu benennen. Und diese müssen nicht zwingend immer der stärksten Partei angehören. Die nächsten Wochen könnten einige Überraschungen hervorbringen.

Was noch?

Olympia hat sich erledigt. Der erste große Erfolg von **Elif Eralp**, noch bevor sie ein Amt hat. Es ist viel Unsinn über das Konzept erzählt worden, auch im rbb. Der Hauptkritikpunkt der DOSB-Kommission ist die politische Instabilität Berlins in dieser Frage, ein hausgemachtes Problem. Was macht eigentlich die Expo-Bewerbung?

Noch was? Ja.

Es haben sich ein paar Alt-Genossen zusammengesetzt und ihre Bedenken über eine Koalition mit der Linken geäußert. Mancher mag lächeln, wenn sich Ehemalige Gedanken machen, anstatt Enten im Park zu füttern. Es ist allerdings äußerst erfreulich, wenn sicher erfahrene Politiker zu Wort melden, und ihre Partei nicht einfach dem Schicksal überlassen. Aus dem erstellten Papier ist auszugsweise in den Medien zitiert worden. Wir veröffentlichen es komplett:

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
 paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
 Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
 Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
 paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stillbrand®
 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
 Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 653-36

24. September 2026

51. Jahrgang

Mit Entsetzen haben wir verfolgt, dass die Linke auf ihrer Wahlparty mit dem Anführer einer Organisation, die international als Unterstützer des Terrorismus der Hamas angesehen wird, sowie mit dem Boss eines kriminellen Clans gefeiert und getanzt hat. Dies macht uns deutlich, dass die Linke sich weiterhin nur pro forma von denen distanziert, die das Existenzrecht Israels leugnen und auch in Berlin die Auslöschung des Staates Israel propagieren. Die Distanzierung einzelner bei den Linken kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wesentliche Teile der Linkspartei dazu beitragen, dass jüdisches Leben in Berlin bedroht wird.

Wir teilen die Sorgen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ihr Schutz ist uns wichtig, auch und gerade wegen der deutschen Geschichte. Es gehört zu den roten Linien sozialdemokratischer Werte, nicht mit Antisemiten und Terroristen gemeinsame Sache zu machen. Wir sehen deshalb derzeit keine Basis für Gespräche mit der Linkspartei.

Und wir veröffentlichen auch die Namen der Unterzeichner

- Walter Momper, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
- Ditmar Staffelt, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
- Peter Strieder, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin,
- Michael Müller, ehem. Landesvorsitzender SPD Berlin.,
- Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident aD.,
- Anne Momper,
- Steffen Reiche, ehem. Landesvorsitzender SPD Brandenburg,
- Gunter Adler, Staatssekretär aD.,
- Wolfgang Nagel, Senator aD.,
- Klaus Böger, Senator aD.,
- Stephan Schwarz, Senator aD.,
- Gisela von der Aue, Senatorin aD.,
- E.Jürgen Zöllner, Senator aD.,
- Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses aD.,
- Werner Kolhoff, Staatssekretär aD.,
- Frank Bielka, Staatssekretär aD.,
- Monika Helbig, Staatssekretärin aD.,
- Ulrich Freise, Staatssekretär aD.,
- André Schmitz, Staatssekretär aD.,
- Beate Stoffers, Staatssekretärin aD.,
- Peter Enders, MdB aD.,
- Christian Oestmann, Vorsitzender ASJ Berlin,
- Karlheinz Nolte, MdA aD.,
- Jutta Leder, MdA aD.,
- Rainer Frohne, Bezirksstadtrat aD.,
- Bernd Schimmler, Bezirksstadtrat aD.,
- Horst Porath, Bezirksstadtrat aD.,
- Kevin Hönicke, Bezirksstadtrat aD.,

- Horst Porath, Bezirksstadtrat aD.,
- Volker Härtig, Vorsitzender FA Soziale Stadt,
- Petra Blume,
- Angelika Syring,
- Klaus Semlinger,
- Jürgen Koch,
- Erich Jesse,
- Frank Meyer,
- Michael Guggemos,
- Manfred Semmer,
- Hartmann von der Aue,
- Jan Kehrberg,
- Detlef Kuchenbecker,
- Jürgen Jänen,
- Bernd Törkel,
- Petra Siebert,
- Stefanie Frensch,
- Henrik Thomsen,
- Klaus Adler,
- Daniel Schneider,
- Rainer Nittka,
- Philipp Mühlberg,
- Chana Schütz,
- Sebastian Schütz,
- Werner Kühnemann,
- Ingrid Kühnemann,
- Thomas Letz

14) Bloß nicht dabei sein. Von Ed Koch



Nr. 653-35

23. September 2026

51. Jahrgang

Bloß nicht dabei sein

An den Olympischen Spielen teilzunehmen, ist für jeden Sportler der Höhepunkt seiner Laufbahn. Für viele Städte und Regionen ist die Ausrichtung der Spiele ein Höhepunkt in ihrer Geschichte. Für ein paar Wochen schaut die Welt auf die Olympiastädte, was ein Imagegewinn sein kann.

Aber, die überwiegende Mehrheit der Olympiastädte macht finanzielle Verluste. Unabhängige wirtschaftliche Studien und historische Bilanzen zeigen, dass die tatsächlichen Kosten für die Ausrichtung der Olympischen Spiele die direkten Einnahmen fast immer massiv übersteigen.

Die enormen Milliardeninvestitionen für Infrastruktur, Stadien, Sicherheit und Logistik verbleiben beim Steuerzahler der Gastgeberstadt bzw. des Austragungslandes. Nach den Spielen entwickeln sich teure Spezialstadien (wie Bobbahnen oder Radrennbahnen) oft zu ungenutzten Investitionsruinen, deren Erhalt die Städte Jahr für Jahr Millionen kostet.

Studien (u.a. des Münchner Ifo-Instituts) zeigen, dass reguläre Touristen die Olympiastädte während der Spiele wegen Überfüllung und hoher Preise meiden. Der wirtschaftliche Impuls bleibt meist kurzlebig. <https://www.ifo.org/backgrounders/economics-hosting-olympic-games>

Los Angeles 1984 ist einziger echter Gewinner der Neuzeit. LA nutzte fast ausschließlich bestehende Infrastruktur und erzielte einen echten operativen Überschuss von rund 215 Millionen Dollar. Das Nutzen von bestehender Infrastruktur spräche auch für Berlin und für die Regionen in Ostdeutschland, die sich daran beteiligen.

Die Spiele 1992 in **Barcelona** waren zwar teuer, brachten aber einen langfristigen Erfolg durch den Stadtumbau. Die Spiele wurden als Katalysator genutzt, um die Stadt zum globalen Tourismus-Hotspot zu machen. **Montreal 1976** hingegen erlebte ein finanzielles Desaster. Die Stadt häufte ein Defizit von über einer Milliarde Dollar an, das die Bürger über spezielle Steuern 30 Jahre lang bis 2006 abbezahlen mussten. **Athen 2004** mit Kosten von rund 11 Milliarden Euro trieben das Land tiefer in die griechische Finanzkrise. Die meisten Sportstätten verfielen danach ungenutzt. **Paris 2024** gilt im modernen Vergleich als verhältnismäßig sparsam, da 95 Prozent bestehende oder temporäre Hallen genutzt wurden.

Quelle: Wikipedia

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Olympische, wozu auch immer die Paralympischen Spiele gehören, muss sich eine Stadt leisten können und wollen.

Es gibt viele gute Gründe, dafür zu sein, aber genauso gute, die dagegensprechen. Die **Hamburger** haben sich in einem Referendum mit 54,9 Prozent gegen eine Bewerbung ausgesprochen. 66,4 Prozent der **Münchner** sind für eine Bewerbung. 66 Prozent Zustimmung für **KölnRheinRuhr**. In Berlin fanden aus rechtlichen Gründen keine Bürgerentscheide statt. Umfragen zufolge, sind aber auch hier rund 60 Prozent für eine Bewerbung. Das Abgeordnetenhaus hat sich mehrheitlich für eine Bewerbung ausgesprochen, gegen die Stimmen von Linken und Grünen. Ein Votum des Parlaments sollte in einer Demokratie einen hohen Stellenwert haben.

Nun gab es beim DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) eine Vorentscheidung der Evaluierungskommission. Demnach erreichte München 87 von 100 möglichen Punkten, KölnRheinRuhr 85 und Berlin 74,6 Punkte. Für Berlin sprechen die internationale Strahlkraft, Nachhaltigkeit und bestehende Infrastruktur und die kreative Vision, die gesamte Stadt zur Bühne zu machen.

Als Nachteile wurden die zu großen Entfernungen der Spielstätten in Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern aufgelistet, was bei der Fußball WM in Kanada, den USA und Mexiko keine Rolle spielte. Der fehlende Rückhalt durch ein Referendum steht auch auf der Negativseite, was natürlich ungerecht ist, wenn dieses Instrument nicht angewandt werden kann. **Der größte Knackpunkt ist aber die Politische Instabilität.** Quelle: Frankfurter Rundschau

Elif Eralp ist die unbestrittene Wahlsiegerin. Darüber hinaus hat sie keine Legitimation, für Berlin Entscheidungen zu verkünden. Sie ist nicht einmal designierte Regierende Bürgermeisterin, und es ist fraglich, ob sie es angesichts des Zustands ihrer Partei wird. Jetzt noch das Gespräch mit Frau Eralp suchen zu wollen, kommt zu spät. „Frau Eralp will die Stadt einen und die Leute zusammenführen. Dann wäre es respektvoll, vorher noch einmal mit den Verantwortlichen der Bewerbung zu reden, auch wenn ihre Haltung klar ist“, sagte der Olympia-Beauftragte **Kaweh Niroomand** der **Deutschen Presse-Agentur**. Quelle: WELT

In der **rbb Abendschau** sagte Niroomand gestern Abend, dass Eralp in 45 Sekunden das kaputt gemacht habe, was er und sein Team in eineinhalb Jahren aufgebaut haben. Am Samstag fällt in Baden-Baden die Entscheidung, vermutlich gegen Berlin. Die Linke hat schon im Siegestaumel bewiesen, dass sie Berlin nicht gut tun wird. Der Platz dieser Linken ist in der Opposition, da kann sie sich austoben.

Ed Koch

15) Saleh zieht sich zurück



Nr. 653-34

22. September 2026

51. Jahrgang

Saleh zieht sich zurück

Erklärung des Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh**

Die SPD ist nach einer historischen Wahlniederlage um mehr als ein Drittel gefallen; die ehemalige Berlinpartei ist nur noch fünftstärkste politische Kraft. Die Menschen schreiben uns in unseren Kernfeldern keine Kompetenzen mehr zu und wissen nicht, wofür wir stehen. Sie vertrauen uns nicht mehr. Nach einer solchen Zäsur kann man selbstverständlich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und taktieren.

Ich gratuliere der Linken zu ihrem klaren Wahlsieg, die mit der Vision von der bezahlbaren Stadt, für die die SPD-Fraktion seit 15 Jahren kämpft, Vertrauen gewinnen und überzeugen konnte. Trotz einer nie dagewesenen Anstrengung unserer Mitglieder auf der Straße und an den Haustüren hat es die SPD-Kampagne nicht vermocht, die zahlreichen Erfolge von Partei, Fraktion und Senat und in den Bezirken herauszustellen und glaubwürdig eine sozialdemokratische Vision für unsere Stadt und die Berlinerinnen und Berliner zu zeichnen.

So verlor sich der Wahlkampf im Kleinklein und hat in den zentralen Punkten des politischen Meinungsstreits, wie zum Beispiel der Vergesellschaftung, einen widersprüchlichen Eindruck vermittelt. Die strategische Entscheidung, einen personalisierten Wahlkampf, ohne jede sachliche Polarisierung zu führen, und die zugrunde gelegte Annahme, eine Frau mit Migrationshintergrund sei in Berlin nicht mehrheitsfähig, ist widerlegt. Die SPD hat weder sachlich noch personell überzeugt.

Die Partei würde den Weg in die Bedeutungslosigkeit fortsetzen, wenn bei einem derartigen Desaster die Verantwortlichen nicht den Schritt in die zweite Reihe wagen. Ich habe diesen Wahlkampf weder als Spitzenkandidat geführt noch die zugrundeliegenden Entscheidungen getroffen. Ich habe allerdings beides mitgetragen und übernehme hierfür meinen Teil der Verantwortung. Ich werde bei den anstehenden Wahlen für den Fraktionsvorsitz nicht erneut kandidieren.

Die Berliner SPD steht vor der Richtungsfrage, Teil einer Regierung mit Linken und Grünen zu sein, in eine Regierung mit CDU und Grünen einzutreten oder eine Minderheitenregierung zu tolerieren. Diese Frage darf nicht nur aus parteitaktischer Sicht beantwortet werden. Ich stehe, gerade in diesen unsicheren Zeiten, für eine Politik, die glaubwürdig und verlässlich die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Selbstverständlich werde ich meine Fraktion und die Partei nach wie vor tatkräftig unterstützen. *Quelle: SPD-Fraktion*

16) Berlin ist nicht New York. Von Ed Koch



Nr. 653-33

22. September 2026

51. Jahrgang

Berlin ist nicht New York

Und das ist, um ein Zitat der Zeitgeschichte mal wieder zu bemühen „auch gut so.“ Es ist weder erforderlich noch erstrebenswert, dass Berlin so sein sollte wie New York City. Lassen Sie sich das bitte von jemand sagen, der sehr häufig die US-Metropole besucht hat.

Am New York Marathon haben 2025 knapp 60.000 Läufer teilgenommen, in Berlin werden es in allen Disziplinen am Sonntag rund 85.000 sein. Berlin misst knapp 900 Quadratkilometer, New York knapp 800. Worüber reden wir hier eigentlich. Und was die Kultur betrifft, müssen wir uns nicht hinter NYC verstecken, ganz im Gegenteil.

New York hat seit dem 1. Januar dieses Jahres einen Linken Bürgermeister, **Zohran Mamdani**. Die Zeit bis jetzt ist sicherlich zu kurz, um die Wahlversprechen von einer „bezahlbaren Stadt“ schon eingelöst haben zu können. Bezahlbar ist ein schwammiger Begriff und hängt davon ab, wer sich was leisten kann. Auch **Elif Eralp** will Berlin bezahlbar machen. Auch sie wird, wie ihr Genosse in New York, sehr schnell merken, dass sich der *Rote Pu Erh Tee* nur mit Wasser aufkochen lässt.

Die Linke hat in Berlin einen klaren Regierungsauftrag. Aber, sie verfügt nicht allein über die notwendige Mehrheit. Es kommt keineswegs selten vor, dass die Wahlsieger letztlich in der Opposition landen, weil keiner mit ihnen regieren will. Das erlebt nicht nur die AfD immer wieder, sondern auch andere Parteien. Es regiert, wer die Mehrheit hinter sich versammeln kann. So könnte es in Berlin eine Koalition der Verlierer CDU, Grüne und SPD gegen den Sieger, die Linke geben. Die Mehrheit wäre knapper als bei einer Rot-Grün-Roten Koalition, aber, es wurde auch schon mit einer Stimme Mehrheit regiert.

Die Euphorie ist groß, vor allem unter den jungen Wählern, die der Linken ihre Stimme gegeben haben. Sie wären arg enttäuscht, wenn ihr Favorit in der Opposition landen würde. Aber, Enttäuschungen gehören zum Leben nun mal dazu. Frau Eralp wird ihre Wahlversprechen ebenso wenig einlösen können, wie ihr Genosse im Geiste vom East River. Das ist aber nicht das Problem, denn, dass Wahlversprechen nicht eingelöst werden, ist keine neue Erkenntnis.

Das viel größere Problem ist, dass sich alles, was glaubt links zu sein, unter einem Schutzschirm wähen wird, wenn es eine linke Bürgermeisterin gibt. Wie reagiert die Senatschefin auf all die links orientierten Demonstrationen in der Stadt? Für die Rechte

der Palästinenser einzutreten, ist ein ehrenwertes Ziel, einschließlich einer Zwei-Staaten-Lösung. Leider arten pro-palästinensische Demos fast immer zu Israel feindlichen und antisemitischen Kundgebungen aus. Wie will Frau Eralp darauf reagieren? Unterbinden wird sie es nicht können.

Ihren Neuköllner Bezirksverband wird sie nicht in den Griff kriegen. Es ist nicht wichtig, wer auf der Gästeliste bei den Partys der Linken steht, sondern wer daran teilnimmt. Clanmitglieder und Unterstützer der Terrororganisation *Volksfront zur Befreiung Palästinas* haben dort nichts zu suchen. Mit diesem Problem wird die Linke immer wieder zu tun haben, Eralp wird sich in einem ständigen Distanzier-Modus befinden. Wie lange wollen Grüne und SPD das ertragen? Die Welt schaut nicht erst seit **Ernst Reuter** auf diese Stadt. Auch in New York nimmt man wahr, was hier geschieht.

Das Beste für die Entwicklung Berlins wäre, meinen nicht wenige, wenn der Rechte und Linke Rand des Parlaments die Opposition bilden und sich die demokratische Mitte um die Geschicke der Stadt kümmert. Dumm nur, dass diese Mitte die Stadt in den Zustand versetzt hat, in dem sie sich heute befindet. Da wäre doch frischer Wind gut. Was würde es aber nützen, wenn die Linke ein Fenster in der Dreizimmerwohnung weit aufrisse und Grüne und SPD die anderen gleich wieder schlössen? So entsteht kein Durchzug.

Nehmen wir einmal an, was im Bereich des Möglichen liegt, dass ein Rot-Grün-Rotes Bündnis nicht zustande kommt und Grüne und SPD lieber mit der CDU einen Senat bilden wollen. Dann hätten sie zumindest sechs Bezirke mit Linker Mehrheit gegen sich, ganz abgesehen davon, dass es viele Linke Stadträte in verschiedenen Positionen geben wird, die sich nichts sagen lassen. Die Konstruktion Berlins mit den viel zu mächtigen Bezirken würde eher für Stillstand statt Fortschritt sorgen.

Die Lage ist wirklich schwierig. Die Entscheidung über den neuen Senat liegt ausgerechnet bei zwei Wahlverlierern, SPD -6,3 und Grüne -4,1. Wenn Sie mich fragen, werden sich die Parteitage der SPD und der Grünen für das Bündnis mit der Linken aussprechen, unter dem Motto „Augen zu und durch.“ Apropos Parteitag. Am Freitag trifft sich die Linke, um sich die Aufnahme von Gesprächen mit Grünen und SPD absegnen zu lassen. Und wenn dann schon die Hürden für die möglichen Koalitionspartner zu hochgelegt werden, ist der Traum vom Roten Rathaus bereits am Freitag ausgeträumt.

Ed Koch

17) Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen! Ein offener Brief von Jannik Rubeck



Nr. 653-32 **21. September 2026** **51. Jahrgang**

Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen!

Ein Offener Brief von Jannik Rubeck

Nach dem historischen Absturz der Berliner SPD geht es nicht mehr um die Frage, ob **Raed Saleh** persönlich noch genügend Macht besitzt, um Fraktionsvorsitzender zu bleiben, sondern darum, wie lange eine Partei ihren eigenen Niedergang noch verwalten will, bevor diejenigen Konsequenzen ziehen, die seit Jahren an ihrer Spitze stehen.

Berlin hat gewählt, die politischen Kräfteverhältnisse dieser Stadt haben sich fundamental verschoben, die Linke ist eindeutig stärkste Kraft geworden und **Elif Eralp** steht nach diesem Wahlerfolg vor der realistischen Möglichkeit, die nächste Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden, während ausgerechnet jene Partei, die diese Stadt über Jahrzehnte geprägt, zahlreiche Regierende Bürgermeister gestellt und sich lange beinahe selbstverständlich als eine der bestimmenden politischen Kräfte der Hauptstadt verstanden hat, vor einem historischen Scherbenhaufen steht.

Für die Berliner SPD ist dieses Ergebnis nicht einfach eine weitere Niederlage, die man einige Tage lang analysiert, anschließend auf schwierige bundespolitische Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Veränderungen oder einen misslungenen Wahlkampf zurückführt und schließlich mit denselben Personen, denselben Strukturen und denselben Machtzentren abhakt, sondern ein politischer Einschnitt, nach dem sich zwingend die Frage nach persönlicher Verantwortung stellen muss.

Und diese Frage führt unmittelbar zu Ihnen, Herr Saleh.

Denn während Vorsitzende kamen und gingen, Regierende Bürgermeister wechselten, Landesvorstände neu gewählt wurden, Spitzenkandidaten aufgebaut und wieder ausgetauscht wurden und die Berliner SPD Wahl für Wahl an Zustimmung verlor, gab es über all diese Jahre eine bemerkenswerte personelle Konstante: **Raed Saleh** blieb.

Seit 2011 führen Sie die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, seit fünfzehn Jahren sitzen Sie damit an einer der wichtigsten Schaltstellen der Berliner Sozialdemokratie, und deshalb können Sie nach diesem historischen Absturz nicht ernsthaft so behandelt werden, als seien Sie lediglich ein Beobachter einer Entwicklung gewesen, mit deren Ursachen Sie selbst nichts zu tun hätten.

Sie haben diese Partei über Jahre entscheidend mitgeprägt, Sie haben politische Mehrheiten organisiert, parlamentarische Strategien mitbestimmt, Personal-

entscheidungen begleitet, innerparteiliche Bündnisse geschlossen und ein politisches Netzwerk aufgebaut, das Ihnen eine außergewöhnliche Kontinuität an der Spitze ermöglicht hat, während die Partei, deren Fraktion Sie führen, außerhalb ihrer eigenen Strukturen immer mehr Vertrauen verloren hat.

Genau deshalb, Herr Saleh, müssen Sie gehen.

Nicht, weil **Raed Saleh** allein für den Zustand der Berliner SPD verantwortlich wäre, denn eine solche Behauptung wäre journalistisch unseriös und politisch zu einfach, sondern weil jemand, der über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren einen derart erheblichen Einfluss auf eine Partei ausgeübt hat, Verantwortung nicht nur dann für sich beanspruchen kann, wenn Wahlen gewonnen, Koalitionen geschlossen oder politische Erfolge gefeiert werden, während Niederlagen plötzlich ausschließlich durch den Bund, die gesellschaftliche Stimmung, andere Führungspersonen oder ungünstige Rahmenbedingungen verursacht worden sein sollen.

Politische Macht und politische Verantwortung gehören zusammen, und wer das eine über fünfzehn Jahre für sich beansprucht, kann sich dem anderen nicht ausgerechnet dann entziehen, wenn die eigene Partei einen historischen Tiefpunkt erreicht.

Aus Kontinuität ist Erstarrung geworden

Fünfzehn Jahre an der Spitze einer Parlamentsfraktion sind in einer Demokratie eine außergewöhnlich lange Zeit, in der politische Generationen heranwachsen, Regierungen wechseln, gesellschaftliche Konflikte entstehen und wieder verschwinden und eine Partei mehr als genügend Gelegenheit erhält, sich programmatisch, personell und strategisch neu aufzustellen, weshalb die Dauer Ihrer Amtszeit allein noch kein Vorwurf sein kann, sehr wohl aber die Frage erlaubt sein muss, was aus dieser außergewöhnlichen Kontinuität politisch entstanden ist.

Wäre die Berliner SPD heute stärker, gesellschaftlich breiter verankert, programmatisch klarer, bei jungen Menschen erfolgreicher und insgesamt näher an einer politischen Mehrheit als zu Beginn Ihrer Amtszeit, könnte man Ihre lange Amtsdauer als Ausdruck erfolgreicher Führung betrachten, doch angesichts des tatsächlichen Zustands der Partei drängt sich eine völlig andere Bewertung auf.

Aus einem langjährigen Fraktionsvorsitz ist eine politische Ära geworden, während der die SPD immer weiter an gesellschaftlicher Bedeutung verloren hat. Und genau deshalb darf nach dieser Wahl nicht wieder nur darüber gesprochen werden, welche Strategie verändert, welcher Slogan ausgetauscht oder

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

welche Zielgruppe beim nächsten Wahlkampf besser angesprochen werden muss, während die entscheidenden Machtpositionen unangetastet bleiben.

Eine Partei kann nicht nach jeder Niederlage einen Neuanfang ankündigen und gleichzeitig dafür sorgen, dass diejenigen, die seit vielen Jahren ihre wichtigsten Machtpositionen besetzen, diesen Neuanfang anschließend selbst verwalten. Irgendwann verliert das Wort Erneuerung dadurch jede Glaubwürdigkeit.

Die Berliner SPD darf nicht mit Ihrem Machterhalt verwechselt werden

Es gehört zweifellos zu Ihren größten politischen Fähigkeiten, Herr Saleh, Mehrheiten innerhalb Ihrer eigenen Partei zu organisieren, Unterstützer zusammenzuhalten und auch schwierige innerparteiliche Situationen politisch zu überstehen, doch genau diese Fähigkeit muss nach dem Ergebnis dieser Wahl kritisch hinterfragt werden, wenn die Stabilität Ihrer persönlichen Machtposition über Jahre deutlich größer erscheint als die Stabilität der Partei bei den Wählerinnen und Wählern.

Denn innerparteiliche Mehrheiten sind keine gesellschaftlichen Mehrheiten.

Ein Politiker kann hervorragend darin sein, Delegierte, Fraktionsmitglieder und Unterstützer hinter sich zu versammeln und gleichzeitig erleben, dass die Partei außerhalb ihrer eigenen Funktionsstrukturen immer weniger Menschen erreicht, und genau dann wird aus erfolgreichem innerparteilichem Machtmanagement ein Problem, weil die Partei beginnt, ihre eigene Stabilität mit der Stabilität einzelner Funktionsträger zu verwechseln.

Die entscheidende Frage nach dieser Wahl darf deshalb nicht lauten, ob **Raed Saleh** noch genügend Stimmen innerhalb der SPD-Fraktion organisieren kann, um **Raed Saleh** erneut zum Fraktionsvorsitzenden wählen zu lassen, sondern ob es der Berliner SPD politisch überhaupt noch zu vermitteln ist, nach einem historischen Absturz erneut mit demselben Mann an einer ihrer wichtigsten Stellen weiterzumachen.

Sollten Sie trotz dieses Ergebnisses einfach im Amt bleiben, wäre die Botschaft verheerend, weil damit der Eindruck entstünde, dass innerhalb der Berliner SPD offenbar nahezu jedes Wahlergebnis möglich ist, ohne dass es an der Spitze tatsächliche Konsequenzen geben muss.

Die Machtstrukturen müssen endlich auf den Tisch

In meinem Buch „SPD – Der Fall der ältesten Partei Deutschlands?“ habe ich mich ausführlich mit den

innerparteilichen Strukturen, Netzwerken und Machtmechanismen innerhalb der Sozialdemokratie beschäftigt und dabei auch die politische Machtarchitektur um **Raed Saleh** untersucht.



Zu den dort dargestellten Recherchen gehören auch Vorwürfe und Schilderungen über das Verhältnis zwischen innerparteilicher Unterstützung, politischen Funktionen, Loyalitäten und Abstimmungsverhalten. Unabhängig von der Bewertung einzelner Vorgänge bleibt jedoch ein politisches Grundproblem bestehen, das die Berliner SPD endlich offen

diskutieren muss, denn wenn innerhalb einer Partei über Jahre der Eindruck entsteht, dass Netzwerke, Flügelzugehörigkeiten, persönliche Loyalitäten und die Organisation interner Mehrheiten einen größeren Stellenwert besitzen als die Frage, wie außerhalb des Willy-Brandt-Hauses und der eigenen Parteitage wieder gesellschaftliches Vertrauen gewonnen werden kann, dann hat diese Partei irgendwann möglicherweise hervorragend funktionierende Machtstrukturen, aber immer weniger Wähler.

Eine Partei kann jeden innerparteilichen Machtkampf gewinnen und trotzdem draußen bei den Menschen verlieren.

Genau darin liegt die bittere Ironie Ihrer politischen Ära, Herr Saleh. Sie haben offensichtlich gelernt, politische Macht innerhalb der Berliner SPD über einen außergewöhnlich langen Zeitraum zu behaupten, während die Berliner SPD gleichzeitig immer weniger politische Macht bei den Wählerinnen und Wählern besitzt.

Michael Müller zeigt, was diese Partei verloren hat

Der Umgang mit **Michael Müller** bei der Aufstellung der Berliner Landesliste zur Bundestagswahl 2025 ist deshalb nicht lediglich eine alte Personalgeschichte, sondern steht beispielhaft für die Frage, welche Prioritäten innerhalb dieser Partei gesetzt wurden, während ein ehemaliger Regierender Bürgermeister, ehemaliger SPD-Landesvorsitzender, Bundestagsabgeordneter und erfahrener Außenpolitiker keinen aussichtsreichen Listenplatz erhielt und infolgedessen seine Arbeit im Deutschen Bundestag nicht fortsetzen konnte.

Selbstverständlich wurde darüber demokratisch von Delegierten entschieden, doch ebenso selbstver-

ständig finden solche Abstimmungen nicht in einem machtpolitischen Vakuum statt, sondern innerhalb politischer Lager, Netzwerke, Bündnisse und organisierter Mehrheiten, weshalb die Verantwortung für eine politische Kultur niemals ausschließlich auf diejenigen reduziert werden kann, die am Ende auf einem Parteitag einen Stimmzettel ausfüllen. Rückblickend muss deshalb die Frage erlaubt sein, was die Berliner SPD aus solchen Auseinandersetzungen eigentlich gewonnen hat, wenn erfahrene und über Berlin hinaus bekannte Persönlichkeiten politisch verschwinden, während die Partei selbst weder stärker noch erfolgreicher noch gesellschaftlich relevanter wird.

Michael Müller ist nicht mehr Mitglied des Deutschen Bundestages, und gleichzeitig ist die Berliner SPD heute weiter von ihrer früheren Stärke entfernt als je zuvor. Das sollte innerhalb einer Partei, die dringend Erfahrung und Erneuerung miteinander verbinden müsste, Anlass zu einer erheblich grundsätzlicheren Selbstkritik sein.

Auch Franziska Giffey's Entwicklung erzählt eine Geschichte

Noch deutlicher wird die politische Entwicklung beim Blick auf **Franziska Giffey**, mit der Sie einst gemeinsam die Berliner SPD als Doppelspitze führten und die damals als eine zentrale Zukunftshoffnung der Sozialdemokratie präsentiert wurde, bevor sie zunächst Regierende Bürgermeisterin wurde, dieses Amt verlor und nun auch ihr Direktmandat verpasst hat.

Eine ehemalige Bundesministerin, ehemalige Regierende Bürgermeisterin und ehemalige Landesvorsitzende verliert ihre parlamentarische Basis, während Sie, Herr Saleh, nach fünfzehn Jahren Fraktionsvorsitz erneut vor der Frage stehen, ob Sie einfach weitermachen.

Michael Müller ist aus dem Bundestag ausgeschieden, **Franziska Giffey** verliert ihr Mandat, die SPD stürzt auf einen historischen Tiefpunkt, und ausgerechnet der Mann, der über all diese Jahre hinweg eine der konstantesten Machtfiguren der Berliner Sozialdemokratie gewesen ist, soll nun möglicherweise erneut erklären, wie der nächste Neuanfang aussehen soll. Genau an diesem Punkt wird es politisch unglaublich.

Ein Neuanfang kann nicht immer wieder von denselben Menschen angekündigt werden, die bereits den vorherigen Neuanfang angekündigt haben.

Die Bundespolitik ist keine Generalentschuldigung

Natürlich wäre es unseriös, den Einfluss der Bundespolitik auf dieses Ergebnis zu leugnen, denn Landtagswahlen finden nicht losgelöst vom bundespolitischen Klima statt, und selbstverständlich beeinflussen die Wahrnehmung der Bundes-SPD, die Arbeit der Bundesregierung und die allgemeine politische Stimmung auch das Wahlverhalten in Berlin. Doch Bundespolitik darf nicht zur Generalentschuldigung für Landespolitiker werden, die seit anderthalb Jahrzehnten Führungsverantwortung tragen.

Sie, Herr Saleh, sind nicht für jedes Problem der SPD verantwortlich, aber Sie tragen genügend Verantwortung, dass ein Ergebnis dieser Größenordnung Konsequenzen für Ihre eigene Position haben muss, denn ansonsten würde politische Verantwortung zu einem Begriff ohne jeden praktischen Inhalt. Wer fünfzehn Jahre führt, kann nicht nach fünfzehn Jahren Niedergang erklären, dass entscheidende Ursachen immer außerhalb des eigenen Einflussbereichs lagen.

Wer Macht will, muss Verantwortung tragen

Und Verantwortung bedeutet manchmal, einen Posten aufzugeben, obwohl man möglicherweise noch genügend Unterstützer hätte, um ihn zu behalten.

Die Linke hat nicht nur die Wahl gewonnen – sie hat die SPD politisch bloßgestellt

Besonders bitter ist für die Sozialdemokratie, dass ausgerechnet die Linke als stärkste Kraft aus dieser Wahl hervorgeht, denn damit wird nicht lediglich eine Partei stärker als eine andere, sondern es wird eine fundamentale Schwäche der SPD sichtbar, die über Jahre nicht beantworten konnte, warum Menschen, die soziale, progressive oder linke Politik wollen, ausgerechnet Sozialdemokraten wählen sollten.

Wenn Menschen linke Politik wollen, wählen viele von ihnen das politische Original, das sie mit dieser Position verbinden, genauso wie Parteien in anderen politischen Lagern erleben müssen, dass die bloße Übernahme fremder Themen nicht automatisch dazu führt, deren Wähler zu gewinnen.

Für die SPD bedeutet das, dass sie wieder Sozialdemokratie anbieten muss, anstatt zwischen politischen Lagern nach Themen zu suchen, von denen Strategen gerade glauben, sie könnten kurzfristig Stimmen bringen.

Eine moderne Sozialdemokratie müsste wieder erklären können, wie sie Arbeitnehmer schützt, gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht, Familien entlastet, bezahlbares Wohnen organisiert, einen funktionierenden Staat schafft und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen das Gefühl gibt, dass ihre



Nr. 653-32

21. September 2026

51. Jahrgang

Lebensrealität in der Politik tatsächlich vorkommt. Doch eine solche inhaltliche Erneuerung wird kaum glaubwürdig wirken, wenn diejenigen, die die bisherige Entwicklung über viele Jahre maßgeblich begleitet und geprägt haben, anschließend erneut die Führung dieser Erneuerung übernehmen.

Es geht jetzt nicht mehr um Ihre politische Zukunft, sondern um die Zukunft der SPD

Herr Saleh, möglicherweise besitzen Sie auch nach diesem Ergebnis genügend innerparteiliche Unterstützung, um Ihre Position zu verteidigen, möglicherweise können Sie erneut Mehrheiten organisieren und möglicherweise werden Ihnen Weggefährten versichern, dass gerade in schwierigen Zeiten Erfahrung und Kontinuität notwendig seien. Aber genau darin liegt mittlerweile das Problem.

Nach diesem Ergebnis darf nicht entscheidend sein, ob **Raed Saleh** politisch überleben kann, sondern ob die Berliner SPD politisch überleben kann, wenn sich an ihren Machtstrukturen nichts Grundlegendes verändert.

Wenn eine Partei Wahl für Wahl verliert, wenn frühere politische Schwergewichte verschwinden, wenn ihre gesellschaftliche Bindungskraft schwindet und wenn ihre politische Konkurrenz genau jene Wählerschichten erreicht, die früher selbstverständlich zum sozialdemokratischen Milieu gehörten, während gleichzeitig die Position ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden unangetastet bleibt, entsteht zwangsläufig der Eindruck, dass der Erhalt innerparteilicher Macht inzwischen zuverlässiger funktioniert als der Erhalt gesellschaftlichen Vertrauens. Für eine Partei, die einmal Volkspartei war und Berlin über Jahrzehnte geprägt hat, wäre das ein vernichtender Befund.

Die SPD ist größer als Raed Saleh

Die Berliner SPD gehört weder Ihnen noch irgendeinem Netzwerk, keinem Flügel, keinem Kreisverband und keinem Funktionär, sondern Ihren Mitgliedern und politisch betrachtet jenen Menschen, deren Vertrauen sie gewinnen möchte, weshalb niemand innerhalb dieser Partei den Anspruch erheben darf, dass ein bestimmtes Amt auf Dauer mit seiner Person verbunden ist.

Gerade nach einer historischen Niederlage muss eine demokratische Partei beweisen, dass sie größer ist als diejenigen, die ihre Machtstrukturen über Jahre geprägt haben.

Sie braucht jetzt keinen kontrollierten Personalwechsel, bei dem lediglich ein neuer Name präsentiert wird, während dieselben Netzwerke anschließend

ihre Macht behalten, sondern eine tatsächliche Öffnung, in der junge Sozialdemokraten ebenso eine Chance erhalten wie erfahrene Persönlichkeiten, in der politische Kompetenz wieder wichtiger wird als Flügelzugehörigkeit und in der nicht zuerst danach gefragt wird, wer zu wem gehört, sondern wofür jemand politisch steht. Dazu gehört zwangsläufig, dass Menschen Platz machen. Und nach fünfzehn Jahren Fraktionsvorsitz beginnt diese Verantwortung bei Ihnen.

Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen

Deshalb ist dieser offene Brief keine persönliche Abrechnung mit **Raed Saleh** und auch kein Versuch, einem einzelnen Politiker sämtliche Probleme einer mehr als 160 Jahre alten Partei zuzuschreiben, sondern die Forderung nach einer politischen Konsequenz, die nach diesem Wahlergebnis kaum noch vermeidbar erscheint.

Herr Saleh, treten Sie als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nicht erneut an.

Machen Sie diesen Schritt nicht erst dann, wenn irgendwann die Mehrheiten innerhalb Ihrer Fraktion verschwunden sind, sondern gerade jetzt, wo Sie möglicherweise noch genügend Unterstützer besitzen, denn freiwilliger Machtverzicht wäre in dieser Situation ein wesentlich stärkeres Zeichen politischer Verantwortung als der Versuch, auch diese Niederlage innerparteilich zu überstehen.

Sie hatten fünfzehn Jahre Zeit, Ihre politischen Vorstellungen umzusetzen, Sie hatten Einfluss, Macht, Netzwerke, Gestaltungsmöglichkeiten und eine Position, von der viele Politiker während ihrer gesamten Laufbahn nur träumen können, und deshalb wäre es nach diesem Ergebnis unangemessen, so zu tun, als müsse ausgerechnet das sechzehnte Jahr Ihrer Amtszeit nun endlich jene grundlegende Erneuerung bringen, die in den fünfzehn Jahren zuvor nicht gelungen ist.

Ein Verzicht würde nicht sämtliche Probleme der SPD lösen, denn dafür sind die Ursachen ihres Niedergangs viel zu komplex, aber Ihr Verbleib würde einen glaubwürdigen Neuanfang erheblich erschweren, weil jede Erzählung von Veränderung hohl klingt, wenn an einer der wichtigsten Machtpositionen der Berliner Sozialdemokratie ausgerechnet der Mann sitzen bleibt, der diese Position seit 2011 innehat.

Berlin hat gewählt, die Linke hat gewonnen und **Eilif Erlep** steht nach diesem Wahlerfolg vor der realistischen Möglichkeit, die nächste Regierende Bürgermeisterin dieser Stadt zu werden, während die SPD gezwungen ist, sich mit einer historischen Niederlage



Nr. 653-32

21. September 2026

51. Jahrgang

und der wesentlich unangenehmeren Frage auseinanderzusetzen, wie viel ihres Niedergangs tatsächlich von jenen politischen Strukturen verursacht oder zumindest begleitet wurde, die sie nun erneut retten sollen.

Eine Partei kann lange von ihrer Geschichte leben, doch keine Partei besitzt ein historisches Anrecht darauf, dauerhaft eine bedeutende politische Kraft zu bleiben, und wer glaubt, die große sozialdemokratische Vergangenheit Berlins werde auch in Zukunft genügend Menschen davon überzeugen, ihr Kreuz bei der SPD zu machen, hat möglicherweise noch immer nicht verstanden, wie ernst die Lage inzwischen geworden ist.

Die Berliner SPD hat noch die Möglichkeit, sich zu erneuern, ihre politischen Wurzeln neu zu definieren, Erfahrung mit einer neuen Generation zu verbinden und wieder zu einer Partei zu werden, die gesellschaftliche Mehrheiten organisiert, anstatt vor allem die eigenen innerparteilichen Mehrheiten zu verwalten.

Dafür muss sie jedoch bereit sein, sich von Machtstrukturen zu lösen, die über viele Jahre entstanden sind und deren personelle Verkörperung wie kaum jemand anderes **Raed Saleh** geworden ist. Deshalb lautet die Forderung nach diesem Wahlabend nicht, dass **Raed Saleh** über einen Rücktritt nachdenken sollte, dass er seine Position zur Diskussion stellen könnte oder dass irgendwann über einen geordneten Übergang gesprochen werden müsste. Die Forderung lautet: Herr Saleh, Sie MÜSSEN gehen.

Nicht weil der Verzicht auf das Amt die SPD automatisch retten würde, sondern weil eine Partei, die nach einem historischen Absturz selbst an einer seit fünfzehn Jahren unveränderten Schlüsselposition keinerlei Konsequenzen zieht, den Begriff des Neuanfangs nicht mehr glaubwürdig verwenden kann.

Es geht nicht mehr darum, ob Sie Ihre Macht noch einmal sichern können. Es geht darum, ob Ihre Partei endlich bereit ist, sich von der Vorstellung zu lösen, dass der Erhalt Ihrer Macht mit dem Erhalt der Berliner Sozialdemokratie identisch sei. Das ist er nicht. Die SPD ist größer als **Raed Saleh** – und jetzt muss sie es beweisen.

Anmerkungen:

Nicht nur **Franziska Giffey** ist raus, sondern auch so profilierte Abgeordnete wie **Melanie Kühnemann-Grunow** und **Sebastian Schlüsselburg**. Auch **Michael Biel** hat es nicht geschafft. Die SPD holte nur ein Direktmandat, 21 ziehen über die Liste ein, darunter **Raed Saleh** und **Steffen Krach**.

18) In den Bezirken ist es bitter. Von Ed Koch



Nr. 653-31 21. September 2026 51. Jahrgang

In den Bezirken ist es bunter

In den Bezirken sind die Bürger ihren Politikern sehr nahe. Um die politische Landschaft dort bunter zu gestalten, gibt's eine Dreiprozentklausel. Wer also gestern Abend dachte, das **BSW** und die **FDP** sei man los, der irrte. In Charlottenburg-Wilmersdorf holte die FDP 4,1 Prozent und ist mit zwei Mandaten in der BVV vertreten, in Reinickendorf mit einem und in Steglitz-Zehlendorf mit zwei.

Bis auf Steglitz-Zehlendorf hat es das BSW in alle Bezirksverordnetenversammlungen geschafft. In Treptow-Köpenick (3), Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf (jeweils 4) sogar in Fraktionsstärke. Ab drei Bezirksverordnete steht einer Partei der Fraktionsstatus zu.

Die **Tierschutzpartei** ist in Spandau, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf mit jeweils einem Verordneten vertreten, und **Volt** hat es in Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte geschafft, mit einem bzw. zwei Mitgliedern.

Wir basteln wieder an unserer beliebten Übersicht, welcher Politiker in welchem Bezirk welches Ressort übernimmt. Das kann noch bis Weihnachten dauern. Die prozentuale und die Sitzverteilung haben wir schon mal in die Liste eingetragen.

Interessant wird sein, welche Zählgemeinschaften in den Bezirken geschmiedet werden, denn die absolute Mehrheit der 55 Sitze hat keine Partei. In den Bezirken gibt es keine Koalitionen, die aus ihren Reihen das Bezirksamt wählen. Jeder Partei, die das prozentuale Mindestmaß erreicht hat, steht ein Bezirksamtsposten zu. In den Bezirken gibt's also sozusagen immer eine Mehrparteien-Regierung.

Dass der **AfD** viele Stadtratsposten zustehen, in Marzahn-Hellersdorf sogar der des Bezirksbürgermeisters, ist eindeutig. Ob diese allerdings in ihre Ämter gewählt werden, ist fraglich. Das Ausgrenzen der AfD auf Bezirksebene hat bislang immer für eine Stärkung gesorgt.

Die Linke gewinnt die BVV-Wahlen in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Neukölln, Treptow-Köpenick und Lichtenberg, also in der Hälfte der Bezirke. Die CDU ist stärkste Kraft in Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf. Die Grünen gewinnen Tempelhof-Schöneberg und die AfD Marzahn-Hellersdorf. Die **SPD** stellt in keinem Bezirk mehr den Bürgermeister, und auch die Anzahl der Stadtratsposten sinkt dramatisch.

Fortsetzung folgt.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressarbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt) Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslögo: Tobias Kellermann stilbrand® Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

19) Abgewählt. Von Ed Koch



Nr. 653-30

21. September 2026

51. Jahrgang

Abgewählt

Vergleich Umfragen zum Ergebnis Abgeordnetenhaus-Wahl Berlin			
	17.09.2026 FG Wahlen	18.09.2026 INSA	Vorl. Ergebnis 20.09.2026
CDU	20%	20%	18,8%
SPD	12%	12%	12,1%
Grüne	15%	15%	14,4%
Linke	22%	21%	25,8%
AfD	18%	18%	16,0%
BSW	4%	5%	4,7%
Fast alle Wahlkreise ausgezählt - Stand 23:00 Uhr			
Vergleich Umfragen zum Ergebnis Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern			
	16.09.2026 INSA	17.09.2026 FG Wahlen	Vorl. Ergebnis 20.09.2026
CDU	7%	6%	4,9%
SPD	35%	37%	35,4%
Grüne	5%	5%	5,7%
Linke	10%	9%	6,5%
AfD	37%	36%	38,3%
BSW	3%	4%	4,8%

Die Regierungs-Koalitionen in **Berlin** und **Mecklenburg-Vorpommern** sind abgewählt worden. Schwarz-Rot in Berlin und Rot-Rot in MV. Die Zeit der Zweierkoalitionen ist vorbei. Sich darüber aufzuregen, ist sinnlos, denn es ist der Wählerwille. Wenn man demokratischen Regeln folgt, liegt der Regierungsauftrag bei den Gewinnern, also bei der Linken in Berlin und der AfD in MV. In Berlin läuft vieles auf Rot-Grün-Rot zu, womit der Wahlsieger auch den künftigen Senat anführen würde. Da das BSW den Einzug ins Abgeordnetenhaus doch nicht schaffen wird, wäre rechnerisch auch Schwarz-Grün-Rot möglich. In MV wird es der AfD nicht gelingen, eine Koalition zu schmieden. Es steht nicht einmal mehr die CDU zur Verfügung, die aus dem Landtag geflogen ist. Die SPD dürfte Linke und Grüne sicherlich für eine Koalition gewinnen können.

Das Wahlergebnis bestätigt den Trend, dass der rechte Rand immer stärker wird zu Lasten der viel beschworenen Mitte. In dieser Mitte versinken CDU und SPD von Mal zu Mal tiefer, in MV ist die CDU im Schweriner See ertrunken. Schaut man sich die Wahlkreiskarte von Berlin an, so hat der Osten viele blaue Stellen, wobei Linke und CDU, die die Mitte beherrschen, der AfD keineswegs das Feld im Osten allein überlassen. Die CDU gewinnt trotz ihrer Verluste viele Direktmandate vom Norden über den Westen bis zum Süden. In Marzahn-Hellersdorf hat **Katharina Günther-Wünsch** ihren Wahlkreis direkt gewonnen. Als einziger Sozialdemokrat hat **Lars Düsterhöft** in Treptow-Köpenick einen Wahlkreis gewonnen. Und zwar jenen Wahlkreis, den 2023 **Stefan Evers** mit 32,7 Prozent holte. Für Düsterhöft stimmten 5.746 Wähler = 26 Prozent. Interessant

ist, dass aber nur 2.820 Zweitstimmen = 12,7 Prozent, für die SPD in diesem Wahlkreis abgegeben wurden. **Stefan Evers** hat übrigens seinen neuen Wahlkreis in Treptow-Köpenick an die AfD verloren.

Nach drei Jahren könnte in Berlin die CDU wieder weg vom Fenster sein, während der Wahlverlierer SPD weiter an der Macht bleiben dürfte. Ob sich die Linke darauf einließe, neben der Regierenden Bürgermeisterin, die neun Senatsposten einfach durch drei zu teilen, ist fraglich. Prozentual angemessen wäre eine Verteilung vier Linke, drei Grüne und zwei Sozialdemokraten.

Das Wahlergebnis in Berlin ist für CDU, Grüne und SPD aus unterschiedlichen Gründen eine Katastrophe. Die CDU verliert wahrscheinlich nicht nur den Regierenden Bürgermeister, sondern definitiv das prestigeträchtige Amt der Parlamentspräsidentin. Kaum vorstellbar, dass es weiterhin, wie bei **Cornelia Seibeld**, bei einer Linken Präsidentin Gelöbnisse der Bundeswehr vor dem Abgeordnetenhaus geben wird. Vermutlich ist das aber eines der kleineren Probleme der CDU.

Die Grünen haben zwar auch verloren, kommen aber dennoch nach drei Jahren Pause wieder zurück auf Berlins Straßen, was diesen kaum gut tun wird. Richtig dramatisch ist aber das Abschneiden der einstigen Berlin-Partei SPD. Wenn weiterhin der Langzeitfraktionsvorsitzende **Raed Saleh** im Amt bleiben und an den Koalitionsverhandlungen teilnehmen will, hat die Hauptstadt SPD keine Zukunft. In der rbb-Wahlsendung hat **Michael Müller** deutlich wie nie zuvor den Rücktritt von **Raed Saleh** gefordert. Wenn **Steffen Krach**



Nr. 653-30

21. September 2026

51. Jahrgang

es wolle, so Müller, sollte er als Partei- und Fraktionsvorsitzender die SPD wieder aufbauen.

Blick auf die Bezirke

Zum Schluss noch ein erster Blick auf die Bezirke. Die Berlin-Partei **SPD** ist weg vom Fenster. Die **Linke** gewinnt die BVV-Wahlen in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Neukölln, Treptow-Köpenick und Lichtenberg, also in der Hälfte der Bezirke. Die **CDU** ist stärkste Kraft in Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf. Die **Grünen** gewinnen Tempelhof-Schöneberg und die **AFD** Marzahn-Hellersdorf.

Die nächsten Wochen, vermutlich bis zum Jahresende, werden anstrengend.

Ed Koch

Ressortverteilung in den Bezirken						
paperpress		Alle Angaben ohne Gewähr				Stand: Sept. 2026
Ressort	Charlottenburg Wilmerdorf	Friedrichshain Kreuzberg	Lichtenberg	Marzahn Hellersdorf	Mitte	Neukölln
Bürgermeister/in						
stellvertretende/r Bürgermeister/in						
Personal						
Finanzen						
Facility Management						
Amt für Bürgerdienste						
Jugendamt						
Amt für Soziales						
Weiterbildung und Kultur						
Stadtentwick- lungsamt						
Straßen- und Grünflächen						
Ordnungsamt						
Gesundheitsamt						
Umwelt- und Naturschutzamt						
Schul- und Sportamt						
Wirtschafts- förderung						

BVV-Ergebnisse in % und Sitzverteilung - Wahl 20.09.2026						
SPD	14,7	8,8	8,6	7,4	10,4	13,5
CDU	24	7,7	14,2	18,2	12,7	15,6
LINKE	17,3	40,1	30,4	20,3	33,7	32
Grüne	22,5	25,2	8,9	6	22,4	14,8
AfD	9,5	5,6	23,5	33,8	8,7	13,6
FDP	4,1					
Volt	3	3,3			3,1	
BSW	3,2	3,3	7	7,1	4	4,2
Tierschutz			3,2	3,2		
SPD	9	5	5	4	6	8
CDU	14	4	8	11	7	9
LINKE	10	24	18	12	21	19
Grüne	13	15	5	3	13	9
AfD	5	3	14	20	5	8
FDP / Tierschutz	2		1	1		
Volt	1	2			1	
BSW	1	2	4	4	2	2
Gesamt	55	55	55	55	55	55

Ressort	Pankow	Reinickendorf	Spandau	Steglitz-Zehlendorf	Tempelhof-Schöneberg	Treptow-Köpenick
Bürgermeister/in						
stellvertretende/r Bürgermeister/in						
Personal						
Finanzen						
Facility Management						
Amt für Bürgerdienste						
Jugendamt						
Amt für Soziales						
Weiterbildung und Kultur						
Stadtentwick- lungsamt						
Straßen- und Grünflächen						
Ordnungsamt						
Gesundheitsamt						
Umwelt- und Naturschutzamt						
Schul- und Sportamt						
Wirtschafts- förderung						

BVV Ergebnis in % Wahl 20.09.2026

SPD	9,9	14,9	16,1	14,8	14	14,6
CDU	12,9	27,4	22,7	26,5	20,2	13,1
LINKE	26,7	14,9	14,6	12,6	20,3	25,5
Grüne	22,4	12,2	8,4	21,7	22,7	9,8
AfD	15	18,5	20,6	10,5	11,7	23,1
FDP		3		4,1		
Tierschutz			3,2			
Volt	3,5					
BSW	4,9	3,9	4,2		3,8	5,8

Sitzverteilung in der Bezirksverordnetenversammlung

SPD	6	9	9	9	8	9
CDU	7	16	17	18	12	8
LINKE	16	9	9	7	12	15
Grüne	13	7	5	13	14	6
AfD	9	11	12	6	7	14
FDP		1		2		
Tierschutz			1			
Volt	2					
BSW	2	2	2		2	3
Gesamt	55	55	55	55	55	55

20) KW 36 (14.09. bis 20.09.2026). Von Ed Koch



Nr. 653-29

20. September 2026

51. Jahrgang

KW 38

18:00 Uhr. Die Minute der Wahrheit! Haben Sie schon gewählt? Ich geh gleich los, ins Seniorenheim. Hoffentlich lassen die mich wieder raus.

Wenn Sie die Wahlergebnisse in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht verstehen, können Sie sich alles erklären lassen. **Markus Lanz** macht eine Sondersendung um 22:15 Uhr im ZDF, mit **Michael Bröcker**, (Table.Briefings), **Mariam Lau** (Zeit), **Markus Feldenkirchen** (Spiegel) und **Albrecht von Lucke**.

Fast zeitgleich, um 22:05 Uhr startet in der ARD **Caren Miosga** mit **Tim Klüssendorf** (SPD), **Mathias Middelberg** (CDU), **Beatrix von Storch** (AfD) und dem Journalisten **Robin Alexander**. Ach ne, zu viele Politiker, die haben schon den ganzen Abend geredet, da schalte ich lieber zu Lanz.

Und wenn Sie dann immer noch nicht verstanden haben, warum alles so gekommen ist, wie es gekommen ist, empfehle ich - wie immer - wärmstens den **radioeins Kommentatoren Talk**, ab 19:00 Uhr live im Radio und im Livestream auf radioeins.de. Das rbb-Fernsehen zeigt den Talk um 22:15 Uhr. Zu Gast bei Moderator **Marco Seiffert** sind u.a. (schon wieder) **Michael Bröcker** (Table.Briefings), **Anke Myrhe** (TAGESSPIEGEL), **Hajo Schumacher** (Podcast Elefantenrunde), **Angela Ulrich** (rbb24), **Sebastian Puschner** (Der Freitag) und **Florian Schroeder** (Kabarettist).

Wir können und müssen froh sein, in einer Demokratie leben zu dürfen, mit freien Wahlen. Bei einem **Blick nach Russland** wird einem übel. Dort dürfen nur Parteien antreten, deren Kandidaten Putin die Füße küssen. Andersdenkende wurden durch die unter Regime-Kontrolle stehende Justiz rechtzeitig verboten. Jedenfalls wurde diesmal kein Oppositioneller vergiftet oder auf einer Brücke erschossen. Die Wahl in Russland ist ein lächerliches Schauspiel. Dass Putin mit vorgehaltenem Maschinengewehr die Einwohner der besetzten ukrainischen Gebiete zwingt, für ihn zu stimmen, zeigt das ganze Ausmaß dieses faschistischen Regimes, von dem Vertreter der AfD und des BSW gern Öl und Gas kaufen würden.

Apropos Benzin. Kurz vor den beiden Landtagswahlen haben **Friedrich Merz** und **Lars Klingbeil** verkündet, etwas für den geschundenen Geldbeutel der Autofahrer tun zu wollen: Tankrabatt und Spritpreisdeckel. Ob sich diese Wohltaten heute noch auf die Wahlen auswirken? Es hätte auch gleich noch der Mietpreisdeckel beschlossen werden können. Wäre doch egal, wir sind ohnehin pleite.

Was noch?

Die 38ste KW war voller Begegnungen mit interessanten Menschen, natürlich die Kandidierenden, und sogar Wahlhelfer **Friedrich Merz**. Besonders beeindruckend war der Abend mit **Jean Asselborn**, dem langjährigen Außenminister Luxemburgs. Und gestern traf ich, nicht zum ersten Mal, auf einen anderen interessanten Politiker, den Bürgermeister von Wien, **Michael Ludwig**. Er half am Freitag gemeinsam mit **Klaus Wowereit** **Steffen Krach** bei dessen Wahlkampfabschluss.

Gestern war er zu Gast in **Michael Müllers Setzerei**.



Fotos: Ed Koch

Das Wiener Stadtoberhaupt ließ nicht unerwähnt, dass die Donau-Metropole einst auf Augenhöhe mit Paris und London stand, als Berlin noch eine recht bescheidene Größe und Einwohnerzahl hatte, also vor 1920 als Groß-Berlin entstand. Wien ist heute halb so groß wie Berlin, auch, was die Einwohnerzahl betrifft. Aber, Größe allein macht es nicht.

Wie macht es Wien, so sauber zu sein, wollte ein Gast wissen. Ganz einfach: „Wir haben investiert.“ Das macht Berlin auch, allerdings mit geringerem Erfolg. **Michael Müller** beklagt, dass die Berliner zu wenig stolz auf ihre Stadt sind. Nirgendwo steht geschrieben, dass man seine alte Matratze auf dem Bürgersteig entsorgen muss. Die 23 Wiener Gemeindebezirke haben keine uneingeschränkte politische

Macht, aber auch nicht so viele Kompetenzen wie die zwölf Berliner Bezirke. Auf die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Stadtverwaltung klappt, antwortete **Michael Ludwig** kurz, „durch Kompromisse.“

Die Zufriedenheit der Wiener misst der Bürgermeister daran, dass die Verwaltung funktioniere, und die Bürger dies honorierten. In der Wohnungsfrage ist Wien von Anfang an einen anderen Weg gegangen. 62 Prozent der Einwohner leben in einer geförderten Wohnung oder einer direkten Gemeindewohnung. In Wien stand nie zur Debatte, städtische Wohnungen zu verkaufen, wie es in Berlin geschah.

In den knapp zwei Stunden in der Setzerei wurde kein Thema ausgelassen, bis hin zu Sachsen-Anhalt, ein Bundesland, von dem in Europa vor dem 6. September kaum jemand gehört hatte. Es war ein interessantes Gespräch mit einem in sich ruhenden und zufriedenen Stadtoberhaupt. Seit Mai 2018 ist Ludwig Bürgermeister, 2025 wurde er wiedergewählt bis 2030. Bis dahin wird er uns sicherlich noch einige Male in Berlin besuchen.



Foto: Ed Koch

Auf Initiative des Stadtpräsidenten von Bern, **Alec von Graffenried**, trafen sich ab 2018 die Chefs der deutschsprachigen Hauptstädte regelmäßig zum Gedankenaustausch. Am 6. November 2021 lud **Michael Müller**, **Michael Ludwig** und **Alec von Graffenried** auf den EUREF-Campus ein. Auch wenn von Graffenried und Müller nicht mehr im Amt sind, besteht die freundschaftliche Beziehung fort.

Noch was? Ja.

Die ständigen Wiederholungen im **rbb**, „Die 30...“ dies und das, nerven. Wie oft will man die Hits der 80er denn noch hören? Am Freitag gab es eine neue Folge in dieser Reihe: „**Die 30 außergewöhnlichsten Berliner Hochhäuser.**“ Als Berliner denkt man immer, alles schon zu kennen, dem ist aber nicht so.

Natürlich hat man die meisten Hochhäuser schon gesehen, jedoch nicht alle bemerkt, die zwar hoch, aber nicht überragend sind. Und die Geschichten dahinter kennt man auch nicht so richtig.

Susanne Papawassiliu und **Maren Schibilsky** zeigen eine besondere Auswahl markanter und überraschender Türme der Hauptstadt. Das höchste Gebäude der Stadt und das neue XXL-Highlight ist dabei der **Estrel Tower** an der Sonnenallee in Neukölln, der mit exakt 176 Metern als Berlins erster echter Wolkenkratzer gilt.

Überall im Stadtgebiet wachsen neue Türme in die Höhe. Die Sendung stellt die 30 außergewöhnlichsten Hochhäuser vor und wirft einen überraschenden Blick auf die Stadt.

Dazu gehören auch echte Geheimtipps. Im Art Park Tegel im Berliner Norden verwandeln acht Mega-Gemälde eine graue Wohnsiedlung in eine bunte Open-Air-Galerie. Am Alexanderplatz fasziniert der Riesen-Fries am „Haus des Lehrers“ auch 60 Jahre nach seiner Entstehung. Das Kunstwerk von **Walter Womacka** zeigt schöne Alltagsszenen aus der DDR - die ganz persönliche Vision des Künstlers.

30 Entdeckungen und die perfekte Inspiration für eine Pause. Für feine Küche lohnt sich ein Besuch ganz oben im geschichtsträchtigen **Loeser & Wolff Haus** an der Potsdamer Straße oder im **Hotel-Tower** an der Landsberger Allee. Wer den gläsernen Fahrstuhl am „**Excelsiorhaus**“ am Anhalter Bahnhof nimmt, den erwartet ganz oben ein cooler Drink - mit Panoramablick. Berlins Hochhäuser. Wo liegt einem die Stadt zu Füßen? Quelle: rbb

Besonders interessant ist, dass der Ostteil Berlins dem Westen in nichts nachsteht. In beiden Stadthälften gings, was die Häuser betraf, ständig nach oben. Das **Axel-Springer-Haus**, das der Verleger als Provokation direkt an die Sektorengrenze baute, gehört natürlich auch in die Liste. Als 1959 der Grundstein gelegt wurde, stand die Mauer noch nicht, aber 1966, als es eröffnet wurde. Dass die DDR die Hochhausfront an der Leipziger Straße vor allem deshalb gebaut haben soll, um Springer den Blick nach Ost-Berlin zu verstellen, mag stimmen oder auch nicht.

Auch das **Europa-Center** ist dabei mit ein paar Szenen von der Einweihung 1965 mit **Willy Brandt**. Es war ein glücklicher Zufall, dass ich dabei sein und neben **Walter Giller** und **Wolfgang Neuss** stehend vom Gang über der Eisbahn den Reden zuhören konnte. Die Eisbahn gibt's schon lange nicht mehr, ebenso die beiden Kinos. Im **Royal-Palast** erlebte ich am 24. November 1966 die Premiere von **Dr. Schiwago**. Keine Ahnung, wie ich an Karten gekommen

bin. Ich saß in der ersten Reihe vor dieser riesigen Leinwand, drei Stunden und 17 Minuten, und war danach richtig fertig. Jeder Gast bekam die Schallplatte mit dem Titelsong geschenkt, **Karel Gott**: „weiiiiiiiiit Du woohin...“ Traumhaft. Und es gab für jeden Besucher einen Schiwago-Wodka. Es war als 17-jähriger nicht mein erster Schnaps. Übrigens: **Dr. Schiwago** lief 166 Wochen im Royal Palast.



KI sagt zwar, dass erst 1981 das japanische **Teppanyaki** (gebraten auf der Eisenplatte)-Restaurant **Daitokai** öffnete, ich allerdings der Meinung bin, diese Keramik-Figur schon bei der Einweihung geschenkt bekommen zu haben. Egal. Der grimmige Buddha mit dem Loch in der Brust, hat alle

meine Umzüge überlebt und verbreitet noch heute gute Laune in meiner Wohnung. Das Brustloch dient einem Strohhalm; durch die halboffene Rückseite wurden die Getränke eingefüllt.

Die wichtigste Institution im Europa-Center ist und bleibt das Kabarett-Theater **Die Stachelschweine**, das von Anfang an hier zu Hause ist. Und so hatte **Frank Lüdecke** auch einen kleinen Auftritt in dem rbb-Film.

Apropos Auftritt. Am Dienstag, dem 13. Oktober 2026, heißt es ab 20:00 Uhr bei den Stachelschweinen wieder **Achtung! Wortwechsel!** Thema: „Politisches Kabarett – die Leiche lebt?!“, eine Podiumsdiskussion mit **Mathias Richling**, **Frank Lüdecke** und anderen ...

Tickets: auf allen Plätzen 31 Euro unter <https://tickets.diastachelschweine.de/webshop/webticket/seatmap?eventId=100&el=true>

Gestern fand vor ausverkauftem Haus die Premiere des neuen Programms „Die letzten Tage von Deutschland“ statt. Hoffen wir, dass heute Abend nach den Wahlen nicht diese letzten Tage beginnen.

Am 26. September fällt für Berlin die nächste wichtige Entscheidung mit Tragweite. **Olympia**. Um die Bedeutung zu dokumentieren, hat der DOSB zahlreiche prominente Gäste ins Kurhaus Baden-Baden eingeladen. Auch Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** wird unter den 550 Teilnehmern sein. Die ARD überträgt ab 9.00 Uhr im Livestream, ab 13.45 Uhr auch linear im TV die Entscheidung: Berlin, München oder Rhein-Ruhr, war macht das Rennen? Quelle: WELT

Feuerprobe bestanden



Screenshot ARD BR

In der Haut des neuen Grünen Münchner Oberbürgermeisters **Dominik Krause** hätte niemand gestern um 12:00 Uhr stecken mögen. Sein erster Fassanstich auf dem Oktoberfest unter den Augen von **Markus Söder** und dem Rest der Welt. Mit Bravour hat der 36-jährige die Aufgabe gemeistert. Zwei Schläge und „O'zapft is!“. Bis zum 4. Oktober findet das größte Besäufnis der Welt statt. Viel Spaß.

Zuletzt

Seit ein paar Tagen ist die letzte Staffel von **Babylon Berlin** in der ARD-Mediathek zu sehen. Gestern Abend liefen die ersten vier Folgen im Fernsehen. Sehr deutlich wird gezeigt, wie schnell eine Demokratie ihre letzten Tage erleben kann, wenn die falschen Leute an die Macht kommen. Geschichte wiederholt sich immer wieder. „Wer die Vergangenheit vergisst, ist verdammt, sie zu wiederholen“ (**George Santayana**). In diesem Sinne, wählen Sie demokratisch und kommen Sie gut durch die KW 39.

Ed Koch

PS: **Hertha** hat zum sechsten Mal in Folge gewonnen.

21) Finale. Von Ed Koch



50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-28
19. September 2026
51. Jahrgang

Finale

Selbst der größte Fan von Wahlkampfveranstaltungen, wie der Autor dieses Beitrages, sagt irgendwann, „Jetzt reicht's!“ Es ist alles gesagt worden, und zwar zigmal. Wir haben uns am Donnerstag exemplarisch noch zwei Shows angeschaut.



Fotos: Ed Koch

Mit **Friedrich Merz** Wahlkampf auf öffentlichen Plätzen zu machen, traut sich kein CDU-Politiker in diesen Tagen so richtig.



Da ist es besser, man bleibt im geschützten Raum des Konrad-Adenauer-Hauses unter sich. 350 Fans kamen zusammen und eine unüberschaubare Menge an Journalisten und Kamerteams. **Fabian Köster** von der *heute-show* war nicht zu sehen. Das muss man **Stefan Evers** lassen, er ist ein guter Redner, der klar, deutlich und hörbar spricht und Botschaften vermitteln kann. Die Berlin-Wahl entscheidet sich

zwischen CDU und Linke. Es gibt entweder Schwarz-Grün-Rot oder Rot-Grün-Rot, andere Kombinationen sind rechnerisch nicht möglich, es sei denn, das BSW kommt über fünf Prozent und macht selbst ein Dreierbündnis unmöglich. Nach der Umfrage der **Forschungsgruppe Wahlen** für das ZDF vom 17. September liegt das Wagenknecht-Russland-Bündnis derzeit bei vier Prozent.

Spitzenkandidat **Michael Lüders** trug am Mittwoch im **rbb** den Melonen-Anstecker in den Farben Palästinas, für 5,95 Euro im *Free Palestine Shop* erhältlich. **Werner Graf**, der für die Grünen ins Rote Rathaus einziehen möchte, trug einen FCK-NZS-Anstecker, gibt's für 5,50 Euro bei etsy. Es wäre sinnvoller gewesen, auf Symbole an den Revers bei diesem Format zu verzichten, weil sich der Blick auf den Anstecker konzentrierte, anstatt dem Kandidaten zuzuhören. Ansonsten war die Wahlarena des **rbb** ziemlich grauenvoll, was auch an den Moderatoren lag. Einen Teilnehmer an der Runde darauf angesprochen, sagte dieser „Welche Moderatoren?“

Laut **Forschungsgruppe Wahlen** liegen CDU und Linke nach wie vor zwei Zähler auseinander, 20 zu 22 Prozent. Die AfD käme auf 18 Prozent. Grüne 15 und SPD zwölf Prozent werden zwar nicht den Regierenden Bürgermeister stellen können, aber Königs- oder Königinmacher sein.



Friedrich Merz hielt vor den CDU-Anhängern eine engagierte Rede, in der er die Vorzüge der Hauptstadt pries und **Stefan Evers** jede mögliche Unterstützung zusagte. An dieser Stelle müsste man mal darüber nachdenken, welche Unterstützung es für **Kai**

Wegner in den letzten Monaten vom Kanzler gab.

Wenn es darum geht, eine Wortkreation, wie *Rambo Zambo* unterzubringen, kann man sich auf Merz verlassen. Merz zitierte **Ronald Raegans** berühmt gewordenen Satz vor dem Brandenburger Tor am 12. Juni 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feierlichkeiten Berlins. Merz: „Tear this wall down!“ Finde den Fehler. Egal, so oder im Original lautet die Übersetzung „Reißt diese Mauer ein“, was die Ossis zwei Jahre später erfolgreich taten. Danke dafür.

Was man mit den Fans hätte üben müssen, ist, dass sie sich auf die Pappen mit dem Konterfei von **Stefan Evers**, die auf den Stühlen lagen, nicht raufsetzen, sondern sie in die Höhe haltend schwenken sollen.

Vom Konrad-Adenauer-Haus führte mich mein Weg anschließend ins **Deutsche Theater**, wo zum Glück die Kantine noch geöffnet war. Bei der CDU gabs zwar Freigetränke, aber nicht einmal eine Brezel, für die ich auch bezahlt hätte.



Das muss man dem **Tagesspiegel** lassen, für seinen Wahl-Talk mietete er kein Kino oder irgendeinen Saal an, sondern ging gleich an die erste Schauspieladresse der Stadt, ins Deutsche Theater.



Gegeben wurde vor ausverkauftem Haus die letzte Vorstellung des Stücks **Wahlkampf 2026**. **Christian Tretbar** und **Anke Myrrhe** aus der Chefredaktion hatten noch einmal die Hauptdarsteller des Ensembles auf die Bühne gebracht: **Stefan Evers** (CDU), **Elif Eralp** (Linke), **Werner Graf** (Grüne) und **Steffen Krach** (SPD). **Kristin Brinker** (AfD) war nicht dabei, weil man sich nur mit denen unterhalten wollte, die, in welcher Konstellation auch immer, den nächsten Senat stellen werden. Brinker ist aber ausführlich im **Tagesspiegel** vorgestellt worden.

Evers zeigte sich genervt, ständig diesen „Unsinn“ der Linken von Vergesellschaftung hören zu müssen. Graf zickte zurück, schließlich sollte jeder seine Meinung haben dürfen, diese als Unsinn zu bezeichnen, sei nicht angemessen. Aber auch Krach hält wenig von den Enteignungsfantasien der Linken, sondern setzt auf pragmatische Lösungen wie dem Mietenkaster. Die Entschädigungssummen, die an die Enteigneten zu zahlen wären, seien völlig unrealistisch. Evers, der an diesem Tage eine Baustelle besucht hatte, berichtete, wie schnell es heutzutage gehen kann, Wohnungen zu bauen. Der jahrelange Planungszeitraum vor dem ersten Spatenstich sei das

Problem, dieser müssen verkürzt werden. Nur bauen, bauen, bauen helfe weiter. Durch Enteignungen entstehen keine neuen Wohnungen und die bestehenden werden nicht automatisch preiswerter. Am Wohnungs- und Mietenproblem werden sich die Parteien nach der Wahl messen lassen müssen.

Gestern fanden die letzten Kundgebungen statt, wobei sich die Spitzenkandidaten Unterstützung von Parteifreunden holten. **Werner Graf** trat mit **Ricarda Lang** auf, die, seitdem sie nicht mehr Bundesvorsitzende ist, immer beliebter wird und für Talk-Shows gebucht wird. Graf macht sich nicht die Mühe, um einen Wahlkreis kämpfen zu müssen, er steht auf Platz Zwei der Landesliste hinter **Bettina Jarasch**. Ob das klug ist!?

Elif Eralp tritt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg 1 an, in dem 2016, 2021 und 2023 die Linke jeweils auf dem dritten Platz landete. Da sie auf Platz Eins der Bezirksliste steht, wird sie dennoch einen Sitz im Abgeordnetenhaus erhalten. Zum Schlusspunkt hatte sie sich gestern **Ines Schwerdtner**, **Sören Pellmann** und **Gregor Gysi** eingeladen. Das sind drei Siegertypen: Schwerdtner hat den Lichtenberger Wahlkreis von **Gesine Löttsch** übernommen, die ihn geführt immer schon gewonnen hat, auch Schwerdtner gewann ihn 2025 direkt. Gysi gewinnt seinen Wahlkreis in Treptow-Köpenick seit 2005 immer direkt, und auch Pellmann gewinnt seinen Leipziger Wahlkreis seit 2017 auch immer direkt.

Steffen Krach kandidiert im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf 2, den bis 2021 die SPD direkt gewann, zuletzt **Matthias Kollatz** 2016 und 2021. Bei der Nachwahl 2023 holte ihn erstmals die CDU. Einfach wird es für Krach nicht, er ist allerdings über die Liste abgesichert. Für seinen Wahlkampf hat er sich **Klaus Wowereit** an die Seite geholt, der sich eigentlich aus der aktuellen Politik heraushält, aber schon bei Krachs Nominierung eine flammende Rede für ihn auf dem Parteitag hielt. Am Willy-Brandt-Haus hängt ein großes Transparent, auf dem Krach und Wowereit zu sehen sind.

Stefan Evers kandidiert im Wahlkreis Treptow-Köpenick 3, den er 2023 erstmals gewann. Der Wahlkreis hat im wahrsten Sinne des Wortes eine wechselhafte Geschichte: 1995, 1999 und 2001 PDS, heute Linke, 2006, 2011 und 2021 gewann ihn die SPD. Die Chancen für Evers, erneut zu gewinnen, sind recht groß.

Alle Messen sind nun gelesen. Morgen um 18:00 Uhr schlägt die Minute der Wahrheit und um 18:03 Uhr werden uns alle erklären, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist.

Ed Koch

22) 100 Jahre Gillette in Tempelhof. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-2718. September 202651. Jahrgang

100 Jahre Gillette in Tempelhof

100 Jahre sind eine lange Zeit mit Auf und Ab. **paperpress** berichtete dann und wann über das Werk in der Oberlandstraße. So beispielsweise im September 2006, als der damalige Regierende Bürgermeister **Klaus Wowereit** das Werk besuchte. Der **Fusion** mit seinen sechs Klingen, fünf auf der Vorder- und eine für die Feinarbeit auf der Rückseite, dazu Batterie betrieben, wurde vorgestellt. Stolz überreichte der damalige Chef des Werks, **Dr. Gero Wiese, Klaus Wowereit** ein Exemplar des neuen Rasierers und war etwas überrascht, als Wowereit ihm verriet, dass er sich bereits seit März damit seine Bartstoppeln entfernt. In den USA gab es bereits dieses Modell, und ich brachte Wowereit von einer Reise ins Gillette-Gründerland einen Rasierer mit.

Aber nicht nur **Klaus Wowereit** ist bekennender Gillette-Fan, sondern auch sein Nachfolger **Michael Müller**, der im Februar 2019 zur Vorstellung des **SkinGuard Sensitive** ins Tempelhofer Werk eingeladen worden war. Im Anhang finden Sie aus unserem Archiv die beiden Newsletter von 2006 und 2019.



Foto: Gillette

Gestern, am 17. September, wurde das Jubiläum gefeiert, gemeinsam mit den Beschäftigten, Vertretern des Betriebsrats und der Geschäftsleitung, sowie von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, nicht zu vergessen den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, der, wie seine Vorgänger auch die Nassrasur mit Gillette-Klingen bevorzugt, und gut gelaunt und frisch rasiert an der Veranstaltung teilnahm. Nachfolgend zitieren wir auszugsweise aus der Pressemitteilung des Unternehmens.

Für Generationen von Männern stehen Premium-Rasierer von Gillette für die gründlichste und glatteste

Rasur, für Präzision und Spitzenqualität und für das Beste im Mann. Im Jahr 2026 feiert das Team im Berliner Gillette-Werk ein besonderes Jubiläum: 100 Jahre Klingenproduktion in Berlin. Im Laufe der Zeit hat sich das Berliner Werk zu einem der weltweit bedeutendsten Produktionsstandorte für Premium-Rasierer entwickelt. Made in Berlin: Die besten Klingen kommen aus Berlin. Die Fakten zum Berliner Gillette-Werk unterstreichen die herausragende Qualität, Präzision und Zuverlässigkeit, für die „Made in Berlin“ steht: 50 Prozent aller Premium-Klingen, die Gillette weltweit vertreibt, werden in Berlin gefertigt.

Die jährliche Klingenproduktion im Berliner Gillette-Werk ist so groß, dass die produzierten Klingen übereinandergestapelt rund 700-mal die Höhe des Berliner Fernsehturms erreichen würden. So werden täglich über 800 Millionen Menschen in 70 Ländern weltweit mit Premium-Rasierklingen versorgt. Neben dem Stammwerk in Boston (USA) hat das Berliner Werk als wichtiges Kompetenz- und Innovationszentrum von Gillette weltweite Bedeutung.



Die Mitarbeitenden in Feierlaune.

Im Gillette-Werk Berlin arbeitet heute ein Team von rund 550 Mitarbeitenden aus 28 Nationen. Das Werk ist dabei nicht nur Produktionsstandort, sondern auch Innovationszentrum: Gillette entwickelt die komplette Produktionstechnologie. Sämtliche Maschinen werden von Gillette selbst entwickelt und teilweise auch gebaut. Dies ermöglicht es, neueste Technologien unmittelbar umzusetzen und Innovationen wie GilletteLabs schnell in die Massenproduktion zu bringen. Gleichzeitig ist das Werk ein Vorreiter für den Einsatz von KI in der Produktion.

Bei einem Festakt zum Jubiläum am 17. September, bei dem neben Repräsentanten von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden auch Vertreter der IG Metall mitwirkten, würdigte der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** die Erfolgsgeschichte des Werks: „Wenn eine international erfolgreiche Marke ihre wichtigsten Produkte in Berlin fertigt, ist das ein starkes Bekenntnis zu unserer Stadt als Industrie-

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt) Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

standort. Seit 100 Jahren ist Gillette in Tempelhof zu Hause, hier verbinden sich industrielle Erfahrung, hochqualifizierte Arbeitsplätze und modernste Produktionstechnologien. Gillette zeigt damit eindrucksvoll: Berlin kann Spitzenproduktion."



Werkleiter Mehmet Cekic: „Unser Erfolg im Werk über so lange Zeit baut darauf auf, dass wir immer die besten Klingen für die besten Rasierer produzieren. Unser starkes Team sorgt dafür, dass wir technologisch führend sind. Darauf sind wir sehr stolz: Aus Berlin kommt die höchste Qualität für Anwenderinnen und Anwender auf der ganzen Welt. Damit das so bleibt, setzen wir vor

allem auf die Weiterentwicklung unserer Mitarbeitenden und ihrer hohen Kompetenz."

Astrid Teckentrup, Vorsitzende der Geschäftsführung von Procter & Gamble in

Deutschland: „Rund 50 Prozent der in Deutschland vertriebenen Marken und Produkte von P&G sind „Made in Germany“. In den vergangenen fünf Jahren haben wir rund eine Viertel Milliarde Euro pro Jahr in unsere deutschen Standorte investiert und Berlin mit den High Tech-Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Werk von Gillette spielt dabei eine ganz wichtige Rolle."



Automatisierung und 4-Tage-Woche: Die Produktion der Zukunft in Berlin-Tempelhof

Eine wichtige Errungenschaft der jüngeren Standortentwicklung ist die im Juli 2024 eingeführte persönliche 4-Tage-Woche mit autonomer Nachtschicht. Dieses innovative Arbeitsmodell basiert auf 10-Stunden-Tagesschichten - in einem vierstündigen Nachtfenster läuft das Werk weitgehend autonom und wird durch ein kleines Team beaufsichtigt. Das Modell wurde gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelt, wird von der Belegschaft sehr positiv beurteilt und stärkt deutlich die Attraktivität, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Werks.

Für meine ersten Rasuren verwendete ich Rotbart-Klingen. Die Marke „Rotbart“ gehörte zur Roth-Büchner AG mit Sitz in Berlin-Tempelhof und wurde vor 100 Jahren von Gillette übernommen. Alle Innovationen von Gillette habe ich mitgemacht und konnte mir immer nicht vorstellen, dass es noch besser geht. Die Anzahl der Klingen hat sich vervielfacht, aber mehr als fünf gehen nun wirklich nicht, oder?



Fotos: Ed Koch

2006 eroberte der **Fusion Power** die Welt. Und danach ging es immer weiter. 2025 erfolgte der nächste Meilenstein in der Berliner Werksgeschichte, die Aufnahme der Produktion der **Gillette-Labs** Klingen. Bis zu 50 Prozent langlebiger als andere Gillette Klingen. Schärfste Klingen: Die vier oberen ultrascharfen PRO-Klingen schneiden mit bis zu 10 Prozent weniger Kraftaufwand. Die untere Klinge mit verstärkter DLC-Beschichtung reduziert Hautirritationen und Rasur Verletzungen.

Und was noch? Die **EverGlide™** Technologie: Der verbesserte Gleitstreifen mit hochwertigen, feuchtigkeitspendenden Materialien reduziert die Reibung zwischen Haut und Klingen für ultimativen Rasur Komfort. Der Bart allein reicht Gillette nicht aus, es gibt auch noch an anderen Stellen Haare, die vielleicht stören: Und dafür wurden die Klingen für eine weitere Produktinnovation - die GilletteLabs BODY + INTIMATE Rasierer - entwickelt, die ebenfalls in Berlin produziert werden. Der speziell für den Körper entwickelte Rasierer bietet Gillettes sicherste Körperrasur dank 3-fach Schutzsystem und innovativem Griff für maximale Kontrolle.

Bleibt zu hoffen, dass auch für die nächsten Jahrzehnte das Tempelhofer Werk für gut rasierte Menschen in der ganzen Welt sorgt.

Ed Koch

paperpress newsletter

Nr. 562-04

5. Februar 2019

44. Jahrgang

Für den sensiblen Mann

Diesen Artikel können auch Frauen lesen. Ja, meine Damen, wir Männer sind sensible Wesen. Jedenfalls, wenn es um unsere Gesichtshaut geht. Mögen Sie wirklich Kerle mit Bart? Ist nicht ein glatt rasierter Mann viel schöner anzusehen als mit dem ganzen Sauerkraut im Gesicht?

Bis ein Mann namens King Camp Gillette 1895 die Einwegrasierklinge erfand, war das Entfernen des Gesichtshaars oft eine blutige Angelegenheit mit einem scharfen Rasiermesser, das andauernd nachgeschärft werden musste. 1903 ging Gilletts Rasierklinge in Produktion. Rasierhobel hieß das Teil, in das die Klinge eingelegt wurde. Auch damit gab es viele Möglichkeiten, sich zu verletzen. Da sahen morgens viele Männer oft so aus, als hätten sie Fröhnsport mit ihrer Katze getrieben. Inzwischen hat sich sehr viel verändert. Gillette steckte und steckt Millionen in Forschung und Entwicklung. Der Autor dieses Beitrages kann für sich in Anspruch nehmen, Zeitzeuge der Entwicklung seit rund 55 Jahren zu sein, als er die ersten Barthaare nicht cool, sondern als lästig empfand. Mit dem besagten Rasierhobel ging es los.

1971 hieß das neue Modell GII, klang wie ein Düsenjäger, und hatte zwei fest im Rasierkopf verankerte Klingen. Ab 1990 federte der Rasierkopf, was die Rasur erleichterte. 1998 reichten zwei Klingen nicht mehr aus, eine dritte kam hinzu. MACH3 hieß jetzt das Teil. Die nochmals verbesserte Version MACH3turbo erschien 2003. Nur ein Jahr später heißt es beim Rasieren, frei nach dem Song der Beach Boys, „Good Vibrations“. Der M3Power funktioniert Batterieverstärkt. Mit leisem Summen geht's ab jetzt über die Bartstopplern. Da der ewige Konkurrent von Gillette, Wilkinson, seinen Rasierkopf auf vier Klingen aufrüstete, ließ sich Gillette nicht lange lumpen und brachte 2006 den Fusion und den Fusion Power (mit Batterie) auf den Markt, der jetzt über fünf Klingen verfügte, plus einer auf der Rückseite zum Trimmen beispielsweise von Koteletten.



Der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit gab im September 2006 im Gillette-Werk in Tempelhof den Startschuss zur Markteinführung des Fusion in Deutschland.

Mehr Klingen gab es danach nicht, aber Weiterentwicklungen, die die Rasur immer angenehmer machten. Gillette Fusion5 ProGlide und Proshield Flexball Power, heißen die aktuellen Modelle.

Was kommt nun, fragt man sich, daran gewöhnt, dass den Forschern bei Gillette immer wieder etwas Neues einfällt.



An derselben Stelle, an der Klaus Wowereit 2006 den Fusion vorstellte, präsentierte die Gillette-Crew dem heutigen Regierenden Bürgermeister Michael Müller und Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler den „SkinGuard“.



An Ort und Stelle konnte man den neuen Rasierer sofort ausprobieren, was unser Kollege Peter Martin hier zumindest andeutet. Was ist nun das Besondere am SkinGuard? Zuerst Verwunderung. Nur noch zwei Klingen, keine Batterie, keine Vibration. Ein Rückschritt? Nein, versichern die Entwickler. Denn der SkinGuard ist der erste Rasierer, der speziell für Männer mit empfindlicher Haut und Hautirritationen entwickelt wurde. Der SkinGuard befindet sich zum Schutz der Haut zwischen den Klingen. „Einem Ziehen und Reißen der Haare wird durch das leichte Anheben der Klingen vorgebeugt, wodurch Hautirritationen und eingewachsene Haare vermieden werden.“ Auf der Rückseite befindet sich wieder ein Präzisions-trimmer für schwer erreichbare Stellen und zum Stylen im Gesicht.

Der Selbstversuch

Heute Morgen habe ich natürlich den SkinGuard ausprobiert und muss sagen, sehr zufrieden zu sein. Er liegt gut in der Hand und ist wegen der fehlenden

1

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
Der Newsletter erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Monatlich erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert vom Pflieg Druckcenter Berlin – www.druckcenter-berlin.de
Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe – ausgenommen sind Fotos und Abbildungen, an denen paperpress keine Rechte hat.

paperpress newsletter

Nr. 562-04

5. Februar 2019

44. Jahrgang

Batterie, die den Rumpf zwangsläufig vergrößert, schmaler. Er gleitet zügig über die Bartstoppen, und wenn man es nicht wüsste, glaubte man nicht, dass sich zwei Klingen im Rasierkopf befinden. Nach dem ersten Ausprobieren also eine Eins Plus.



Was allerdings wesentlich zum hautschonenden Erfolg einer Rasur beiträgt, ist der Rasierschaum. Natürlich hat Gillette dazu einen passenden Schaum bzw. ein Gel entwickelt. Ich nutze seit vielen Jahren den

sensitive Rasierschaum von Nivea und werde das aus Gewohnheit und weil ich immer damit zufrieden war, weithin tun. Besonders wichtig ist die Behandlung der Haut nach der Rasur. Es hat wenig Sinn, sich mit sensitive Schaum und Rasierern zu behandeln, wenn man sich anschließend ein scharfes Rasierwasser ins Gesicht reibt. Dann kommen sie wieder ans Tageslicht, die roten Flecken. Geheimtipp, der meiner Gesichtshaut seit vielen Jahrzehnten guttut: Nivea-Creme, die klassische. Besser geht's nicht. Noch eine gute Nachricht nach dieser Produktinformation. Wenn man mit seinem Fusion zufrieden ist und die Haut keine Probleme anzeigt, braucht man nicht zwangsläufig auf den SkinGuard umsteigen. Man kann die vorhandenen Rasierklingen getrost aufbrauchen. Wenn dann jedoch eine Neuanschaffung ins Haus steht, wäre der SkinGuard eine Option. Er kostet knappe zwölf Euro einschließlich zwei Klingen.

Der wirtschaftliche Aspekt für Berlin

Jean-Gabriel Duveau, der Marketingleiter von Gillette, wies auf weitere Besonderheiten des neuen Rasierers hin, nicht nur, dass das technologische Konzept von SkinGuard „die schärfsten Rasierklingen der Welt“ in sich trägt, sondern dass das Produkt in Berlin hergestellt wird. SkinGuard ist getreu dem neuen Werbemotto von Gillette „Made in Berlin“, genauer gesagt, „Made in Tempelhof.“

Wie bekannt, gehört Gillette seit 2005 zum US-Konzern Procter & Gamble. Nach der Vorstellung des neuen Rasierers bestand die Möglichkeit zu einer Werksbesichtigung in Tempelhof. Anschließend sagte Michael Müller, selbst bekennender Nutzer von Gillette Rasierern: „Ich freue mich, dass Procter und Gamble mit der Entscheidung, seine neue Produktlinie SkinGuard im Tempelhofer Gillette-Werk fertigen zu lassen, eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen sichert. Diese Entscheidung ist eine gute

Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft des gesamten Berliner Standortes.“



Foto: Michael Müller und Angelika Schöttler beim Werksrundgang.

Angelika Schöttler gab nach dem Rundgang die Perspektive für den Bezirk wieder: „Ich bin stolz, dass wir im Bezirk Tempelhof-Schöneberg auch zukünftig die Produktionsstätte für GillettePremiumprodukte haben werden. P&G ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie ein Unternehmen konstruktiv und erfolgreich an seiner Wettbewerbsfähigkeit arbeitet und in jeder Hinsicht fit ist für zukünftige Herausforderungen. Mich freut besonders, dass wir hier eine integrierte Strategie präsentiert bekommen haben, die auch Start-UpKooperationen und die gezielte Ausbildung von Mitarbeiter/innen berücksichtigt.“



Auch der Werksleiter Stefan Brünner äußerte sich: „Wir freuen uns über die bestätigenden Einschätzungen der Bürgermeister nach ihrem Besuch im Werk. Wie im konstruktiv verhandelten Zukunftstarifvertrag aus dem vergangenen Jahr vereinbart, investiert Gillette in Innovation und Zukunftsfähigkeit der Produktion und des Teams. Heute konnten wir besichtigen, wie in Tempelhof die einzigartige Präzisionsqualität 'Made in Berlin' entsteht, mit dem wir als Berliner Team zum internationalen Erfolg der Marke Gillette beitragen. Berliner Start-Up-Kooperationen und unser Ausbildungsprogramm Richtung Industrie 4.0 helfen uns dabei, diese Stärke und unsere Marktposition auszubauen - auch im verschärften Wettbewerb und im beschleunigten digitalen Wandel der

paperpress newsletter

Nr. 562-04

5. Februar 2019

44. Jahrgang

industriellen Produktion. Gillette setzt auf Hightech in und aus Berlin."

Und zum Schluss ein Blick in die Geschichte.

Gillette produziert seit mehr als 80 Jahren in Berlin-Tempelhof. Das Team im Werk repräsentiert 14 Nationalitäten und stellt mit seiner einzigartigen Expertise und innovativer, integrierter Fertigungstechnologie die weltweit schärfsten Klingen für die Premium-Rasierer von Gillette her: Fusion, Venus, Mach3 Start und jetzt auch SkinGuard. Gillette investiert in den kommenden Jahren weiter in die Ausstattung des Berliner Werks, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und in digitale Kooperationen mit Berliner Start-Ups.

Über Gillette

Seit über 110 Jahren liefert Gillette Präzisionstechnologie und konkurrenzlose Produktleistung – die Lebensqualität von über 750 Millionen Männern auf der ganzen Welt wird verbessert. Von Rasierern und Körperpflege bis hin zu Hautpflege bietet Gillette weltweit eine große Auswahl an Produkten, darunter Rasierer, Rasiergel (Gele, Schäume und Cremes), Hautpflege und Aftershave.

Über Procter & Gamble

Procter & Gamble (P&G) bietet Verbrauchern auf der ganzen Welt eines der stärksten Portfolios mit qualitativ hochwertigen und führenden Marken wie zum Beispiel Always, Ariel, Bounty, Fairy, Febreze, Head&Shoulders, Lenor, Oral-B, Pampers und Wick. P&G ist weltweit in 70 Ländern tätig.

Die Gründerväter

King Camp Gillette (1855-1932) war ein amerikanischer Erfinder, der für die Erfindung der Einwegrasierklinge bekannt ist. King Gillette war viele Jahre als Handelsreisender unterwegs. Im Alter von 40 Jahren war es ein spontaner Einfall bei der morgendlichen Rasur: Er skizzierte einen Rasierhobel mit einer Klinge, die man nicht zu schleifen brauchte. Dabei verwendete er ein dünnes Stück Stahl, das auf beiden Seiten geschliffen ist und einmal gewendet werden kann, um es anschließend wegzwerfen und ein Neues zu kaufen. Gillette hatte sich einen Wegwerfartikel des täglichen Gebrauchs ausgedacht. Es dauerte noch weitere sechs Jahre, bis er 1901 einen Partner gefunden hatte, der in der Lage war, die von ihm erdachten Rasierklingen herzustellen. Im selben Jahr gründete er The Gillette Company, die im Jahr 1903 die Produktion aufnahm. Im ersten Jahr wurden 168 Klingen verkauft, im Jahr darauf waren es bereits rund 90.000 Rasierer sowie 123.000 Klingen. 1917 gab die US-Regierung mit einer Bestellung von 36 Millionen Rasierklingen für die im Ersten Welt-

krieg kämpfenden US-Soldaten dem Unternehmen Auftrieb.

The Gillette Company war ein multinationales Unternehmen mit Sitz in Boston im US-Bundesstaat Massachusetts. Die Gesellschaft produzierte Rasierapparate, elektrische Geräte (Braun), Zahnpflegeprodukte (Oral-B) und Batterien (Duracell, Daimon). Im Bereich von Rasierzubehör war das Unternehmen und ihre Marke Weltmarktführer. Das Unternehmen Gillette, das 2004 nach Schätzungen einen Umsatz von 10,3 Milliarden US-Dollar und dabei einen Gewinn von 2,3 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet hatte, beschäftigte im selben Zeitraum weltweit etwa 29.000 Mitarbeiter. Am 1. Oktober 2005 wurde Gillette von Procter & Gamble übernommen, als Marke jedoch weitergeführt. In Deutschland gründete Otto Roth 1913 in Berlin-Tempelhof die Otto Roth Spezialfabrik für Rasier-Apparate, Rasierklingen, Abziehmaschinen, aus der später die Gillette Roth-Büchner GmbH und 1973 die Gillette Deutschland GmbH wurde. Die Verwaltungs- und Produktionsstätten befinden sich noch heute am ursprünglichen Standort in der Oberlandstraße in Tempelhof.

Procter & Gamble wurde 1837 von zwei Auswanderern aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland in den Vereinigten Staaten von Amerika gegründet. Namentlich waren dies der englische Kerzenzieher William Procter (1801–1884) und sein Schwager, der irische Seifensieder James Gamble (1803–1891). Das Unternehmen hat sich seit seiner Gründung unter anderem durch Entwicklungen im Konsumgütermarkt einen Namen gemacht und hat immer wieder neue Wege im Marketing beschritten. Besonderes Kennzeichen ist das ausschließlich an den einzelnen Marken orientierte Marketing, während der Konzern und sein Name meist im Hintergrund bleiben. Procter & Gamble gilt daher auch als Pionier des Markenmanagements. Die konsequente Nutzung der Fernsehwerbung und besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Radiowerbung geht ebenfalls auf P&G zurück. Unter anderem basiert auch der Begriff Seifenoper auf der Kommunikationsstrategie von P&G, ab den 1930er Jahren Radioshows zu sponsern bzw. selbst zu produzieren. Das Unternehmen erwirtschaftete mit etwa 110.000 Mitarbeitern im Geschäftsjahr 2014/2015 einen Nettogewinn von 7,0 Milliarden US-Dollar bei einem Umsatz von 76,3 Milliarden US-Dollar.

Wenn das alles die Herren Gillette, Procter und Gamble noch erlebt hätten.

Ed Koch

Quellen: P&G, Wikipedia – Fotos: Ed Koch, Lothar Duclos (2006)

Wirtschaftsstandort Tempelhof

Eine scharfe Sache Der Gillette Fusion



Bettina Rust führte durchs Programm bei der Präsentation des neuen Superrasierers von Gillette im Tempelhofer Werk. Sie wollte von Klaus Wowerit wissen, wie es denn beim ersten Mal gewesen sei. Natürlich meinte sie seine erste Rasur.



Wowerit konnte sich zwar an seine erste Rasur nicht erinnern, aber an die mit dem neuen Fusion, den es auch als Power-Version mit Batteriebetrieb gibt. Lange bevor dieser Superrasierer mit 5 + 1 Klingen in Deutschland startete, rasierte sich Klaus Wowerit schon mit dem Gerät. paperpress Herausgeber Ed Koch (2.v.l.) hatte von seiner USA-Reise im März ein paar Exemplare mitgebracht und Klaus Wowerit einen überlassen. Der zeigte sich sichtlich zufrieden gegenüber Dr. Gero Wiese (2.v.r.), dem Chef des Berliner Werkes, und Matthias Becker, dem Gillette-Chef von Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Am 25. August wurde aber nicht nur der neue Rasierer vorgestellt, sondern auch eine neue Produktionshalle in Tempelhof in Betrieb genommen.



Klaus Wowerit drückte den roten Knopf und startete damit die Produktion. Neben ihm, Gero Wiese und Matthias Becker war auch Marketing-Direktor Dirk Heinzl (rechts) dabei. Was ist nun das Besondere an dem neuen Rasiergerät, das nicht nur sehr schick aussieht, gut in der Hand liegt und für eine perfekte Rasur sorgt? 1971 präsentierte

Gillette den Gil mit Doppelklingen. 1990 werden die Doppelklingen federn gelagert, was die Rasur besonders komfortabel macht. 1999 kommt der Sprung zur dritten Klinge mit dem MACH3, der 2003 als verbesserte Version MACH3Turbo erscheint. 2004 dann der M3Power. Jetzt beginnt die Ära der Vibration. Inzwischen hat der Konkurrent Wilkinson mit einem 4-Klingen-Rasierer nachgezogen. Bei Gillette arbeiten die Entwickler auf Hochtönen und präsentieren 2006 den Fusion und den FusionPower mit dem Vibrationseffekt.

Der Fusion Power ist der erste Nassrasierer, der den Komfort von fünf Klingen mit der Präzision von einer Klinge kombiniert. Er ist batteriebetrieben und erzeugt sanfte Micro-Impulse – für Power auf Knopfdruck.



Auf der Vorderseite des Rasierkopfs sind fünf Klingen besonders eng angeordnet und bilden so eine Rasieroberfläche. Dadurch wird der Druck reduziert und verteilt sich gleichmäßig auf der Haut. Das Ergebnis ist eine besonders schonende und komfortable Rasur. Ein patentiertes Reinigungsprinzip erleichtert das Ausspülen der Rasierklingen.



Mit einer einzelnen zusätzlichen Klinge auf der Rückseite des Rasierkopfs lassen sich ganz einfach und präzise Koteletten schneiden, Haare unter der Nase rasieren oder Bartkonturen stylen.



Die fünf Klingen sind mit einer gleichmäßig dünnen Telomer-Beschichtung versehen. Das ist die fortschrittlichste Beschichtung, die Gillette je entwickelt hat – für eine unglaublich sanfte und gründliche Rasur. Der

Indicator Lubrastrip wurde optimiert. Bei jeder Rasur verlässt nicht mehr lediglich ein Streifen des Lubrastrips allmählich von grün zu weiß, sondern der gesamte Lubrastrip. Daran erkennt der Anwender, dass die Rasierleistung der Klingen nicht mehr optimal ist und der Rasierkopf ausgewechselt werden muss. Der verbesserte Indicator Lubrastrip enthält zusätzlich zu Vitamin E und Aloe Vera natürliche Öle.

15 Lamellen passen sich optimal an die Gesichtskonturen an, damit die Rasieroberfläche noch gründlicher und sanfter rasieren kann. Der Griff ist so konstruiert, dass sich der Rasierer einfach wenden lässt. So kann man(n) die Spitzen-Technologie auf beiden Seiten des Rasierkopfs optimal nutzen. Der Griff hat ein optimiertes Gummiprofil, wodurch der Rasierer besonders sicher in der Hand liegt – auch bei der Rasur gegen den Strich. Zusätzlich befindet sich ein rutschfester Gummipad auf der Rückseite des Griffs. Dieser bietet eine perfekte Fingerstütze beim Einsatz der Präzisions-Trimmklinge. Ein Mikrochip im Griff des Rasierers bietet drei Funktionen: Der automatische Abschaltmechanismus schaltet den Rasierer nach acht Minuten Dauerbetrieb aus. Die Batteriekontrollleuchte zeigt an, wann die Batterie gewechselt werden muss und der Spannungsverteiler sorgt für eine gleich bleibende Rasierleistung.

Der Fusion Power kostet 14,99 € mit einer Klinge. Ersatzklingen kosten 15,99 € (4er Pack) und 29,99 € (8er Pack). Der Fusion mit zwei Klingen 11,99 €, 13,99 € (4er Pack) und 25,99 € (8er Pack).

Natürlich verlosen wir auch wieder etwas: Einen Rasierer M3Power Nitro und einen Fusion Power. Es muss nur eine kleine Frage beantwortet werden: Was hat es mit dem Firmennamen Gillette auf sich? Wer die Antwort weiß, sende Sie bitte per Postkarte an: Postfach 424003, 12082 Berlin, oder per Fax: 701 786 41, oder per E-Mail: post@paperpress.org – Der Rechtsweg ist ausgeschlossen – gehen mehrere richtige Antworten ein, entscheidet das Los. Einsendeschluss ist der 9. Oktober 2006.

Diesmal belässt es Gillette nicht dabei, nur einen neuen Rasierer anzubieten.



Eine ganze Pflegepalette im blau-orangen Fusion Design gibt es dazu. Drei neue Rasiergels werden angeboten: „Empfindliche Haut“ mit Aloe Vera & Vitamin E, „Belebende Pflege“ mit Aloe Vera & Kakabutter und „Hautschutz“ mit Aloe Vera & Glycerin. Abgerundet wird die Rasur mit den neuen After Shave Produkten HydraSoothe Balsam oder dem kühlenden HydraCool. Beide ziehen schnell ein, fetten nicht und hinterlassen ein angenehm gepflegtes Gefühl auf der Haut. Na dann viel Spaß bei der Rasur.

Fotos: Lothar Duobos (4), Gillette (3)

23) Europäer. Von Ed Koch



50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-2617. September 202651. Jahrgang

Europäer

Die Europäische Union ist das Beste, was auf diesem von jahrhundertelangen Kriegen gebeutelten Kontinent entstanden ist. 27 souveräne, demokratische Staaten unter einen Hut zu bekommen, ist sehr schwierig, funktioniert nicht immer, aber manchmal doch. Der Verlust von Großbritannien aufgrund einer von Lügen basierten Propaganda, schmerzt bis heute. Großbritannien gehört zu Europa.

Gestern hielt **Ursula von der Leyen** die jährliche Rede zur Lage der Union. Fazit: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Erschreckend sind allerdings die Aussagen der Abgeordneten, die Europa ablehnen und von innen heraus dieses Bündnis zersetzen wollen. Äußerst erfreulich war die Anwesenheit des kanadischen Premierministers **Mark Carney**. Kanada soll assoziiertes EU-Mitglied werden. Das ist ein kräftiges Zeichen in Richtung USA, dessen Präsident dabei ist, alles zu zerstören, worauf dieses Land in 250 Jahren Demokratie stolz sein konnte.



Während im **rbb** die Spitzenkandidaten zur Berlin-Wahl am Sonntag zum gefühlten hundertsten Male ihre Meinungen und Konzepte präsentierten, verbrachte ich lieber mit rund 50 weiteren Europäern, einen interessanten Abend in **Michael Müllers** Setzerei, in die er **Jean Asselborn** eingeladen hatte. Von 2004 bis 2023 erklärte er uns in zahllosen Interviews als Außenminister Luxemburgs Europa. Kein anderer Politiker wurde so oft interviewt, was vor allem daran lag, dass er Klartext redete und nicht wie seine Kollegen die Seminarreihe „Phrasen für den politischen Alltag“ besucht hatte.

Über die europafeindlichen, inzwischen abgewählten Ministerpräsidenten von Ungarn und der Tschechischen Republik hatte Asselborn eine klare Haltung,

die er nie verschwieg. Es war immer ein Erkenntnisgewinn, ihm zuzuhören. Auch gestern, als er und **Michael Müller** alle Themen der Zeit besprachen.



v.l.: Jean Asselborn, Michael Müller, Willy Brandt.

Die zweiten zehn Jahre seiner Amtszeit war Asselborn in Personalunion auch Minister für Immigration und Asyl. Natürlich ist auch er der Meinung, dass wir wissen müssen, wer in die Union einreisen will, das Asylrecht ist für ihn aber nicht verhandelbar. „Nicht jeder Flüchtling ist ein potenzieller Terrorist.“



Jean Asselborn und die Botschafterin Luxemburgs Sylvie Lucas, die sich die Veranstaltung nicht entgehen ließ.

Alle Fotos: Ed Koch

Große Sorgen macht sich **Jean Asselborn** um das deutsch-französische Verhältnis, das noch schwieriger werden würde, wenn im nächsten Jahr die Franzosen einen rechtsextremen Präsidenten wählen. Frankreich ist die einzige Atommacht in der EU. Allein deshalb muss die Zusammenarbeit besser werden. Dass es allerdings eine europäische Armee geben wird, schließt auch **Michael Müller** aus. Der große Bogen in der Diskussion, an der sich auch die Besucher rege beteiligten, überspannte natürlich auch Sachsen-Anhalt und die bevorstehenden Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Der eigentlich Anlass des Besuchs in der Setzerei war sein Buch „Die Tour seines Lebens“, eine spannende und unterhaltsame Reisereportage, ein feinfühliges Porträt und zugleich ein Dokument der Zeitgeschichte:

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierieg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Keilmann stlbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

50 paperpress

seit 1976

Nr. 653-26

17. September 2026

51. Jahrgang



Michael Merten hat den langjährigen Luxemburger Außenminister und passionierten Radfahrer Jean Asselborn 1.000 Kilometer quer durch Frankreich begleitet. Der Politjournalist zeichnet das bewegte Leben eines Mannes nach, der in fast zwei Jahrzehnten als Chefdiplomat die europäische Politik geprägt und leidenschaftlich für eine EU gekämpft hat, die ihre humanitären Wurzeln nicht vergisst.



Unter den Gästen der Veranstaltung befand sich auch ein anderer wichtiger Europa-Erklärer, der langjährige Brüssel-Korrespondent **Rolf-Dieter Krause**. Von 2001 bis 2016 war er Leiter des ARD-Studios in Brüssel. Auch wenn das inzwischen schon zehn Jahre her ist, erinnert man sich gern an seine fundierten Analysen,

vorgetragen mit seiner unverwechselbaren Stimme. Menschen wie Asselborn und Krause haben uns Europa nähergebracht. Sie fehlen, auch wenn sich ihre Nachfolger redlich bemühen. Krauses Expertise ist immer noch gefragt, wie bei „hart, aber fair“ oder im Presseclub der ARD.

Ed Koch

In der Setzerei geht's am Samstag, dem 19. September 2026, von 15:00 bis 16:30 Uhr gleich weiter mit einem Thema, das alle Regionen in Europa betrifft: **Stadtentwicklung und Wohnungsbau.**



Zu Gast ist **Michael Ludwig**, seit 2018 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

Kurzfristige Anmeldungen bitte an:
info@die-setzerei.de

Foto: C. Stadler/Bwag

24) Ist es Wahlkampf, oder was? Von Ed Koch

50

paperpress

seit 1976

Nr. 653-22

15. September 2026

51. Jahrgang

Ist es Wahlkampf, oder was?

Wenn **Stefan Evers** heute mit **Bettina Jarasch** bei der *Berlin Hyp AG* über das *Tempelhofer Feld* diskutiert, ist das Wahlkampf, was sonst? Wenn er am Mittwoch die Gedenkstätte *Hohenschönhausen* besucht, und die Presse dazu einlädt, ist es ein Termin des Kultursenators, der mit Wahlkampf nichts zu tun hat. Rein zufällig findet der Besuch fünf Tag vor der Wahl statt. Auch der Besuch der *Manufaktur Auerbach* oder die Besichtigung „der größten Baustelle Berlins mit *GROPYUS*“ hat nichts mit der Wahl am 20. September zu tun.

So konnte sich der SPD-Vorsitzende **Steffen Krach** gestern sicher sein, dass sein Besuch mit Verteidigungsminister **Boris Pistorius** des *Resilience Technology Campus* in Mariendorf niemand für einen Wahlkampftermin halten würde. Ohnehin waren nur Journalisten eingeladen. Worum es im Marienpark geht, erfahren Sie unter diesem Link und in dem Kästchen näher erklärt:
<https://marienpark.berlin/>

Die Welt verändert sich und mit ihr die Anforderungen an unsere Sicherheit. Unsicherheit ist keine Ausnahme mehr, sondern Teil einer neuen Realität. Resilienz bedeutet: handlungsfähig bleiben, wenn Stabilität nicht mehr selbstverständlich ist.

Der Marienpark Berlin ist der Ort, an dem die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gestärkt wird: von Sicherheit und Verteidigung, über den Schutz Kritischer Infrastrukturen bis hin zu Lösungen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und den Katastrophenschutz.

Dafür entsteht ein missionsorientiertes Ökosystem, das Unternehmertum gezielt fördert und Wirtschaft, Wissenschaft sowie öffentliche Akteure an einem Ort zusammenbringt. Das Ziel: Wissen und Technologie schneller dorthin bringen, wo sie gebraucht werden.

Möglich wird das durch besonders gehärtete Infrastruktur. Von sicheren Rechenzentren und Laboren bis hin zu besonders geschützten Entwicklungs- und Produktionsflächen. Eine Umgebung, die für Entwicklung von sensiblen Technologien ausgelegt ist. Hier können Innovationen nicht nur entwickelt, sondern unter realen Bedingungen erprobt und validiert werden.

Hoch komplexe Themen, die in einer Zeit zunehmender innerer und äußerer Bedrohung relevant sind, und von einer Reihe von Start-ups in Mariendorf erforscht werden. **Boris Pistorius** und **Steffen Krach**, die beide schon zum Thema Sicherheit in Niedersachsen zusammengearbeitet haben, der eine als Innenminister, der andere als Regionspräsident

von Hannover, ließen sich informieren, zum Beispiel über ein Thema, das immer größere Bedeutung erlangt, Drohnen.



Wie wir wissen, lassen sich diese unbemannten Flugobjekte, die es in allen Größen gibt, sowohl nutzbringend zivil als auch als zerstörerische Waffen einsetzen. Sie können die Silhouette des World Trade Centers wieder sichtbar machen, oder Menschen töten.



Boris Pistorius und **Steffen Krach** mit den Teams des RTC, des Marienparks und der Start-ups.



Vor dem Modell des Marienparks.

Die Möglichkeit, im Marienpark Dinge zu entwickeln, scheinen unbegrenzt zu sein, sagte Pistorius und sprach von einem *Juwel*, das Berlin hier hätte. Es ginge auch um unsere Sicherheit, betonte Krach und wies darauf hin, dass Berlin schon mehrfach angegriffen worden sei. Krach hatte bereits angeregt, analog zum Nationalen Sicherheitsrat, einen Landes-sicherheitsrat einzurichten.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Technologie, Arbeitsmarkt und Wirtschaft müssen enger zusammengebracht werden, sagte Pistorius. Man müsse offen sein für technologische Entwicklungen und keine Angst vor KI haben. Es werde immer nur darüber gesprochen, was in diesem Land nicht oder vermeintlich nicht funktioniert, anstatt darauf zu schauen, was wir technologisch draufhaben. „Wir haben nach wie vor die besten Ingenieure der Welt und tolle Start-up-Gründer.“, so der Verteidigungsminister. „Wir haben eine immer besser werdende Verbindung von Kapital und Start-ups. Die Bedingungen in Deutschland sind so gut, dass wir gelegentlich auch mal wieder mit guter Laune aufstehen könnten.“

Auf die Frage eines Journalisten, warum seine Beliebtheitswerte nicht auf seine Partei einzahlen, sagte Pistorius, dass er nicht einmal wisse, warum er der beliebteste Politiker ist.

„Wir brauchen eine positive Wirtschaftsentwicklung, um investieren zu können.“, sagte **Steffen Krach**. „Zum Beispiel in Kultur und Wissenschaft. Wenn wir unsere Einnahmesituation nicht verbessern, werden wir in der Zukunft nicht investieren können.“ Krach möchte für die Wirtschaft den Roten Teppich ausrollen. Alle Unternehmen seien willkommen. „Das unterscheidet uns möglicherweise auch von anderen Parteien.“

Dass dieser Pressebesuch im Marienpark nicht zu Ende gehen konnte, ohne dass nicht wenigstens ein Journalist die aktuelle Situation ansprach, in der sich **Steffen Krach** befindet, war vorauszusehen. So wollte ein Redakteur der **Morgenpost** wissen, wie Pistorius den Fall bewerte. Dass Pistorius das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Hannover nicht bewerten wollte, war keine Überraschung. Pistorius unterstrich, dass er Krach vertraue. Er gehe davon aus, dass es am Ende kein Ergebnis geben werde, dass ihn belastet.

Es vergeht kein Tag, an dem die Hauptstadtspresse meint, nicht wieder irgendetwas „Neues“ zum „Fall“ berichten zu müssen. Krach werden Fragen zugesandt, und wenn er diese nicht sofort beantwortet,

heißt es vorwurfsvoll, dass es noch keine Antwort von ihm gebe. Könnte es sein, dass man über Antworten auf Presseanfragen erst einmal nachdenken möchte. Und wäre es nicht sinnvoller, erst einmal die Untersuchungsergebnisse der Staatsanwaltschaft abzuwarten, anstatt jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf zu treiben? Niemand, ausgenommen die Journalisten, interessiert sich für den Fall.

Völlig unabhängig davon, was am Ende herauskommt, darf doch wohl hinterfragt werden, wie Staatsanwaltschaften mit vermeintlichen Tätern umgehen. Niemand ist zu wünschen, eine Wohnungsdurchsuchung im Beisein seiner Kinder über sich ergehen lassen zu müssen. Der Blick unters Bett der Kinder ist unverschämt. Die Betroffenen werden häufig als Täter, nicht als Verdächtige, für die die Unschuldsvermutung gilt, behandelt. Wie viele Ermittler braucht man, um eine Wohnung zu durchsuchen? Krach zählte acht oder neun.



In so einer Situation tat es sicherlich gut, auch mal in den Arm genommen zu werden. Ich überlasse es Ihnen, diese Bemerkung unjournalistisch zu finden. Journalisten haben sich neutral zu verhalten, dennoch dürfen sie eine Meinung haben. Meine Meinung ist bekannt, ich hätte mir **Steffen Krach** gut als Regierenden Bürgermeister vorstellen können, schließlich ist er der Politiker mit der längsten Regierungserfahrung. Wie es sich mit Amateuren ohne diese Erfahrung verhält, müssen wir jeden Tag ertragen, im Senat und im Bundeskabinett.



Die neueste INSA-Umfrage von gestern sieht CDU und Linke mit jeweils 20 Prozent gleichauf. AfD 18, Grüne 16, SPD 12, BSW fünf Prozent. Wie kann man eine Partei wie das Wagenknecht-Bündnis, das aus Links ausgebrochen ist und nach Rechts tendiert, wählen? Kaum in die Landtage gewählt, lösen sich die Fraktionen wieder auf.

Dass der von mir sehr geschätzte Ex-Linke, jetzt SPD-Abgeordnete **Sebastian Schlüsselburg** für r2g auf seinen Plakate wirbt, zieht mir die Socken aus. Eine Linke mit ungeklärter Antisemitismusfrage ist nicht wählbar.

Ed Koch

Fotos: Uwe Januszewski – Ed Koch

25) Was lange währt. Von Ed Koch

50

paperpress

seit 1976

Nr. 653-21

14. September 2026

51. Jahrgang

Was lange währt



Fot: Ed Koch

2016 war **Michael Müller** Regierender Bürgermeister und **Christian Gaebler** Staatssekretär für Stadtentwicklung. In jenem Jahr begannen die konkreten planerischen Schritte für das Großprojekt „Neue Mitte Tempelhof“. Zehn Jahre später trafen sich beide in der Bezirksmitte zum Spatenstich.

Von 2016 bis 2018 wurden die rechtlich notwendigen vorbereitenden Untersuchungen durchgeführt, um die Mängel im Areal rund um das Rathaus Tempelhof zu analysieren und ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Die wichtigsten Meilensteine der frühen Planungsphase: September 2018: Der Senat von Berlin legt das Gebiet offiziell als Stadumbaugebiet fest. 2019/2020: Durchführung eines kooperativen Werkstattverfahrens, aus dem im September 2020 das städtebauliche Konzept der Architekten Teleinternetcafé und Treibhaus Landschaftsarchitektur als Gewinner hervorging. Juli 2025: Der finale Bebauungsplan wurde festgesetzt, sodass im September 2026 die ersten Spatenstiche für die Wohnbauten erfolgen konnten.

Quelle: Frag den Staat, BauNetz, Entwicklungsstadt

Die Frage, warum alles so lange gedauert hat, blenden wir einfach mal an dieser Stelle aus. Als **Michael Müller** von 1989 bis 1996 Bezirksverordneter in Tempelhof war, wurde schon über das Projekt gesprochen. Ja, gut Ding will Weile haben, nicht nur in Berlin, sondern auch anderswo.

Blicken wir also in die Zukunft. Und diese begann heute in der Götzstraße 20 in Tempelhof mit dem symbolischen Spatenstich für ein Wohnungsbauprojekt der **STADT UND LAND**. Gemeinsam mit dem Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,

Christian Gaebler, der Hauptgeschäftsführerin des GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen), **Ingeborg Esser**, der Bezirksstadträtin **Eva Majewski Sparacino** sowie zahlreichen Projektbeteiligten wurde der Baubeginn für insgesamt 70 Wohnungen gefeiert. Alle Wohnungen sind gefördert und werden nach Fertigstellung an Inhaber eines Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet. Die Fertigstellung ist für Ende 2028 vorgesehen.



Von links: Christian Gaebler, Eva Majewski, Ingeborg Esser, Natascha Klimek, Dr. Christoph Landerer, Ingo Malter.
Foto: STADT UND LAND Marius Schwarz.

Das Neubauvorhaben der STADT UND LAND wird auf Grundlage der GdW-Rahmenvereinbarung „Seriell und Modulares Bauen 2.0“ realisiert. Sie ermöglicht es Wohnungsunternehmen, auf bereits entwickelte und vergaberechtlich geprüfte Planungskonzepte zurückzugreifen. Dadurch können Planungs- und Vergabeprozesse deutlich beschleunigt sowie Kosten stabil gehalten werden, ohne auf Wettbewerb und architektonische Qualität zu verzichten. Mit dem Projekt setzt die STADT UND LAND zugleich ein Zeichen für wirtschaftlichen und bezahlbaren Wohnungsbau in herausfordernden Zeiten. Die Kombination aus innerstädtischer Nachverdichtung, einer langfristig angelegten Quartiersentwicklung und innovativen Beschaffungsmodellen zeigt, wie zusätzlicher Wohnraum schneller und effizienter geschaffen werden kann.

Mit dem Projekt beginnt zugleich die Umsetzung eines zentralen Bausteins der „Neuen Mitte Tempelhof“. Das Stadtentwicklungsgebiet rund um das Rathaus Tempelhof soll in den kommenden Jahren zu einem lebendigen Quartier mit Wohnraum, öffentlichen Einrichtungen, Grünflächen und einer modernen sozialen Infrastruktur weiterentwickelt werden. Insgesamt entstehen dort rund 500 neue Wohnungen.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Christian Gaebler: „Die 'Neue Mitte Tempelhof' ist eines unserer 24 Neuen Stadtquartiere. Über die Stadt verteilt entstehen bezahlbare Wohnungen und damit ein neues Zuhause für insgesamt 130.000 Menschen. Hier in Tempelhof arbeiten der Bezirk, die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND, der GdW und das Land Berlin gemeinsam an einer innerstädtischen Entwicklung. Der Bebauungsplan ist beschlossen, die Fördermittel sind gesichert und durch serielles und modulares Bauen werden wir jetzt schnell die ersten Ergebnisse sehen.“

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND: „Berlin braucht mehr bezahlbare Wohnungen – und als landeseigenes Wohnungsunternehmen ist es unser Auftrag, genau dafür Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Neubau in der Götzstraße wächst nicht nur unser Bestand, sondern auch ein wichtiger Teil der 'Neuen Mitte Tempelhof'. Jeder Spatenstich ist dabei ein sichtbarer Schritt, um zusätzlichen Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen und die Stadt sozial ausgewogen weiterzuentwickeln.“

Natascha Klimek, Geschäftsführerin der STADT UND LAND: „Die STADT UND LAND ist in Tempelhof-Schöneberg seit vielen Jahren als Bestandshalterin und Quartiersentwicklerin präsent. Mit dem Neubau in der Götzstraße übernimmt das Unternehmen nun auch den ersten Wohnungsbau-Baustein der 'Neuen Mitte Tempelhof'. Für uns bedeutet Quartiersentwicklung, neuen Wohnraum so zu planen, dass er langfristig in den eigenen Bestand passt, gut an das Umfeld angebunden ist und einen verlässlichen Beitrag für die Menschen im Bezirk leistet.“

Eva Majewski Sparacino: „Der heutige Spatenstich ist der Startschuss für das wichtigste Entwicklungsprojekt in unserem Bezirk. Wir bauen einen neuen Kiez in der Stadt. Hier entsteht neuer, dringend benötigter Wohnraum dank der STADT UND LAND. Es wird ein toller Kiez, der Wohnen, Kultur, Jugendarbeit und so viel mehr verbindet. Ich bin stolz, dass uns diese Stadtentwicklung so gelingt!“

Ingeborg Esser: „Der heutige Auftakt für die 'Neue Mitte Tempelhof' zeigt, worum es bei der Rahmenvereinbarung 'Seriell und Modulares Bauen 2.0' geht: innovative Vorfertigung, verlässliche Prozesse und anspruchsvoller Städtebau zusammenzubringen. Genau solche Projekte brauchen wir, wenn wir den Wohnungsmangel in unseren Städten wirksam angehen wollen.“ *Quelle: STADT UND LAND Stöbe Kommunikation*

Darüber, wie lange es dauern wird, bis die „Neue Mitte Tempelhof“ komplett fertig gestellt ist, spekulieren wir an dieser Stelle lieber nicht.“ **Ed Koch**

26) Endspurt. Von Ed Koch



Nr. 653-20

14. September 2026

51. Jahrgang

Endspurt

Diese Woche hats in sich. Mitleid mit den Wahlkämpfern, vor allem den Spitzenkandidaten, muss man nicht haben. Augen auf bei der Berufswahl. Einerseits. Andererseits können wir Demokraten froh sein, dass sich überhaupt noch jemand bereiterklärt, für politische Ämter zu kandidieren. Denn ohne Politiker würde ein demokratischer Staat nicht funktionieren können. Und es ist billig zu sagen, dass der Staat nicht wegen, sondern trotz der Politiker funktioniert.

In den vielen Jahrzehnten, die der Autor dieses Beitrages die deutsche, vor allem die Berliner Politik, beobachtet, und dreißig Jahre zwischendrin aktiv begleitet hat, kann er guten Gewissens sagen, dass es sehr viele engagierte, emphatische und anständige Menschen gibt, die das politische System am Laufen halten. Es ist mehr als eine Floskel, wenn sich jemand für das Gemeinwesen, wozu die Politik gehört, einsetzt, und sagt, dass er damit der Gesellschaft etwas zurückgeben möchte. In einer Zeit, in der jeder nur an sich selbst zu denken scheint, gibt es zum Glück Menschen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen.

Die Art und Weise, wie teilweise mit Politikern umgegangen wird, ist unter aller Sau. Selbst mit dem dicken Hintern nicht hochkommen und sich kümmern, aber diejenigen, die es tun, zu beschimpfen, ist widerlich. Jeder denkt nur in seiner eigenen Blase und hat keine Lust, über den sprichwörtlichen Tellerand hinauszuschauen. Wenn jeder an sich selbst denkt, ist natürlich an alle gedacht. So einfach ist es nicht.

Es gibt unter den Politikern, wie in jeder anderen Gruppierung, auch Arschlöcher. Aber, der größere Teil gehört zu den Guten. Nicht die Gewählten sind das Problem, sondern die Wähler. Ja, auch die darf man beschimpfen, weil sie sich nicht ordentlich informieren. Kein Mensch bei klarem Verstand, der das Wahlprogramm einer „gesichert rechtsextremistischen“ Partei, zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, gelesen hat, kann dieser seine Stimme geben. Aber, wer liest schon Wahlprogramme.

In dieser Woche sind die Spitzenkandidaten noch einmal von früh bis spät unterwegs. **Steffen Krach** hat einen Termin mit Verteidigungsminister **Boris Pistorius**, **Stefan Evers** tritt gemeinsam mit **Friedrich Merz** auf. Wer schadet wem mehr? Am Mittwoch treten alle Spitzenkandidaten im **rbb** Fernsehen von 20:15 bis 21:45 Uhr auf, und werden sicherlich etwas sagen, was sie in den letzten sechs Wochen noch nie gesagt haben. Da besuche ich doch

lieber in **Michael Müllers** Setzerei eine Lesung mit **Jean Asselborn**, der von 2004 bis 2023 luxemburgischer Außenminister war und in dieser Zeit zu den profiliertesten Politikerklärern Europas gehörte.

Ein weiterer Höhepunkt in dieser Woche wird der Start des neuen Programms der **Stachelschweine** sein. Titel: „Die letzten Tage von Deutschland“. Erleben wir gerade diese? Oder gibt es noch Hoffnung? Einen Tag vor der Wahl ist Premiere, nachdem schon einige Voraufführungen in dieser Woche stattfinden.

Und ebenfalls einen Tag vor der Wahl laufen im Ersten ab 20:15 Uhr vier der acht Folgen der letzten Staffel von **Babylon Berlin**. Alle acht Folgen sind bereits jetzt in der Mediathek zu sehen. Dieses Fernseh-drama passt gut in diese Woche, schildert es doch die letzten Tage von Deutschland vor knapp einhundert Jahren. Aus dem Untergang ist ein neues Deutschland erwacht, das demokratischste und beste, das es jemals gab. Daran, dieses zu verspielen, wird derzeit kräftig gearbeitet.

Es gibt noch ein weiteres Highlight in dieser Woche. Die beste Satiresendung, neben der ZDF **heute-show**, **extra3** vom NDR, wird 50 Jahre alt. Gefei-ert wird am 17. September ab 22:50 Uhr mit einer Show und anschließender Dokumentation. Alles ist auch in der ARD-Mediathek verfügbar.

Und was macht der scheidende Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**, der mit dem Wahlkampf nichts mehr zu tun hat, außer, dass er in Spandau kandidiert? Am Donnerstag ist er beim 100-jährigen Werksjubiläum der Gillette-Fabrik in Tempelhof, anschließend trifft er sich mit **Jocelyn B. Smith** anlässlich der Musikinitiative **Many Voices**, besucht danach die Sonderausstellung „*Cassirer und der Durchbruch des Impressionismus*“ in der Alten Nationalgalerie, und schaut abends den **Eisbären Berlin** zu, die die **Straubing Tigers** zu Gast haben. Das klingt nach einem interessanten Tag.

Am Freitag benennt Wegner das Hans-Carossa-Gymnasium in Margot-Friedländer-Gymnasium in Gatow um, und nimmt anschließend an der Eröffnungsfeier für das neue Kompetenzzentrum des Landesfeuerwehrverbands Berlin e.V. teil. Abends schaut er bei der Abschlussveranstaltung von „*Jugend trainiert für Olympia & Paralympics*“ vorbei. Und am Samstag, wenn alle Babylon schauen, oder bei den Stachelschweinen sind, ist Wegner beim Saisonauftakt der Eishockey-Regionalliga Ost. Diese Termine werden demnächst **Stefan Evers** oder **Elif Eralp** wahrnehmen. Eigentlich ist Regierender Bürgermeister ein geiler Job. Aber, es kann nur ... geben.

Ed Koch

27) Mehr als 100.000 Besucher beim 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen auf dem Tempelhofer Feld



Nr. 653-19 **13. September 2026** **51. Jahrgang**

**Mehr als 100.000 Besucher
beim 13. STADT UND LAND-Festival der
Riesendrachen auf dem Tempelhofer Feld**



Foto: Andie Kraft

Ein 30 Meter großer Zwerg, riesige Bären, Eulen, Fische, Superhelden und Comic-Figuren schwebten am Samstag am Berliner Himmel über dem Tempelhofer Feld. Beim 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen ließen rund 80 professionelle Drachepiloten, darunter etliche Welt- und Europameister, über den ganzen Tag ihre handgefertigten Riesendrachen in die Luft steigen. Auch in diesem Jahr waren mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher über den Tag verteilt auf dem Tempelhofer Feld. Viele Kinder und Familien brachte eigene Drachen mit und ließen sie steigen. Zusammengekommen schwebten mehr als 2.000 Drachen zwischen 11:00 und 20:00 Uhr über dem Tempelhofer Feld. Erstmals konnten die Besuchenden den schönsten Drachen des Jahres wählen. Ein dreiköpfiger Dragon machte hier das Rennen.



Fotos: City-Press

So bunt wie am Samstag ist das Tempelhofer Feld nur einmal im Jahr. Nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene kamen aus dem Schauen und Staunen

nicht heraus, denn überall gab es etwas zu sehen. Neben Welt- und Europameistern waren auch internationale Teams mit ihren Kreationen am Start. Mit Tan Xinbo und Sun Xiaoteng reisten erstmals auch zwei Drachepiloten aus China an, um am STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen teilzunehmen. Bei Drachepiloten aus dem In- und Ausland ist das Tempelhofer Feld wegen seiner hervorragenden thermischen Bedingungen besonders beliebt.



Eine Drachenwolke? Foto: Andie Kraft



Abendimpressionen. Foto: Andie Kraft

Neben den vielen tausend Drachen in der Luft, gab es auch am Boden viel zu erleben: Live-Musik auf der Bühne, Tanz und Vorführungen für die ganze Familie. Der Zirkus Cabuwazi, die Flying Steps Academy und eine Samba-Schule sowie viele Bands und Künstler sorgten für beste Unterhaltung. Gegen Abend stiegen mit LED-beleuchtete Drachen in die Luft, ehe ein Feuerwerk das 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen beendete. Quelle: STADT UND LAND

28) KW 37 (07. bis 13.09.2026). Von Ed Koch

3-81

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-17

13. September 2026

51. Jahrgang

KW 37

Die Quassel-Shows im Fernsehen hatten in dieser Woche nur ein Thema, den Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt. Interessant, dass alle zu wissen scheinen, woran es gelegen hat, dass Rechtsextreme auf dem Vormarsch sind. Warum erst jetzt und nicht vorher, wo man noch etwas hätte drehen können.

Nicht der banale Auftritt von **Markus Söder** bei **Sandra Maischberger** war der Höhepunkt in dieser Woche, auch nicht der von **Gregor Gysi** bei **Markus Lanz**, und erst recht nicht der von **Armin Laschet** und **Cem Özdemir** bei **Maybrit Illner**, nein, es war der eines Mannes, bei dessen Namensnennung ich normalerweise sofort auf **KiKa** umschalte, auch wenn zu der Zeit nur noch **Bernd das Brot** durch den Weltraum schwebt. Ich meine **Carsten Maschmeyer**, der den einzigen richtigen Satz in dieser Woche bei Maischberger gesagt hat: „*Merz hat es voll vergeigt. Er muss weg*“.

In Berlin gibt es andere Probleme



Foto: Ed Koch

Die SPD ist immer so fröhlich, wenn sie einen neuen Spitzenkandidaten präsentieren kann, wie – von Ausnahmen abgesehen – auf dem Foto zu sehen ist, als **Steffen Krach** am 1. September 2025 seine Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters erklärte. Da stand die SPD bei 13 Prozent. Am 11. September bescheinigte ihr die Forschungsgruppe Wahlen mit zehn Prozent gerade noch die Zweistelligkeit.

Schaut man sich die Spitzenkandidierenden der anderen Parteien an, so ist Krach derjenige mit der größten Erfahrung und der höchsten Kompetenz. Das zählt offenbar nicht mehr. Die Grünen dümpeln im Mittelfeld umher mit 16 Prozent, mal mehr, mal weniger. Die AfD ist mit 17 deutlich von der 2 entfernt, und der Machtkampf um Platz Eins spielt sich zwischen CDU und Linke ab. Aktuell liegt die Linke mit 23 Prozent knapp vor der CDU mit 21 Prozent. Anfang September war die CDU auf Platz Eins.

Steffen Krach ist mit großem Elan in den Wahlkampf gestartet, er erhoffte sich 20 Prozent. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass er eigentlich nie eine Chance hatte. Ja, das liegt auch an der Bundespartei, aber vor allem an der SPD-Berlin, die, seien wir nochmal ehrlich, abgewirtschaftet hat.

Mit nur zwei Unterbrechungen, 1953-1955 und 1981-1989, war bzw. ist die SPD an den Senaten beteiligt. Es bedarf dringend einer Erneuerung in der Opposition. Das wird nicht geschehen. Der von der Linken zur SPD gewechselte Abgeordnete **Sebastian Schlüsselburg** hat auf seine Plakate einen Aufkleber angebracht, r2g. Nein Danke, erlaube ich mir zu sagen. Nicht mit dieser Linken, der es mit unhaltbaren Versprechen gelingt, vor allem junge Wähler einzusammeln. Es wird keine Enteignungen, oder vornehmer ausgedrückt, Vergesellschaftungen geben. Never ever. Liebe Kids, wählt die Linke und erkennt eines Tages, dass Enttäuschungen zum Leben dazugehören und Ihr immer noch keine Wohnung habt.

Methoden, wie...

Nein, keine Vergleiche. Wenn man aber liest, dass eine Gruppe von bewaffneten Ermittlern der Staatsanwaltschaft Hannover, Krach schätzt ihre Zahl auf acht bis neun, in Anwesenheit seiner Frau und Kinder ihm regelrecht „sein Handy vom Ohr rissen“ (Zitat **Tagesspiegel**) während er mit **Iris Spranger** telefonierte, dann schließt man sich sehr schnell der Überschrift der **taz** an: „Eine Frage des Fingerspitzengefühls“. Sogar unter den Betten der Kinder suchten die Beamten nach Beweismaterialien.

Anfangs ging es um eine Spende an die SPD, die umgehend zurücküberwiesen wurde. Häppchenweise kommen aus Hannover neue Beschuldigungen, ohne konkreter zu werden. Von Vorteilsnahme und „wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen in Tateinheit mit der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen und der Verletzung der Geheimhaltungspflicht nach dem GmbH-Gesetz.“ ist die Rede, schreibt der **Tagesspiegel**, und fügt den Satz hinzu, den **Sascha Hingst** in der Abendschau ständig wiederholte: „Es gilt die Unschuldsvermutung.“ Das ist völlig egal. Krach wird es innerhalb einer Woche nicht schaffen können, die Vorwürfe zu entkräften. Selbst wenn, wer berichtet dann an welcher Stelle darüber? Gibt's ein rbb-Spezial?

Der Vize-Chef der Morgenpost, **Gilbert Schomaker**, hat Krach schon abgeschrieben. „Durchsuchungen bei Krach – Die SPD hat nun einen Sündenbock.“ „Seine politische Zukunft wird nach der Durchsuchung düster.“ „Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hannover hängt wie ein Bleige-

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

wicht um seinen Hals. Es gilt die Unschuldsvermutung. Dennoch beschädigt das Verfahren den Kandidaten enorm. Die Staatsanwaltschaft Hannover muss sich die Frage gefallen lassen, wieso sie wenige Tage vor dem Wahlentscheid diese Aktion durchführen musste. Denn die öffentliche Wirkung ist verheerend."

"Für Krach könnte es der Anfang vom politischen Ende sein. Die Berliner Sozialdemokraten sind schon seit Wochen verzweifelt, dass der Spitzenkandidat trotz unermüdlichen Wahlkampfes einfach nicht zieht. Nun ist es ein Leichtes, ihm die Schuld für ein mutmaßlich desaströses Wahlergebnis zu geben.", schreibt Schomaker. Wer die Berliner SPD kennt, weiß, dass es Genossen in ihren Reihen gibt, die schon ab dem Tag der Nominierung an der Schuldfrage im Falle einer Wahlniederlage basteln.

Dass die SPD nicht in der Position sein wird, auf das Amt des Regierenden Bürgermeisters zuzugreifen, ist seit Monaten kein Geheimnis. **Steffen Krach** hätte aber die Möglichkeit gehabt, die SPD in den kommenden Jahren zu erneuern, und zwar in den Funktionen Partei- und Fraktionsvorsitzender. Wie lange er noch Parteilvorsitzender bleiben kann oder will, ist die eine Frage. Fraktionsvorsitzender oder Senator wird er angesichts eines schwebenden Verfahrens vermutlich auch nicht. Das ist sehr schade.

Raed Saleh, der natürlich treu zu **Steffen Krach** steht, profitiert von diesem Debakel. Er ist und bleibt Fraktionsvorsitzender. Nach den aktuellen Umfragen kann die SPD noch auf 15 Fraktionsmitglieder hoffen, Minus 19! Es tröstet wenig, dass die CDU sogar 21 Mitglieder verliere, und die Grünen zehn. Nur Linke Plus zwölf und AfD Plus neun könnten sich über Zuwachs in ihren Fraktionen freuen.



Robin Alexander, viel beschäftigter Talk-Show-Gast auf allen Kanälen, hat am 8. März 2026 bei **Caren Miosga** gesagt: „Wahlen werden in der Mitte gewonnen, weil die Mehrheit in diesem Land noch die Tassen im Schrank hat.“ Foto: Alexander

Die Äußerung fiel in der Analyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg und dem dortigen Wahlerfolg von **Cem Özdemir**. Quelle: Frankfurter Rundschau

Tja. Wie es scheint, werden inzwischen die Wahlen an den rechten und linken Rändern gewonnen. Die Mitte schmilzt dahin. Wir leben im Jahrzehnt der Populisten.

Was noch?



Foto: privat – Quelle: Tagesspiegel

Wahlplakate zu beschädigen und zu beschmieren, ist, seit sie das Stadtbild sechs Wochen vor der Stimmabgabe bunter, aber nicht besser machen, ein beliebter Sport von Leuten, denen man das Recht absprechen sollte, sich an dem Grundritual der Demokratie beteiligen zu dürfen.

Ob es etwas zu bedeuten hat, oder daraus Schlussfolgerungen ziehen könnte, dass die Schmierereien auf dem Plakat von **Orkan Özdemir** in der Farbe Blau erfolgten, lassen wir dahingestellt. Man kann dieses Gequatsche nicht mehr hören, dass alle, die nicht möglichst blond und blauäugig sind und deren Abstammung bis zu Kaiser **Otto I dem Großen** ins zehnte Jahrhundert zurückreichen sollte, abgeschoben gehören.

Vielleicht fasse ich für die Abschiebebefürworter **Ottos Heiliges Römisches Reich** etwas zu weit, denn dazu gehörten ja auch die Schweiz, Liechtenstein, Tschechien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Teile von Frankreich (Elsass und Lothringen), sowie Teile von Nord- und Mittelitalien. Eines ist sicher: **Schöneberg** gehörte zum Heiligen Römischen Reich. Und genau dort ist **Orkan Özdemir** 1982 zur Welt gekommen. Und er konnte früh in seinem Bezirk die römische Spezialität Pizza genießen. Auch wenn es ihn schmerzen wird, dass das **Ristorante Roma** (1965) in der Belziger Straße in Schöneberg, das lange Zeit als die älteste durchgehend betriebene Pizzeria der Stadt galt, doch nicht das erste Restaurant war, in dem die flache Teigspezialität mit Salami und anderem belegt wurde, sondern schon 1952 **Guido Greco** in seinem Restaurant **Bella Napoli** an der Ecke Kurfürstenstraße/Rathausstraße in Mariendorf die Dickmacher in den Ofen schob. Tröstlich allerdings, dass es Bella Napoli schon lange nicht mehr gibt, aber das Roma weiterhin existiert.

Das war der Versuch, dieses ernste Thema etwas verdaulicher zu gestalten, obwohl es kaum möglich ist. **Orkan Özdemir**, nicht verwandt mit dem Grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, **Cem Özdemir**, soll also rausgeschmissen werden.

Wohin? In die Türkei, das Land seiner Eltern? Diese undifferenzierten „Ausländer-Raus-Rufe“ widern einen an. **Alice Weidel** hat Glück, denn die Schweiz gehörte zum Römischen Reich Deutscher Nation. Ebenso wie Polen, dem Ursprung des Namens ihres Ko-Vorsitzenden.

Man lernt tagtäglich dazu. So erklärte AfD-Chef **Tino Chrupalla**, dass „Remigration“ keine Einbahnstraße sei. Es sollen nicht nur, die nach Auffassung der Rechtsextremen hier nicht hergehören, abgeschoben werden, sondern jene Urdeutsche, die aus welchem Grunde auch immer Deutschland verlassen haben, zurückgeholt werden. Natürlich sind die jungen Tatkraftigen gemeint und nicht die Rentner von Mallorca.

In den letzten 30 Jahren haben mehr als fünf Millionen deutsche Staatsbürger im Rahmen von Brutto-Fortzügen ganz oder zeitweise Deutschland verlassen, wobei ein großer Teil dieser Migration temporär ist und viele Rückkehrer zu verzeichnen sind. Im Jahr 2025 wanderten laut amtlicher Statistik 288.579 Deutsche ganz oder zeitweise aus, was einen neuen Höchstwert darstellt. Quelle: mediendienst-integration.de

Warum sollen sie zurückkehren, nachdem sie sich im Ausland **Markus Lanz** angeschaut und **Tino Chrupalla** und **Sahra Wagenknecht** reden gehört haben? Wenn immer mehr von denjenigen auswandern, die die AfD hier behalten möchte, und immer mehr von denen, die die AfD loswerden möchte, das Land verlassen müssen, wer bliebe dann eines Tages übrig? Die 576.037 Menschen, die am Sonntag in Sachsen-Anhalt die AfD gewählt haben?

Orkan Özdemir hat seinen Friedenauer Wahlkreis 2021 und 2023 direkt gewonnen, als einer der wenigen SPD-Abgeordneten. Um ins Abgeordnetenhaus gewählt zu werden, müssen die Bewerber deutsche Staatsbürger sein, egal auf welchen Einwandererhintergrund der Familien die Namen hinweisen.

Bleibt nur, den vielen Kandidierenden, die keinen deutschen Namen tragen, viel Kraft zu wünschen, um die Dummheit der Demokratiefeinde auszuhalten. „Orkan verteidigt für Dich die Demokratie!“, steht auf seinem Wahlplakat. Besser wäre: „Orkan verteidigt gemeinsam mit Euch die Demokratie.“

Ed Koch

Noch was? Ja.

Es gab auch Positives in dieser Woche. Den Ende der 1990er Jahre vom damaligen Leiter der Wirtschaftsförderung Tempelhof, **Andreas Schwager**, ins Leben gerufenen Industrie- und Wirtschaftstreff gibt es immer noch. Die Fachkräftesicherung und Berufsbil-

dung standen am 8. September im Fokus. Rund 70 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung kamen zusammen. Gemeinsam mit Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** entstand ein intensiver Austausch, in dessen Mittelpunkt erfolgreiche Beispiele aus der Praxis für Fachkräftesicherung und Berufsbildung in Tempelhof-Schöneberg standen.

Der Abend machte deutlich: Erfolgreiche Fachkräftesicherung und eine starke Berufsausbildung sind zentral für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Tempelhof-Schöneberg – und damit Aufgaben, die Unternehmen, Politik und Verwaltung gemeinsam angehen müssen. Im Bezirk gibt es zahlreiche Betriebe, die neue Wege gehen, und vielfältige Angebote zur Unterstützung.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: „Fachkräfte zu gewinnen und junge Menschen für eine Berufsausbildung zu begeistern, sind drängende Herausforderungen für Unternehmen. Umso wichtiger ist es, voneinander zu lernen, erfolgreiche Ansätze sichtbar zu machen und engagierte Akteure im Bezirk miteinander zu vernetzen.“

Gastgeber des diesjährigen Treffens war die **Transgourmet Deutschland GmbH**. An verschiedenen Roundtables tauschten die Gäste ihre Praxiserfahrungen in Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung aus. Mit dabei waren unter anderem die **Timm Fensterbau GmbH**, von der Handwerkskammer Berlin als „Exzellenter Ausbildungsbetrieb“ ausgezeichnet, sowie **Berlin Partner** und die **IHK Berlin**. Auch Gastgeber **Transgourmet** gewährte Einblicke in die eigene Unternehmenspraxis und Strategien zur Fachkräftesicherung.



Gäste u.a. v.l.: **Andreas Kraft** (Licht- und Tontechnik Papella), Vize-Bürgermeister **Matthias Steuckardt**, **Petra Dittmeyer** (Mitglied im Wirt-

schaftsausschuss der BVV) und **Stefan Grund** von **Schneider Electric**. Foto: Andreas Kraft

Das Netzwerk Ausbildung Tempelhof-Schöneberg (NATS) lud an einem eigenen Roundtable zum Austausch ein. Als zentrale Vernetzungsplattform des Bezirks für Berufsausbildung bietet das NATS vielfältige Angebote zur Berufsorientierung und zum Kontakt mit potenziellen Nachwuchskräften.

Quelle: Pressestelle Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

29) Ein Tag, den man nie vergisst. Von Ed Koch

paperpress persönlich

Nr. 653-15

11. September 2026

51. Jahrgang

Ein Tag, den man nie vergisst

Der Fernseher lief im Hintergrund, ich saß am Computer und schrieb irgendetwas. Plötzlich war der Ton weg. Als ich aufschaute, sah ich einen der Türme des World Trade Centers brennen. Dann kamen Stück für Stück die Meldungen aus New York. Ein Flugzeug sei in den einen Turm gerast. Dieses Szenario hatte ich immer vor Augen, wenn ich auf dem Gebäude ganz oben und ganz dicht an den Fenstern, die bis zum Fußboden reichten, stand und auf die Stadt schaute, vor allem auf die Flugzeuge, die tiefer als das Gebäude hoch war in Richtung Airport Newark flogen. Wenn hier einer mal vom Kurs abkommt...

Als das zweite Flugzeug in den Zwillingssturm einschlug, war klar, dass es sich hier nicht um einen Unfall, sondern um einen Anschlag handelte. Zu Ostern 2001 waren wir mit zwei Jugendgruppen in Colorado und Kansas bei Gastfamilien, und am Ende der Reise auch in New York. Ein Besuch des World Trade Centers gehörte zum Programm. Wenn man den Ort und das Gebäude, wo dieser Terroranschlag stattfand, gut kennt, ist man in besonderer Weise betroffen. Was, wenn wir dort gewesen wären? Ein Gedanke, den man nicht mehr loswird.

Für den Abend des 11. September 2001 hatte ich Karten für eine Lesung mit Gesang im Renaissance-Theater. **Klaus Hofmann** wollte sein Buch **Afghana** vorstellen. Ausgerechnet ein Buch über seine Reise 1969 nach Afghanistan, dem Land, aus dem die Terroristen kamen. Auf dem Weg zum Theater erreichte mich die Nachricht, dass die Vorstellung abgesagt worden ist, so wie alle Veranstaltungen an diesem Abend.

Ja, dieser Tag veränderte die Welt. Wegen des Anschlags, aber auch wegen der Reaktionen darauf. Einige dieser Reaktionen waren berechtigt, wie die anfänglichen Einsätze in Afghanistan, andere, die folgten, wie im Irak, trugen eher zur Eskalation bei. Wenn man sich heute Afghanistan anschaut, dann hat die Befreiung des Landes von den Taliban, mit unserer sinnlosen Unterstützung, im Ergebnis nichts gebracht, es ist so schlimm wie zuvor.

Auch der Irak kann nicht als stabil bezeichnet werden. Den Verursacher der Anschläge haben die USA in einer spektakulären Aktion hingerichtet, den Staatschef des Irak hängen lassen. Die Vorwürfe gegen den Irak waren von den USA gefälscht. Rechtstaatlichkeit hat keine Chance in Krisenzeiten, wenn es vornehmlich darum geht, die eigene Wut zu befriedigen. Beispiele dafür gibt es auch heute. **Osama bin Laden** und **Saddam Hussein** waren zwei Schwerstverbrecher und Terroristen. Die Welt ist

zweifelsohne eine halbwegs bessere ohne sie. Dennoch ist der *American Way of Execution* alles andere als rechtstaatlich. Die USA entführen unliebsame Staatspräsidenten und bomben ganze Regierungen weg. Natürlich ist auch der Iran ein Schurkenstaat mit einem abscheulichen Regime. Ist es aber richtig, Terror mit Terror zu bekämpfen?

Friedensnobelpreisträger **Barack Obama** und „Fifa-Friedenspreisträger“ **Donald Trump** unterscheiden sich nicht in der Wahl ihrer Mittel, um diejenigen auszuschalten, die als Terroristen identifiziert wurden. Die Täter vor ein ordentliches Gericht zu stellen, ist viel zu aufwendig. Außerdem, vor welches Gericht? Es käme nur der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag in Frage. Diesen erkennen die USA aber nicht an. US-Präsidenten sind also Richter und Vollstrecker in einem. Sollte man vielleicht über dieses System 25 Jahre nach 9/11 einmal nachdenken?



Mein Lieblingsfoto vom World Trade Center, aufgenommen auf Ellis Island, der Insel im Hafen von New York, wo zwischen 1892 und 1954 etwa zwölf Millionen Immigranten in die USA eingewandert sind.



Nach 9/11 war ich noch einige Male in New York und stand fassungslos vor dem Ground Zero, wo sich die Türme des World Trade Centers befanden. Inzwischen ist ein neues Gebäude entstanden. 2007 war ich das letzte Mal in New York, 2012 in den USA. Einmal wäre ich noch gern für eine Woche nach New

1

paperpress persönlich

Nr. 653-15

11. September 2026

51. Jahrgang

York gereist, eine Stadt, die mich gleich beim ersten Besuch 1985 in ihren Bann gezogen hat. Immer wieder habe ich die Reise verschoben. Und dann kam Trump. Solange er an der Macht ist, werde ich das Land nicht betreten.

Was dieser Präsident, zwar in 34 Fällen schuldig gesprochen, aber nicht bestraft worden, anstellen darf, ist jenseits jedes Demokratieverständnisses. Sein neuester Coup, jedem US-Bürger 5.000 Dollar zahlen zu wollen, wenn bei den Zwischenwahlen im November die Republikaner wieder die Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus erlangen.

Sorry, aber in so ein Land reise ich nicht.

Gedenken sollten wir heute den 2.996 Toten des Anschlags von 9/11 und den in die Hundertausenden gehenden Toten der Kriege in Afghanistan und dem Irak.



Ob ich die USA noch einmal so erleben werde, wie früher in West-Berlin oder bei meinen Besuchen zwischen 1985 und 2012, weiß ich nicht. In meinem Büroschrank steht eine Nachbildung der Freiheitsstatue. Jeden Tag frage ich mich, ob dieses Land irgendwann zu seinen Idealen, die in der Verfassung stehen, die Miss Liberty im Arm hält, zurückfinden kann.

Ed Koch

Fernseh-Tipp

Das Erste: Freitag, 11.09.2026
20:15 - 21:45 Uhr

September

Ein Film von **Johan von Mirbach**

9/11 – ein Datum, das bis heute nachwirkt: Kaum ein Ereignis hat die Weltpolitik, das Sicherheitsverständnis westlicher Demokratien und das gesellschaftliche Zusammenleben so nachhaltig verändert, wie die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon. 25 Jahre später zeigt die ARD mit **SEPTEMBER** genau am Jahrestag, warum viele der politischen Konflikte und Debatten unserer Gegenwart ihren Ursprung in jenem Herbst haben.

SEPTEMBER erzählt mit bislang unveröffentlichtem Archivmaterial und Geschichten den Verlauf von 9/11 aus einer neuen Perspektive: Der Dokumentarfilm rekonstruiert den entscheidenden Monat, der das 21. Jahrhundert neu definierte – vom unbeschwerten Sommer in New York über den Terroranschlag bis zu den politischen Entscheidungen, die die Weltordnung bis heute prägen.



Foto: ARD

Im Mittelpunkt stehen Menschen, die den 11. September unmittelbar erlebt haben: So resümiert die Deutsche **Susanne Hegenscheidt**, die den Einsturz der Zwillingstürme aus ihrer Wohnung am Broadway dokumentierte: „Ich habe am 11. September leider aufgehört zu träumen. Ein Stück von mir ist an dem Tag auf dem Broadway liegen geblieben.“ Der deutsche Rettungssanitäter **Markus Albrecht** behandelte noch am Tag des Anschlags direkt am Ground Zero verletzte Feuerwehrleute. Und Baggerfahrerin **Pia Hofmann** suchte wochenlang nach Überlebenden und Opfern.

Ihre persönlichen Geschichten machen deutlich, wie tief die Ereignisse bis heute nachwirken – psychisch, gesellschaftlich und politisch. Gleichzeitig ordnet der damalige Bundesaußenminister in **SEPTEMBER** die historischen Entwicklungen ein: **Joschka Fischer** erinnert sich an die diplomatischen Herausforderungen nach den Anschlägen. Und **Lars Klingbeil**, heute Bundesfinanzminister, schildert seine Erfahrungen als 23-jähriger Praktikant mitten in Manhattan. Weitere Stimmen aus Politik, Medien und Sicherheitsbehörden zeichnen nach, wie aus einem Terroranschlag ein weltpolitischer Wendepunkt wurde. Quelle: ARD

Auch in der Mediathek verfügbar.

<https://www.ardmediathek.de/video/september/september/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmtEtZTJkYWlWMTZlZWVjOC00YTkwLThhOGQ0t0GMxNTJjMTFmOTVj>

30) Leserbrief zu Belastungsprobe Teil 2



Nr. 653-14

10. September 2026

51. Jahrgang

Leserbrief zu Belastungsprobe Teil 2

Lieber Ed Koch,

Ihr Unbehagen über die Wirkung solcher Meldungen unmittelbar vor einer Wahl teile ich. Einen Punkt finde ich allerdings noch bemerkenswerter, als er in Ihrem Kommentar zum Ausdruck kommt.

Im rbb-Spezial schilderte **Dany Schrader**, Chefredakteurin der **Hannoverschen Allgemeinen Zeitung**, wie die Nachricht über die Ermittlungen gegen **Steffen Krach** bekannt wurde. Die HAZ habe am Morgen „*eigentlich in einer anderen Sache*“ bei der Staatsanwaltschaft Hannover angerufen. In diesem Gespräch habe die Sprecherin der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass es „*auch*“ ein Ermittlungsverfahren gegen **Steffen Krach** gebe. Die HAZ habe bereits davon gehört und dann nachgefragt; in diesem Zusammenhang habe sie auch von den Durchsuchungsmaßnahmen in Hannover und Berlin erfahren.

Das wirft für mich Fragen auf – gerade, weil die Staatsanwaltschaft gleichzeitig aus „*ermittlungstaktischen Gründen*“ bis heute nicht öffentlich mitteilt, was sie **Steffen Krach** eigentlich konkret vorwirft. Noch bemerkenswerter: Ebenfalls unmittelbar vor einer Wahl wurde bekannt, dass dieselbe Staatsanwaltschaft Hannover in einer anderen Angelegenheit gegen **Peter Karst** ermittelt, den CDU-Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters von Hannover. Deshalb wäre ich mit Verschwörungstheorien genauso vorsichtig wie mit Vorverurteilungen. Aber die Frage, wie mit Ermittlungsverfahren gegen Wahlbewerber unmittelbar vor einer Wahl umgegangen wird und wie entsprechende Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, halte ich für legitim.

Bei einem Punkt sehe ich das rbb-Spezial allerdings weniger kritisch als Sie. Der rbb hat bemerkenswert häufig auf die Unschuldsvermutung hingewiesen und sogar ausdrücklich erklärt, dass er die HAZ-Information, Krach habe im Vergabeverfahren den später unterlegenen Bieter unterstützt, nicht unabhängig bestätigen könne. **Dany Schrader** selbst sagte, die HAZ „*vermute*“ bislang einen Zusammenhang zwischen den heutigen Ermittlungen und dem seit Monaten recherchierten Vergabeverfahren.

Und dann gibt es einen Umstand, der in der ersten Berichterstattung beinahe unterging: Krach hat inzwischen erklärt, dass tatsächlich eine Spende des betreffenden Bieters über etwa 9.500 Euro bei der Berliner SPD einging – während das Vergabeverfahren noch lief. Nach seiner Darstellung wurde sie innerhalb von 24 Stunden zurücküberwiesen. Darüber hinaus habe er gerade wegen des laufenden Ver-

gabeverfahrens angeordnet, dass ihm mögliche Spenden aus Hannover persönlich vorgelegt werden sollten; von Personen, die an diesem Vergabeverfahren beteiligt waren, werde er auch nach dessen Abschluss keine Spenden annehmen.

Ob diese Darstellung zutrifft, lässt sich überprüfen. Wenn sie durch Überweisungsbelege und die zeitliche Dokumentation seiner internen Anweisung bestätigt wird, sollte das bei der Bewertung des Vorgangs ebenso prominent berichtet werden wie heute die Durchsuchung.

Bis dahin wissen wir nämlich erstaunlich wenig: Es wird gegen Krach ermittelt, es wurde durchsucht, und die Staatsanwaltschaft nennt den konkreten Tatvorwurf nicht. Alles Weitere muss sauber zwischen gesicherten Tatsachen, journalistischen Recherchen und Vermutungen getrennt werden.

Vielleicht ist genau das die eigentliche Belastungsprobe: nicht nur für **Steffen Krach**, sondern auch für Justiz und Medien elf Tage vor einer Wahl.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Syring

31) Belastungsprobe Teil 1 / Teil 2. Von Jannik Rubeck und Ed Koch



Nr. 653-12 10. September 2026 51. Jahrgang

Belastungsprobe Teil 1

Haushaltsdebatte im Bundestag: Abgeordnete laufen auf dem Zahnfleisch AfD reagiert mit höhnischem Lachen

Die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag wird zur Belastungsprobe für die Regierungskoalition. Nach den politischen Verwerfungen der vergangenen Tage wirken viele Abgeordnete erschöpft, die Stimmung ist angespannt und die gegenseitigen Vorwürfe werden schärfer. Während Bundeskanzler **Friedrich Merz** bei seinem eigenen politischen Kurs weiterhin keinen grundlegenden Fehler erkennen lässt, reagiert die AfD im Plenum stellenweise mit höhnischem Lachen auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition.

Es ist eine dieser Sitzungswochen, in denen sich politische Spannungen nicht mehr nur in Redebeiträgen zeigen. Auch auf den Fluren des Bundestages wird deutlich, wie sehr die vergangenen Tage an den Beteiligten zehren. Viele Abgeordnete laufen sprichwörtlich auf dem Zahnfleisch.

Auch die Rede des Bundeskanzlers dürfte die Diskussion über den Zustand der Regierung kaum beendet haben. **Friedrich Merz** betonte darin, dass 56 Prozent der Menschen die AfD nicht gewählt hätten. Rechnerisch mag diese Aussage stimmen – politisch ist dieses Argument allerdings bemerkenswert. Denn Wahlergebnisse lassen sich nicht sinnvoll allein danach bewerten, wie viele Menschen eine bestimmte Partei nicht gewählt haben. Folgt man der Rechnung des Kanzlers, ließe sich schließlich ebenso feststellen, dass rund 73 Prozent die CDU nicht gewählt haben. Auch daraus ließe sich, für sich genommen, kein gemeinsamer politischer Wille gegen die CDU ableiten.

Die entscheidende Größe bleibt das tatsächliche Wahlergebnis und die daraus resultierende Sitz- und Mehrheitsverteilung. Stimmen, die eine Partei nicht erhalten hat, können nicht automatisch einem gemeinsamen Gegenlager zugerechnet werden. Gerade deshalb wirkte die Aussage des Kanzlers weniger wie eine nüchterne Analyse des Wahlergebnisses als wie der Versuch, einem für die Union schwierigen Ergebnis noch eine beruhigende Botschaft abzugewinnen. Zugespitzt könnte man darin den letzten politischen Hilferuf eines Kanzlers sehen, dessen Autorität sichtbar unter Druck geraten ist.

Wie angespannt die Situation inzwischen auch innerhalb der Regierungskoalition wahrgenommen wird, zeigt ein exklusives Hintergrundgespräch von **paperpress** mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten

Ralf Stegner. Auf die Frage, ob **Friedrich Merz** überhaupt noch in der Lage sei, die Bundesregierung zu führen, reagierte der SPD-Politiker zunächst mit einem Lachen und erklärte anschließend sinngemäß, dass er es wohl können müsse. Eine überschwängliche Rückendeckung für den Bundeskanzler klingt anders.

Stegner machte zugleich deutlich, dass die Union ihre gegenwärtigen Probleme selbst in den Griff bekommen müsse. Die SPD habe schließlich genügend eigene Probleme, um die sie sich kümmern müsse. Gerade diese Aussage ist bemerkenswert. Denn sie vermittelt nicht unbedingt das Bild zweier Koalitionspartner, die angesichts der politischen Schwierigkeiten enger zusammenrücken. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass Union und SPD zunehmend damit beschäftigt sind, zunächst die eigenen politischen Baustellen zu bearbeiten. *Foto: Ed Koch*



Ob daraus tatsächlich eine Gefahr für den Fortbestand der Bundesregierung entsteht, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beantworten. Doch die Frage steht längst im Raum: Kann diese Koalition den 21. Deutschen Bundestag tatsächlich geschlossen und sachlich bis zum regulären Ende tragen?

Auch auf die inzwischen erhebliche Schärfe der parlamentarischen Auseinandersetzung angesprochen, reagierte Stegner im Gespräch mit **paperpress** zunächst mit einem Lachen. Gleichzeitig fand er deutliche Worte für Äußerungen aus den Reihen der AfD. Das gesprochene Wort von Sigmund und der AfD bezeichnete er in diesem Zusammenhang als mehr als fragwürdig.

Währenddessen nutzt die AfD die sichtbaren Spannungen zwischen Union und SPD für ihre eigene politische Inszenierung. Höhnisches Lachen aus ihren Reihen begleitete Teile der Debatte – ein Bild, das sinnbildlich für die derzeitige Situation im Parlament steht: Während die Regierungsparteien mit sich selbst und miteinander ringen, beobachtet die Opposition die zunehmenden Spannungen und versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Merz wiederum lässt bislang nicht erkennen, dass er seinen grundsätzlichen Kurs infrage stellt. Er betont

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierreg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

weiterhin, Verantwortung übernehmen zu wollen; und sieht keinen Zweifel an der Richtigkeit seines politischen Kurses. Doch genau darin könnte eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Wochen liegen. Wenn auf der einen Seite der Kanzler keinen Anlass für eine grundlegende Kurskorrektur sieht und auf der anderen Seite selbst beim Koalitionspartner Distanz zu den Problemen der Union erkennbar wird, dürfte es zunehmend schwieriger werden, nach außen das Bild einer handlungsfähigen und geschlossenen Bundesregierung zu vermitteln.

Noch ist die Koalition nicht am Ende. Noch gibt es eine parlamentarische Mehrheit und noch werden die Regierungsgeschäfte fortgeführt. Doch die Haushaltsdebatte zeigt, wie dünn die politische Luft inzwischen geworden ist.

Ob die Koalition hält, wird die Zeit zeigen

Die kommenden Wochen werden nicht nur darüber entscheiden, welche politischen Vorhaben Union und SPD noch gemeinsam durchsetzen können. Sie werden vor allem zeigen, ob aus einer zunehmend erschöpft wirkenden Koalition wieder eine handlungsfähige Regierung werden kann – oder ob die Spannungen irgendwann größer werden als das, was beide Parteien noch zusammenhält.

Jannik Ruback

Belastungsprobe Teil 2

Wenn man jahrzehntelang Wahlkämpfe beobachtet, die einfach so vor sich hinlaufen, denkt man, irgendwas muss doch noch passieren. Und richtig. Zuerst der Klassiker. Plagiatsjäger sind angeblich fündig geworden. Justizsenatorin **Felor Badenberg** (CDU) soll in ihrer Doktorarbeit nicht korrekt zitiert haben. Die Universität in Köln prüft. Das Ergebnis wird vor dem 20. September nicht vorliegen.



Nicht **BILD**, sondern die **Morgenpost** titelt online: „Razzia bei SPD-Spitzenkandidat **Steffen Krach** – Krisensitzung bei der SPD.“ „Konkret würden die Ermittler offenbar einen möglichen Zusammenhang zwischen einer Spende und einem Vergabeverfahren

im Gesundheitswesen prüfen.“ Der Vorgang liegt in seiner Zeit als Regionspräsident von Hannover. „Es gilt die Unschuldsvermutung.“, schreibt die **Morgenpost**. **Vicco von Bülow** kommentiert: „Ach

WAS!“ Foto: Ed Koch

Krach kann erklären, was er will, die Schlagzeile ist raus. Bis zum 20. September wird **Steffen Krach** die Vorwürfe nicht aus der Welt schaffen können. Die Meldung hat sich über die **ZDF heute** und die **tagesschau** bundesweit verbreitet und natürlich auch in allen anderen Medien bis hin zur **rbb-Abendschau**, wo es der Aufmacher war: Eine „Bombe“ sei geplatzt, so Moderator **Sascha Hingst** in dramatischer Kriegsrhetorik. Immerhin kam Krach in der **Abendschau** zu Wort und konnte den Vorgang erklären. Es handelt sich offenbar um den Versuch einer Spende in einem laufenden Bieterverfahren. Die Spende wurde innerhalb von 24 Stunden zurücküberwiesen, so Krach. Und natürlich gab es ein **rbb-spezial**, ohne konkrete und schon gar nicht belegbare Vorwürfe präsentieren zu können. Eine Viertelstunde lang Verschwörungstheorien. That's Entertainment. Mich widert diese Art der Berichterstattung an. Das **rbb-spezial** war eine Zumutung, Journalismus der untersten Schublade ohne Erkenntnisgewinn für die Zuschauer.

Dass dieser Vorgang kurz vor der Wahl öffentlich wird, ist natürlich Zufall. Was kommt noch? Wer hat seine Katze gequält, seine Steuererklärung zu spät abgegeben oder geriet vor vielen Jahren angetrunken in eine Polizeikontrolle? So läuft das heute. Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein, am besten auf die, die hinter solchen Aktionen stecken.



Quelle: rbb – Foto: QPK

Das erinnert mich an den Vorgang um Jugendstadtrat **Detlef Wagner** aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Dem CDU-Politiker war im Frühling 2025 vorgeworfen worden, an der Fördermittelvergabe für ein Projekt mitgewirkt zu haben, dessen ehrenamtlicher Geschäftsführer er ist. Seine Nebentätigkeit habe er dem Bezirk verspätet gemeldet.

Aufgrund der Vorwürfe wurde Wagner von der Bezirksverordnetenversammlung **abgewählt**. Am 1. September meldete der **rbb**: „Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Jugendstadtrat **Detlef Wagner** eingestellt. Laut einem dem rbb vorliegenden **Bezirksamtsschreiben haben sich Vorwürfe gegen Wagner weitgehend nicht bestätigt**.“ **Loriot** kommentiert: „Ach was!“

Ed Koch

32) Die Jugend – Die Zukunft



Nr. 653-10

9. September 2026

51. Jahrgang

Die Jugend – Die Zukunft

Berlin braucht eine Jugendstrategie

Der letzte Berliner Kinder- und Jugendbericht stammt aus dem Jahr 2000, obwohl das Land ihn gesetzlich jede Wahlperiode vorlegen muss. Eine Jugendstrategie gibt es bis heute nicht. Sie würde alle Ressorts verpflichten, junge Menschen bei politischen Entscheidungen besser zu berücksichtigen. Der **Landesjugendring Berlin** fordert deshalb beides: einen aktuellen Kinder- und Jugendbericht und eine Jugendstrategie für Berlin.

Älter als Instagram, YouTube, Smartphones: Über ein Vierteljahrhundert ist Berlins letzter Kinder- und Jugendbericht alt. Dabei müsste er laut Gesetz jede Wahlperiode neu erstellt werden. Doch das ist seit dem Jahr 2000 nicht mehr passiert. Ohne aktuelle Daten zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen fehlt die Grundlage für jede evidenzbasierte Jugendpolitik.



„Wie will man gute Jugendpolitik gestalten, ohne zu wissen, wie es der Berliner Jugend geht?“, fragt **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Der Landesjugendring Berlin fordert daher einen aktuellen Kinder- und Jugendbericht,

wie es das Gesetz in §43 des Berliner Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) vorsieht. Foto: LJR Berlin

Der Bericht wäre auch die Grundlage für den nächsten, größeren Schritt: eine Jugendstrategie. Sie würde alle politischen Ressorts verpflichten, junge Menschen mitzudenken, egal ob bei Wohnen, Mobilität, Arbeit oder Bildung. Eigentlich hatten sich das CDU und SPD schon vorgenommen. Im Koalitionsvertrag heißt es, es brauche „ein ressortübergreifendes Steuerungsgremium, um die Berliner Jugendstrategie zu entwickeln und umzusetzen“. Passiert ist seitdem: Nichts. „Eigentlich ist das alles gar nicht so kompliziert“, sagt Weickmann. „Der Bund hat eine Jugendstrategie, mehrere Bundesländer auch. Berlin bräuhete nur den politischen Willen, es endlich anzugehen.“ Der Landesjugendring Berlin fordert daher eine Senatsinitiative für eine Jugendstrategie, begleitet von einem Beirat mit jungen Menschen und Fachorganisationen.

Ein 26 Jahre alter Bericht, eine Jugendstrategie, die seit Jahren nur angekündigt wird: Berlin fehlt ein Plan für junge Menschen. „Die Jugendstrategie und

der Jugendbericht gehören wieder in den nächsten Koalitionsvertrag. Und sie müssen dann auch umgesetzt werden“, sagt Weickmann. Quelle: LJR Berlin

Mehr Fachkräfte für die Energiewende: 26 Auszubildende starten bei Vattenfalls Handwerksbetrieben

Die Energiewende wird vor Ort umgesetzt: in Heizungsräumen und auf Hausdächern. Deshalb investiert Vattenfall auch in diesem Jahr gezielt in den Nachwuchs eigener Fachkräfte. Zum Ausbildungsstart in diesem Jahr beginnen bundesweit 26 junge Menschen ihre Ausbildung in den eigenen Handwerksbetrieben von Vattenfall.



„Die Energiewende braucht nicht nur die richtigen Technologien, sondern vor allem Menschen, die diese Technologien installieren und zu den Kundinnen und Kunden bringen“, sagt **Kai Schütz**, verantwortlich für die dezentralen Energielösungen bei Vattenfall.

„Deshalb investieren wir gezielt in die Ausbildung eigener Fachkräfte. Wärmepumpen, PV-Anlagen, Speicher und Ladeinfrastruktur werden nicht von selbst installiert. Die Fachkräfte dafür müssen wir heute ausbilden.“ Foto: Vattenfall

Die Auszubildenden werden in den Berufen Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Elektroniker sowie Kauffrau oder Kaufmann für Büromanagement ausgebildet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den gewerblichen Berufen, die für die Planung, Installation und Wartung moderner Energielösungen benötigt werden.

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wächst kontinuierlich. Wärmepumpen, PV-Anlagen, Wallboxen und Speicher müssen geplant, installiert und gewartet werden. „Der Fachkräftemangel droht zum Engpass der Energiewende zu werden“, sagt Schütz. „Wer ein Leben frei von fossilen Brennstoffen ermöglichen will, muss deshalb heute in Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung investieren. Genau das tun wir in unseren Handwerksbetrieben.“

Insgesamt beschäftigen die Handwerksbetriebe von Vattenfall bundesweit über 300 Mitarbeitende. Mit den neuen Ausbildungsstarts befinden sich dort künftig fast 60 junge Menschen auf dem Weg in einen Handwerksberuf. Damit ist nahezu jede fünfte Person in den Betrieben eine Nachwuchskraft. Vattenfall investiert so gezielt in den Aufbau eigener Fachkräfte für die Energiewende. Quelle: Vattenfall



Nr. 653-10

9. September 2026

51. Jahrgang

Eine Katastrophe

Der **Landesjugendring Berlin** setzt sich für die Jugendlichen ein, **Vattenfall** bietet Ausbildungsplätze in sicheren Berufsfeldern an, aber, was ist mit den Kids los?

PISA-Studie 2025:

Die Leistungen der 15-Jährigen in Deutschland sind in den Bereichen Mathematik und Lesen erneut gesunken. Rund jede und jeder Dritte verfehlt dort inzwischen das Mindestniveau. Das zeigt die am 8. September veröffentlichte PISA-Studie 2025. Auch langfristig fällt die Bilanz ernüchternd aus: 2025 erreichten die Jugendlichen in Deutschland in allen drei Kompetenzbereichen erneut die niedrigsten Werte, die bislang bei den PISA-Studien gemessen wurden. Der seit etwa einem Jahrzehnt zu beobachtende Abwärtstrend setzt sich damit fort. Das Schulportal gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse.

<https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-zehn-wichtigsten-ergebnisse-der-pisa-studie-2025/#die-ergebnisse-der-pisa-studie-2025>

Deutschland im internationalen Vergleich

Gegenüber PISA 2022 sind die Leistungen der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Mathematik um 11 Punkte von 475 auf 464 Punkte gesunken, im Lesen um 15 Punkte von 480 auf 465 Punkte. In den Naturwissenschaften liegt der Mittelwert mit 486 Punkten zwar sechs Punkte unter dem Wert von 2022, dieser Unterschied ist nach Angaben der OECD jedoch statistisch nicht bedeutsam.

Auch international hält diese negative Entwicklung an. Nach dem starken Einbruch bei PISA 2022 stagnierten die Leistungen in vielen Ländern oder gingen noch weiter zurück. Im OECD-Durchschnitt sanken die Ergebnisse der 91 an PISA beteiligten Länder gegenüber 2022 in Mathematik um neun Punkte und im Lesen um 14 Punkte, in den Naturwissenschaften um drei Punkte. Die Rückgänge fallen in Deutschland damit etwas stärker aus als im OECD-Durchschnitt.

Die absoluten Leistungen liegen in allen drei abgeprüften Kompetenzbereichen nahe am OECD-Durchschnitt. Nach den reinen Punktwerten liegt Deutschland in den Naturwissenschaften auf Rang 23, im Lesen auf Rang 24 und in Mathematik gemeinsam mit Schweden auf Rang 25. An der Spitze stehen vor allem asiatische Bildungssysteme: Die vier chinesischen Regionen Peking, Shanghai, Jiangsu und Zhejiang, die bei PISA gemeinsam ausgewiesen werden, sowie Singapur erzielten in allen drei Kompetenzbereichen die höchsten Ergebnisse. Auch Macau

(China), Taiwan, Japan, Estland, Korea und das Vereinigte Königreich gehören zu den leistungstärksten Bildungssystemen. *Quelle: Deutsches Schulportal*

Strategie zur Steigerung der Bildungsqualität im Land Berlin

Quelle: Senatsverwaltung für Bildung

Alle Kinder und Jugendliche in Berlin sollen die besten Chancen haben – egal, wo sie aufwachsen. Damit das gelingt, sind starke sprachliche und mathematische Kompetenzen entscheidend. Sie sind die Grundlage für alle weiteren Lern- und Lebenswege. Aktuelle Entwicklungen zeigen jedoch: Ein wachsender Anteil von Kindern und Jugendlichen erreicht diese wichtigen Grundlagen nicht ausreichend. Berlin reagiert darauf entschlossen – mit einer gemeinsam getragenen Strategie zur Steigerung der Bildungsqualität:

Berlin verbessert die sprachlichen und mathematischen Kompetenzen in allen Bildungsphasen – spürbar und nachhaltig. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die bundesweiten Mindeststandards erreichen, soll kontinuierlich steigen. Dabei geht es um bessere Chancen für alle Kinder und Jugendlichen – von der frühen Bildung über die Schulzeit bis in die berufliche Ausbildung.

Einheitliche Verfahren zeigen früh, wo Kinder und Jugendliche stehen und was sie brauchen. Unterricht wirksam weiterentwickeln. Förderung in Deutsch und Mathematik hat höchste Priorität. Unterricht konzentriert sich noch stärker auf das, was Kindern und Jugendlichen wirklich hilft.

Schulen, Jugendhilfe, Familienförderung und weitere Partner arbeiten gemeinsam. Angebote orientieren sich an den Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen. Eltern werden als Bildungsbegleiter gestärkt. Gute Bildung ist Teamarbeit: Schulen, Familien und Partner vor Ort unterstützen gemeinsam die Kinder und Jugendlichen, die es am meisten brauchen.

Die Unterstützung orientiert sich künftig noch stärker an den Lernstandsdaten und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort. Mittel und Beratung kommen also zuerst dort an, wo die Herausforderungen groß sind.

Gemeinsam übernehmen wir Verantwortung, indem wir die Strategie zur Bildungsqualität schrittweise umsetzen und stetig weiterentwickeln – mit klaren Zuständigkeiten, Monitoring, wissenschaftlicher Begleitung und Entlastung im System. Für bessere Lernergebnisse und faire Bildungschancen ziehen alle Beteiligten an einem Strang.

Die nächste reguläre PISA-Studie gibt es 2029.

33) Große Pläne der Kleinen. Von Ed Koch

50

paperpress

seit 1976

Nr. 653-09

8. September 2026

51. Jahrgang

Große Pläne der Kleinen

Rund einhundert Menschen verzichteten Montagabend auf die TV-Aufarbeitung zur Wahl in Sachsen-Anhalt, sondern richteten ihren Blick nach vorn auf den 20. September in Berlin. Sie trafen sich am Werderschen Markt, gleich neben dem Außenministerium, im Quadriga Café.



Foto: Ed Koch

Hajo Schumacher (l.) hatte die Idee, eine Diskussionsrunde mit fünf der kleineren Parteien zu veranstalten. Gemeinsam mit **Sara Sievers** (r.) moderierte er den Abend. Teilgenommen haben (v.l.) **Nico Poschinski** von der **Tierschutzpartei**, die in den Bezirksverordnetenversammlungen von Lichtenberg und Spandau mit jeweils zwei sowie Treptow-Köpenick mit einem Mitglied vertreten ist; **Martin Pohlmann** von der Partei **Die Partei**, die zwei Mandate in Friedrichshain-Kreuzberg hat; **Christoph Meyer** von der **FDP**, die in neun Bezirken vertreten ist, Charlottenburg-Wilmersdorf (3), Friedrichshain-Kreuzberg (2), Mitte (2), Neukölln (2), Pankow (2), Reinickendorf (3), Spandau (3), Steglitz-Zehlendorf (3) und Tempelhof-Schöneberg (2); **Anna Auerbach** von **Volt**, zwar in keine BVV gewählt, aber durch einen Austritt aus der Tierschutzpartei für Volt in Treptow-Köpenick vertreten; und **Manaf Hassan** vom **BSW**, das in der BVV Lichtenberg drei Mandate hat (Übertritte von der Linken), Tempelhof-Schöneberg zwei (Übertritte von der Linken) und Charlottenburg-Wilmersdorf einen (Übertritt von der FDP). Alle Parteien haben also Parlamentserfahrung, zumindest auf der kommunalen Ebene.

Beginnen wir unseren Bericht mit der Schlussfrage, was nämlich das Herzensprojekt der Parteien ist, mit wem sie koalieren würden und mit wem auf keinen Fall. Keine mit der AfD und die FDP zusätzlich nicht mit der Linken. Die Partei blieb in dieser Frage die Antwort schuldig. Die Themen: **BSW** - Frieden, Koalition mit der Linken möglich, **Volt** - Bildung und Digitalisierung. Keine Aussage zum Lieblingskoalitionär. **FDP** - Bauen, Wohnen, Wirtschaft. Keine Koalitionsaussage. **Die Partei** - kein Herzenssthema, son-

dern nur die Aussage, dass Berlin „am Arsch“ sei und wir alle „in der Scheiße säßen“. Koalieren würde sie am liebsten mit der FDP, weil auch sie eine Spaßpartei sei, was an der Wahl **Wolfgang Kubickis** zum Vorsitzenden deutlich wurde. **Tierschutzpartei** - Tierfreie Forschung. Koalition: Linke und Grüne.

Alle Themen, die die etablierten Parteien auf ihren Plakaten zu stehen haben, beschäftigen auch die kleinen. Natürlich mit unterschiedlichen Aussagen. Die FDP will das Tempelhofer Feld bebauen, Volt sagt nein, weil es nicht gebraucht wird. Das BSW fordert die Umsetzung des Volksentscheids, der sich gegen eine Randbebauung ausgesprochen hat. Die Partei möchte das Tempelhofer Feld gern bebauen, aber mit Cannabis.

Erwartungsgemäß offerierte Die Partei die genialsten Ideen. So solle man sich in Berlin von der Besatzung des Bundes befreien und die Bediensteten zurück nach Bonn schicken, dann hätten wir genügend Wohnungen. Die U-Bahn würde Die Partei gern vierspurig ausbauen. Ja, Die Partei sorgt für Heiterkeit, aber, ohne Spielverderber sein zu wollen, ist sie nicht wählbar, weil die Lage für Spaß viel zu ernst ist. **Martin Pohlmann** trug eine rote Krawatte, was fehlte, war die rote Clowns-nase.

Das BSW denkt über Berlins Grenzen hinweg und will kein Geld mehr ins Ausland schicken, vor allem nicht an die Ukraine und Israel. Sachsen-Anhalt war an diesem Abend kein Thema, aber bei der Frage, wen man denn wählen könne, räumte **Manaf Hassan** ein, dass seine Partei einen schweren Stand habe, wegen der Vorfälle in Brandenburg und Thüringen, wo es Aus- und Übertritte sowie Neugründungen gab. Wer das BSW wählt, kann nach den Erfahrungen nicht sicher sein, dass der von ihm gewählte Abgeordnete in der Partei bleibt. Hassan unterstich, dass das BSW in Sachsen-Anhalt nicht **Ulrich Siegmund** zum Ministerpräsidenten wählen würde. Ob er durch Stimmenthaltung gewählt werden könnte, ließ er allerdings unbeantwortet. In Summe: Nicht wählbar.

Was die FDP betrifft, so hat sie ihre Fans, auch wenn es immer weniger werden. Was die Partei Mensch Umwelt Tierschutz betrifft, so könnten sich nicht nur Tierfreunde ihr zuwenden. Volt ist eine sozialliberale Partei, und dieser Aspekt ist leider im Parteienangebot derzeit unterrepräsentiert. Fazit: wählbar.

Warum sollte man statt eine der etablierten eine der kleineren Parteien wählen? Die alten hatten ihre Chance, wohin das geführt hat, sehen wir. Es ist an der Zeit für etwas Neues, Unverbrauchtes.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt) Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand® Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

34) Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: CDU unter Druck. Merz bekräftigt seinen Kurs. Von Jannik Rubeck



Nr. 653-08 **7. September 2026** **51. Jahrgang**

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: CDU unter Druck Merz bekräftigt seinen Kurs

Nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt richtet sich der Blick auf die Bundespolitik. Um 13:30 Uhr trat Bundeskanzler **Friedrich Merz** vor die Presse und äußerte sich zum Ausgang der gestrigen Landtagswahl. Innerhalb der CDU wird derzeit intensiv über die Konsequenzen des Ergebnisses und den künftigen politischen Kurs der Partei diskutiert.

Für Aufmerksamkeit sorgte bereits vor der Pressekonferenz die Wortmeldung von **Joe Chialo**, ehemaliger Berliner Kultursenator und Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Chialo schilderte den Bundeskanzler nach der zuvor stattgefundenen Vorstandssitzung als ungewöhnlich gelöst. Er habe den Kanzler dort „noch nie so befreit“ erlebt.

Gleichzeitig machte Chialo deutlich, dass die CDU aus seiner Sicht ihren politischen Fokus verändern müsse. Die Partei dürfe sich künftig nicht mehr ausschließlich damit beschäftigen, andere Parteien zu analysieren und deren Strategien zu bewerten. Vielmehr müsse die CDU wieder stärker zu sich selbst finden, eigene Inhalte formulieren und diese den Wählerinnen und Wählern unmittelbar und verständlich vermitteln.

Damit verband Chialo seine Einschätzung mit einer grundsätzlichen Debatte über die strategische Ausrichtung der Union. Nicht die ständige Auseinandersetzung mit den politischen Wettbewerbern dürfe im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, wofür die CDU selbst stehe und welche konkreten Antworten sie den Menschen auf die drängenden politischen Fragen geben wolle.

Deutlich ernster fiel die Bewertung von Berlins Justizsenatorin **Dr. Felor Badenberg** aus. Sie bezeichnete das Wahlergebnis auf Nachfrage als einen „schwarzen Tag für die Demokratie“. Gleichzeitig betonte sie, der Bundeskanzler könne weiterhin führen und sei „tief entschlossen“, Verantwortung zu übernehmen. Damit stellte sie sich hinter den Führungsanspruch von **Friedrich Merz** und trat Spekulationen über eine politische Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung entgegen.

Auch aus Sachsen-Anhalt selbst kamen deutliche Signale. Der noch amtierende Ministerpräsident **Sven Schulze** stellte in der Pressekonferenz klar, dass die CDU nach dem Wahlergebnis nun in der Opposition stehe und keinen Regierungsauftrag mehr habe. Damit ist zugleich die Frage verbunden, wie

die CDU in den kommenden Gesprächen mit anderen Parteien auftreten wird.

Entscheidend wird sein, ob die Union diese neue Ausgangslage auch in möglichen Gesprächen berücksichtigt oder ob sie weiterhin versucht, Einfluss auf die Regierungsbildung zu nehmen. Insbesondere wird sich zeigen, ob die CDU Gespräche über eine mögliche Regierungsbeteiligung tatsächlich ausschließt oder sich trotz des fehlenden Regierungsauftrags alle politischen Optionen offenhält.

Bundeskanzler **Friedrich Merz** machte in seiner anschließenden Pressekonferenz unterdessen deutlich, dass er weiterhin politische Verantwortung übernehmen werde. Zugleich dankte er seinem Präsidium ausdrücklich für den Rückhalt.

Merz betonte darüber hinaus, dass es aus seiner Sicht keinen Zweifel an der Richtigkeit seines politischen Kurses gebe. Trotz des Wahlergebnisses sieht der Bundeskanzler somit offenbar keinen Anlass für eine grundlegende strategische Neuausrichtung.

Damit stehen sich innerhalb der Union derzeit zwei Fragen gegenüber: Wie weit muss sich die CDU nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt politisch neu aufstellen – und wie geschlossen kann sie dabei hinter ihrem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler stehen?

Die kommenden Gespräche dürften darauf eine erste Antwort geben. Fest steht bereits jetzt: Das Wahlergebnis hat innerhalb der CDU eine Debatte über Führung, Inhalte und den zukünftigen Kurs der Partei ausgelöst.

Jannik Rubeck

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stillbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

35) Abgewählt. Von Ed Koch



Nr. 653-07

7. September 2026

51. Jahrgang

Abgewählt

Ministerpräsident **Sven Schulze** ist gestern gefragt worden, ob er abgewählt worden sei. Die Antwort blieb er schuldig. Wir helfen aus: Ja, was denn sonst? Und mit ihm die Koalition aus CDU, SPD und FDP. Die CDU hat sich mehr als halbiert, die SPD ist peinlicherweise mit ihrem Ergebnis zufrieden, und die FDP wurde aus dem Landtag geworfen. Das BSW, das sich in Brandenburg und Thüringen quasi aufgelöst hat, schaffte den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Vergleich Umfragen zum Ergebnis			
Landtagswahl Sachsen-Anhalt am 6. September 2026			
	Insa	FG Wahlen	Vorläufiges Ergebnis
	02.09.2026	03.09.2026	07.09.2026 03:06 Uhr
CDU	22%	23%	17,2 %
SPD	7%	8,5 %	9,3 %
Grüne	5%	6 %	8,9 %
FDP	3%	3 %	2,6 %
Linke	12%	11,5 %	8,6 %
AfD	43%	41%	43,8 %
BSW	4%	4%	5,3 %

Von 2011 bis 2026 war **Rainer Haseloff** Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, **Sven Schulze** erst seit diesem Jahr, war aber schon seit 2021 Wirtschaftsminister. Die Frage muss doch gar nicht gestellt werden, wer die Wahl verloren hat. Haseloff kann nicht mehr zurücktreten, Schulze müsste es sofort tun, auch wenn das Chaos dadurch noch größer werden würde. Dass er so lange im Amt bleiben darf, bis er entweder wiedergewählt oder ein neuer MP gewählt worden ist, macht die Sache nicht besser. Irgendwer muss doch mal Verantwortung übernehmen. An dem CDU-Ergebnis in Sachsen-Anhalt hat zu einem großen Teil auch **Friedrich Merz** mit seiner hunds miserablen Performance Schuld.

Vor den Landtagswahlen in Berliner und Mecklenburg-Vorpommern kann er natürlich nicht zurücktreten, danach allerdings wäre es höchste Zeit. Die Union kann mit Merz keinen Blumentopf mehr gewinnen. Er hatte seine Chance und hat es verbockt, schneller und gründlicher als **Olaf Scholz**. Es muss im Bundeskanzleramt einen Neuanfang geben, bevor die Union untergeht. Apropos untergehen. Die Berliner SPD wird **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** am 20. September nicht retten können, vielleicht Mecklenburg-Vorpommern, wenn **Manuela Schwesig** ein gutes Ergebnis erzielt. Wenn wir aber ehrlich sind, hatten auch Klingbeil und Bas ihre Chance, und auch sie haben es nicht gewuppt.

An einem Neuanfang mit **Hendrick Wüst** führt kein Weg vorbei. **Markus Söder** hat seinen Entertainmentfaktor verloren. Der Mann nervt nur noch, auch wenn er nicht mehr andauernd in einen Leberkäs beißt. Bei der SPD fällt mir niemand ein, der den Vorsitz übernehmen und die Partei aus dem Tal der Tränen führen könnte.

Ed Koch

Reaktionen aus Berlin:

Der Generalsekretär der CDU Berlin, **Lukas Krieger**: (19:09 Uhr)

„Ich hätte mir für Sachsen-Anhalt ein anderes Wahlergebnis gewünscht. Dass eine gesichert rechtsextreme Partei in einem deutschen Landtag so deutlich vorne liegt, ist eine Zäsur für unser Land.“

Sachsen-Anhalt ist nicht Berlin. Aber Sachsen-Anhalt zeigt sehr deutlich, worum es angesichts des Erstarkens radikaler Parteien auch in zwei Wochen in Berlin geht: Es geht um das freiheitlich-demokratische Fundament unserer Stadt. Es geht um die Frage von Stabilität und Handlungsfähigkeit im Interesse unseres Landes.

Nur eine starke CDU ist das Bollwerk gegen die AfD. Die AfD steht gegen alles, was unsere Metropole ausmacht und zusammenhält. Es kann, darf und wird niemals eine Zusammenarbeit mit dieser Partei geben.

In Berlin gilt es aber auch, die radikalisierte Linke von der Macht fernzuhalten. Die Berliner Linken sind durchsetzt von Antisemitismus, Menschenverachtung, Verherrlichung von Gewalt und Polizistenhass.

Berlin braucht eine stabile und handlungsfähige Regierung. Nur eine starke CDU wird Extremisten von der Macht fernhalten.“

Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der Berliner SPD, **Steffen Krach**: (19:42 Uhr)

„Als Vater von drei Kindern mache ich mir große Sorgen, ob sie in Deutschland auch in Zukunft in einer Demokratie leben können. Wenn ich heute Abend nach Sachsen-Anhalt blicke, sehe ich diese Zukunft in großer Gefahr. Das Ergebnis der rechtsextre-



Nr. 653-07

7. September 2026

51. Jahrgang

men AfD ist erdrückend, es ist eine Katastrophe.

Ich hoffe, dass es am Ende nicht für eine absolute Mehrheit der AfD reicht (Anm.d.Red.: auch wegen des BSW reicht es nicht) und dann darf keine der demokratischen Parteien wackeln. Die CDU und die Linke müssen dann über ihren Schatten springen, um den ersten rechtsextremen Ministerpräsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg zu verhindern.

Die SPD Sachsen-Anhalt hat gezeigt, wie wichtig es ist, bis zum Schluss, um jede Stimme zu kämpfen. Ich habe einen Riesenrespekt vor dem Ergebnis, das die SPD in Sachsen-Anhalt und **Armin Willingmann** erzielen konnten, allen Herausforderungen zum Trotz und gegen alle Stimmen, die sie lange abgeschrieben haben.

Wir werden in Berlin in den nächsten zwei Wochen bis zur Wahl ebenfalls alles geben. Auch hier in Berlin ist die AfD eine Gefahr für unsere Demokratie und eine solche Partei darf in der deutschen Hauptstadt niemals wieder stärkste Kraft werden."

"Betrübt" sei er, sagt **Lars Klingbeil** und spricht von einer „Zäsur“. Zudem kündigt der Vizekanzler bereits kurz nach Schließung der Wahllokale in Sachsen-Anhalt an, noch einmal über den Reformkurs der Bundesregierung diskutieren zu wollen. Damit lässt sich absehen, dass der schwarz-roten Koalition ein unruhiger Herbst bevorsteht. **Morgenpost**

AfD-Triumph in Magdeburg: Eine letzte Warnung für Merz und die demokratische Mitte. Aus der Zäsur in Sachsen-Anhalt erwächst ein Auftrag an Politik und Gesellschaft. Gebraucht wird ein überzeugender Plan, wie sich Deutschland in einer sich verändernden Welt behaupten kann. Haben wir dazu die Kraft? **Tagesspiegel**

Sven Schulze äußert sich schockiert. Wahlsieger sei die AfD, räumt Schulze ein: „Es ist für uns eine Niederlage. Wir werden mit diesem Ergebnis umgehen müssen.“ Und: Es gehe darum, die Zeichen zu erkennen. Kein Wort mehr vom Regierungsauftrag, auf den er so sehr gehofft hatte. Stattdessen klingt Schulze, als sei er nur einen Schritt vom Rücktritt entfernt. In der Landespartei gibt es bereits erste Stimmen, die genau das fordern. Die Junge Union Sachsen-Anhalt will, dass der gesamte Landesvorstand geht. ... Mit 18 Prozent eine Minderheitsregierung anführen, macht das überhaupt Sinn? Und schon vor dem Wahltag hatte es in der CDU Kontroversen darüber gegeben, ob eine noch so vorsichtige Zusammenarbeit mit den Linken überhaupt denkbar sei. In der CDU herrscht an diesem Abend vor allem große Ratlosigkeit. **taz**

Um 16.20 Uhr fuhr **Friedrich Merz** (70) mit ernster Miene vor der CDU-Zentrale am Berliner Tiergarten vor und verschwand in seiner Limousine in der Tiefgarage. ... Ab 17 Uhr wollte sich der Parteivorsitzende im Adenauer-Haus mit Präsidiumsmitgliedern beraten. ... Merz zog sich mit seinen engsten Mitstreitern zurück, man verfolgte die Bekanntgabe der Prognosen. Doch vor die Kameras trat der Kanzler an diesem Abend nicht mehr. Aber Merz stand nach BILD-Informationen sogar kurz davor, sich doch schon am Sonntag im TV zu äußern. Er plante das für den Fall, dass die AfD die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Dann wäre aus seiner Sicht ein schnelles Wort an die Deutschen notwendig gewesen. **BILD**

Er ist der strahlende Sieger des Abends: **Ulrich Siegmund**. Als Spitzenkandidat holt er für die AfD das beste Ergebnis, das seine Partei jemals in Land oder Bund erreicht hat. Damit überholt er sogar **Björn Höcke**,

der mit 33 Prozent bei der Landtagswahl in Thüringen bisheriger Rekordhalter war.

Der Auftrag zur Regierungsbildung liegt nun bei Siegmund. So ist es demokratische Tradition. Er könnte jetzt das tun, wofür man eigentlich in die Politik gehen sollte: Verantwortung übernehmen. Er könnte sein Bundesland in den kommenden fünf Jahren prägen. Doch wenn wir dem Glauben schenken, was Siegmund vor der Wahl gesagt hat, heißt das dennoch nicht zwangsläufig, dass er Ministerpräsident werden will. Ohne absolute Mehrheit will er wohl keine Regierungsverantwortung in Sachsen-Anhalt übernehmen. Und ein Stimmenangebot des BSW wies er ebenfalls zurück. Zuletzt irritierte er sogar mit der Aussage, selbst bei einer absoluten Mehrheit nicht unbedingt Ministerpräsident werden zu wollen, wenn er lediglich zwei, drei Stimmen Mehrheit habe. Doch kurz nach 18 Uhr öffnete er die Tür für Gespräche zumindest einen Spaltbreit. Jetzt wird sich zeigen, ob er sich für Wahltaktik und seine Partei entscheidet – und gegen seine Überzeugungen und sein Land. **WELT**

36) KW 36 (31.08. bis 06.09.2026) – Teil 2 Das Positive der Woche



Nr. 653-06

6. September 2026

51. Jahrgang

KW 36 Teil 2 Das Positive der Woche

Synergieeffekte sind etwas ganz Großartiges. Gestern lud der **Verein Freunde des Fasanenplatzes e.V.** zu einem Benefizkonzert mit anschließendem **White Dinner** ein. Und wo? Natürlich auf dem Fasanenplatz. Und der liegt an der Fasanenstraße. Die Meierottostraße, die Schaperstraße und die Ludwigkirchstraße führen auf den Platz, an dem sich zahlreiche Restaurants befinden. Eine schöne Ecke Berlins, man könnte auch sagen, eine bessere Gegend. Aber, genau dieser Platz war eine unansehnliche Brache, die, wie der **Tagesspiegel** im April diesen Jahres berichtete, „bis vor vier Jahren höchstens durch Hundehaufen und ein paar Grasbüschel auffiel.“ Viele waren unzufrieden, aber nur eine Frau ergriff die Initiative, **Karin Kampmann**. Sie bat die Politik um Unterstützung, und erhielt sie.



„Mit ihrem Wunsch, den öden Platz zu verschönern, wandte sie sich zunächst an **Jochen Flenker**. Er ist Leiter des Grünflächenamtes in Charlottenburg-Wilmersdorf.“, berichtete der **Tagesspiegel**.

Und dann nahm die Sache ihren Lauf. 30.000 Euro kamen beim Spendensammeln in der Nachbarschaft zusammen, die allerdings nicht ausreichten. **Karin Kampmann** orga-

niserte im Oktober 2023 ein Straßenfest, an dem auch **Jochen Flenker** und sein Stadtrat **Oliver Schruoffeneger** teilnahmen. Sie erschienen nicht mit leeren Händen, sondern versprachen, weitere 50.000 Euro bereitzustellen.

Das Straßenfest sollte keine einmalige Veranstaltung bleiben. Auf dem Platz, der inzwischen durch Hochbeete mächtig aufgehübscht wurde, findet nun jährlich ein „**White Dinner**“ statt. Als Schirmherren konnte sie den Wahlkreisabgeordneten der CDU **Peer Mock-Stümer** (Foto) gewinnen. Das Dinner dient natürlich dem Meinungsaustausch, vor allem aber dem Spendensammeln. Als Träger des Projek-

tes wurde inzwischen ein gemeinnütziger Verein gegründet, denn viele Unternehmen und Einzelpersonen spenden großzügiger, wenn sie eine absetzbare Spendenbescheinigung erhalten.



Fotos: Ed Koch

Das Timing klappte hervorragend, denn kurz vor Beginn der Veranstaltung hörte es auf zu regnen. Geboten wurde den Gästen ein Drei-Gänge-Menü aus dem anliegenden Restaurant **Culaccino**.

Bevor die italienischen Köstlichkeiten kredenzt wurden, fand ein Kulturprogramm statt. Und an dieser Stelle kommen wir zu den Synergieeffekten. **Karin Kampmann** war Gast des **ZIGZAG JAZZFESTIVALS** im Gasometer und nahm Kontakt zu **Dimitris Christidis**, dem Chef des ZIGZAG JAZZ CLUBS auf. Und so trafen sich alle wieder, die im Sommer das Jazz-Festival veranstalteten, neben **Dimitris Christidis** auch der Geschäftsführer von **Ella Radio Oliver Dunk** und EUREF-Chef **Reinhard Müller**.



Das **Atrin Madani Quartett** spielte eine Stunde lang jazzige Rhythmen. **Oren Levanon** (Gitarre), **Olaf Casimir** (Bass), **Steve Nanda** (Schlagzeug) und **Atrin Madani** (Gesang) begeisterten die Gäste. Madani ist ein Berliner Jazzsänger mit iranischen Wurzeln, dessen Debütalbum „Where Are We Now?“ für den Deutschen Jazz-Preis nominiert wurde.

So, nun schauen Sie sich mal in Ihrer Nachbarschaft um, ob Sie auch einen Platz sehen, der ein Lifting vertragen könnte. Die Gebrauchsanweisung entnehmen Sie bitte diesem Artikel.

Ed Koch

37) KW 36 (31.08. bis 06.09.2026)



Nr. 653-05

6. September 2026

51. Jahrgang

KW 36

Heute Abend um 18:00 Uhr könnte in Deutschland der sich seit langem abzeichnende Hang vieler Wähler zu einer untauglichen Alternative, in Regierungsverantwortung umschlagen. Wer bei klarem Verstand ist, das Wahlprogramm gelesen und nur ein Interview mit dem Spitzenkandidaten ertragen hat, kann die AfD nicht in Sachsen-Anhalt und auch sonst nirgendwo wählen. **Hape Kerkeling**, den sich die Deutschen als nächsten Bundespräsidenten anstatt einem bayerischen Dirndl wünschen, forderte Freitagabend bei der Verleihung der **Goldenen Henne** die Sachsen-Anhaltiner auf, für den **MDR** zu stimmen, der in diesem Bundesland den öffentlich-rechtlichen Rundfunk repräsentiert.

Es ist immer gut, schon vor dem Ausgang einer Wahl den Schuldigen für die Niederlage zu kennen. Den herauszufinden, ist sehr einfach. Man muss nur das Wahlergebnis in **Sachsen-Anhalt** vom 6. Juni 2021 mit der letzten Umfrage vom 3. September 2026 vergleichen. Absoluter Stillstand in fünf Jahren bei SPD (8,5 zu 8,4), Grüne (5,9 zu 6), Linke (11 zu 11,5). Nun zu den Verlusten: FDP (6,4 zu 3); und zum Schuldigen CDU (37,1 zu 23). Was hat die CDU in diesem Bundesland fünf Jahre lang gemacht? Es kann doch nicht nur der Bundestrend sein, der die CDU fast halbiert hat. Und diejenigen, die von **Friedrich Merz** persönlich halbiert werden sollten, haben sich von 20,8 auf 41 Prozent verdoppelt. Um 18:00 Uhr wissen wir, ob die Vorhersagen zutreffen.

Verdoppelt hat sich die AfD auch in **Mecklenburg-Vorpommern**, wo gemeinsam mit Berlin am 20. September gewählt wird, von 16,7 auf 35 Prozent. Deutliche Veränderungen bei der CDU von der Wahl am 26. September 2021 zu der aktuellen Umfrage vom 3. September 2026 (13,3 zu 8 Prozent). Fast unverändert bei den Grünen (6,3 zu 5) und der Linken (9,9 zu 11). **Manuela Schwesigs** SPD ist von 39,6 auf 32 abgerutscht, wobei man sehen muss, dass sie vor einem Jahr bei 19 Prozent lag. SPD und AfD trennen derzeit nur noch drei Zähler voneinander (32 zu 35). Die Aufholjagd könnte für Schwesig klappen. Womit der Beweis erbracht werden würde, dass Wahlergebnisse nicht nur an den Parteien, sondern auch an den Spitzenkandidaten liegen.

In **Berlin** findet ein Wettkampf der Forschungsinstitute INSA (4.9.) und Infratest dimap (2.9.) statt. Hier die Unterschiede (erste Ziffern) der Wahl vom 12. Februar 2023 zu den aktuellen Umfragen. CDU 28,2 zu 20/21, SPD 18,4 zu 15/11, Grüne 18,4 zu 15/18, Linke 12,2 zu 19/19, AfD 9,1 zu 18/18. Nur

bei Linken und der AfD, die sich auch in Berlin verdoppelt hat, sind sich beide Institute einig. Anstelle von **Steffen Krach** würde ich mir die INSA-Umfrage der **BILD-Zeitung** an die Pinnwand hängen, 15 klingt besser als elf.

In Berlin zeichnet sich ab, dass die SPD als letztes durchs Ziel läuft, es sei denn, Krach gelingt ein Endsprint wie in Meck-Pom. Wie ich die Berliner Genossen kenne, steht auch bei ihnen der Schuldige schon fest. Auf **Steffen Krach** läuft alles zu. Ihn abzuservieren, wird vor allem für den machtbewussten Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh** ein Leichtes sein. **Dabei müsste sich die SPD dringend erneuern. Krach verdient eine zweite Chance in fünf Jahren.** Er ist der Kandidat, der im Gegensatz zu allen anderen, über genügend Regierungserfahrung und Kompetenz verfügt.

Als Partei- und Fraktionsvorsitzender mit gebündelter Macht, könnte Krach die Wiederbelebung der Berliner SPD in fünf Jahren schaffen. Dazu müsste aber einer, der von 2011 bis 2026 für die Halbierung der SPD in vorderster Linie mit verantwortlich ist, seinen Platz endlich frei machen. Prognose: Das wird nicht geschehen und die SPD **Willy Brandts** wird in Berlin weiterhin in die Bedeutungslosigkeit abrutschen. Aber, vielleicht irre ich mich auch...

Was noch?

Was sind eigentlich Rücktrittsgründe für eine komplette Regierung? Die Antwort ist ganz einfach: sich von einer Hacker-Gruppe namens „*Rhysida*“ sieben Tage lang aus den Senatsverwaltungen für Verkehr und Bauen 5,26 Terabyte mit 1.439.893 Dateien klauen zu lassen. Im Darknet stehen die Dateien zum Download bereit, nachdem der Senat eine Zahlung von zwei Millionen Euro nicht geleistet hat. Wie hoch mögliche Regressforderungen von Betroffenen an den Senat sein werden, weiß im Augenblick noch niemand. *Tagesspiegel*

Es geht um Unterlagen zu Rechtlichem wie Klagen der Deutschen Umwelthilfe sowie zum Katastrophenschutz, zur kritischen Infrastruktur, zu einzelnen Verkehrsprojekten, internen Leitfäden, Statistiken und Unterlagen zu Personal. Komplette Personalakten kann sich jetzt jeder anschauen, der weiß, wie man ins Darknet kommt. *Morgenpost*

Die Reaktion des Senats ist nicht etwa die, sich zu entschuldigen, einzugestehen, dass man nicht in der Lage ist, Daten der Bürger und der Verwaltung zu schützen, sondern weinerlich zu verkünden: „*Das Land Berlin ist Opfer einer äußerst schweren Straftat geworden.*“ Ach was! „*An erster Stelle steht die*

1

Sicherheit des Landesnetzes Berlin, der Beschäftigten des Landes Berlin sowie der Bürgerinnen und Bürger des Landes Berlin. Ja, Leute, vorher schützen, und nicht nachher jammern. Und nun führen „die Sicherheitsbehörden eine intensive Datenprüfung durch. Auch IT-Forensiker im Auftrag des Landes Berlin untersuchen die veröffentlichten Daten mit Hochdruck. Daraus werden die entsprechenden Maßnahmen abgeleitet.“ Das klingt nach Action.

Die Versuche, diesen Super-GAU zu händeln, sind peinlich. „Sofern im Rahmen der Analyse einzelne betroffene Personen identifiziert werden, werden diese risikobasiert und entsprechend den gesetzlichen Vorgaben von den zuständigen Senatsverwaltungen informiert.“ Aha. Und nun werden die Bürgerinnen und Bürger zur Mithilfe aufgefordert, wenn sie „Kenntnis erlangen oder konkrete Hinweise darauf haben, dass ihre Daten veröffentlicht wurden oder für Straftaten wie Betrug oder Identitätsmissbrauch genutzt werden.“ Dann sollten sie „Strafanzeige erstatten – entweder über die Internetwache der Polizei Berlin oder über jede örtliche Polizeidienststelle.“ Anzeige gegen wen? Gegen den Senat, der seiner Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen ist? Und zum Schluss noch ein sachdienlicher Hinweis des Senats: „Darüber hinaus haben betroffene Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich an die Berliner Landesdatenschutzbeauftragte zu wenden, mit der der Senat im engen Austausch über eine bestmögliche Unterstützung ist.“ Der Bürger soll sich also kümmern.

Noch was?

Ja, Fack ju Göhte oder auf Russisch: Пошёл ты, Гёте (Poshol ty, Göhte).

Es ist immer wieder erschreckend, wie naiv sich unsere Politiker äußern. Außenminister **Johann Wadepuhl** steht mit gesenktem Haupt und trauriger Stimme vor einem Mikrophon und äußert sein Bedauern darüber, dass die Russen die Goethe-Institute schließen. Für Wadepuhl offenbar völlig überraschend.

Auf meinen Kommentar aus dem Urlaub haben wir zu diesem Thema sehr viele Mails bekommen, überwiegend mit Zustimmung. Ich bleibe dabei: Priorität ist, unsere Infrastruktur zu schützen und nicht unsinnige Sanktionen gegen den vermeintlichen, vielleicht oder auch tatsächlichen Täter zu verhängen, wer weiß das schon genau. Die letzten verbliebenen Kontakte nach Russland aufzugeben, halte ich für einen Fehler. Wenn wir Angst vor russischen Spionen haben, sollten wir die Botschaft und nicht das **Russische Haus** schließen. Ein Leser hat richtig Dampf

abgelassen. Er schrieb uns: „Mir wird kotzübel. Russland greift garantiert nicht mit einer Drohne aus dem Spielzeugladen an, an der eine Blechbüchse mit Klebeband hängt an. Wenn die Russen dahintersteckten, wären von den ukrainischen Waffen und Munitionsflugzeugen nur Staubwolken übrig. Warum erfolgen Waffen- und Munitionslieferungen über einen zivilen Flughafen? Dieser Schwachsinn wird nur von Leuten geglaubt, die auch glauben, Frau Holle bringt im Januar den Schnee. Unsinnige gefährliche Äußerungen des Salonsoldaten Kiewewetter lassen den Schluss vermuten, dass er sich nahe am Hirntod bewegt. Ebenso ‚witzig‘ die angebliche Sichtung eines russischen U-Bootes im Bodensee, ich habe Nessie in Wannsee gesehen.“

Das Letzte

Die Personalpolitik in Berlin ist unter aller Sau. Nicht nur die Berufung eines **Chief Digital Officer** war ein Griff in die Kloschüssel, weil man sich vorher über den Kandidaten nicht ausreichend informiert hatte, sondern auch die Verpflichtung eines neuen Chefs von **Visit Berlin**. „Nach nur drei Monaten auf dem Geschäftsführerposten muss **Jürgen Amann** die Tourismusagentur Visit Berlin wieder verlassen. Wie der **Tagesspiegel** berichtet, gab es zwischen dem Land und Amann zu unterschiedliche Vorstellungen, wie es mit Visit Berlin weitergehen soll.“ rbb

Das dürfte doch wohl nur die halbe Wahrheit sein. Auch in diesem Fall hat man sich mit dem Vorleben des Kandidaten nicht ausreichend beschäftigt und nicht bei seinen früheren Arbeitgebern nachgefragt.

Jetzt diskutieren die Kleinen



Die Kandidaten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien diskutieren fast jeden Tag vor anderer Kulisse und auf anderen Bühnen miteinander und erzählen immer wieder das gleiche, was sonst. Die Linke arbeitet emsig daran, die Brandmauer zur CDU zu festigen und auch die anderen Parteien in Erklä-



Nr. 653-05

6. September 2026

51. Jahrgang

rungsnot zu bringen, warum man mit ihr koalieren sollte, wenn in bestimmten Kreisen die Antisemiten ihren Israel-Hass austoben.

Jetzt haben sich die kleineren Parteien, zu denen inzwischen auch die einst stolze **FDP** gehört, und das offenbar in Auflösung befindliche **BSW**, mit **Volt**, **Die Partei** und die **Tierschutz-Partei** zu einem Schlagabtausch der Argumente verabredet.

Der Link ist ein bisschen lang, führt aber zur Anmeldung, wenn man kurzentschlossen, morgen um 18:30 Uhr Zeit hätte:

https://www.eventbrite.de/e/smalltalk-berlin-die-wahl-arena-der-kleineren-parteien-tickets-1999036145925?aff=ebdssbdestse-arch&gl=1*1kmobri*_up*MQ..*_ga*MT14NTc4Mjg2Ni4xNzg4MjkyNjY1*_ga_TQVES5V6SH*czE3ODgyOTI2NjQkb-zEkZzAkdDE3ODgyOTI2NjQka-jYwJGwwJGgwJGRqU0JCSWpJM3JCcm1DWm1LVTKydXFAX0pFTXM1V3RSVUdn

Fünf Spitzenkandidierende, ein Podium: FDP, BSW, Die PARTEI, Tierschutzpartei und Volt sagen, was sie in Berlin anders machen wollen.

Nur 19 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind laut BerlinTREND (Infratest dimap im Auftrag des rbb, 04.09.2026) mit der Arbeit des Senats zufrieden, 77 Prozent sind es nicht.

Das ist eine Ansage. Trotzdem richtet sich der Blick im Wahlkampf meist auf die etablierten Parteien, während kleinere Stimmen oft untergehen. Dabei wäre gerade jetzt der Moment, auch ihnen und ihren Ideen eine Bühne zu geben.

Diese Arena setzt da an. Fünf Spitzenkandidierende, die im Wahlkampf seltener im Rampenlicht stehen, stellen sich 90 Minuten lang der offenen Diskussion, mit konkreten Antworten und Lösungen statt der Haltung 'Berlin ist halt so'.

Die Idee zu diesem Format und der Name stammen von **Hajo Schumacher**.

Wer auf der **Bühne steht**, in alphabetischer Reihenfolge:

Anna Auerbach (Volt)

Manaf Hassan (BSW)

Christoph Meyer (FDP)

Martin Pohlmann (Die PARTEI)

Nico Poschinski (Tierschutzpartei)

Moderation: **Hajo Schumacher** und **Sara Sievers**

Eine Veranstaltung der Stiftung **AusserGewöhnlich Berlin** und **politik&kommunikation**.

Montag, 7. September 2026, 18:30–20:00 Uhr

Quadriga Café, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Eintritt frei - Anmeldung erforderlich.

Gerade bei einer Wahl, in der so viele unzufrieden und unentschieden sind wie seit langem nicht mehr, sollten die Inhalte kleinerer Parteien gehört und diskutiert werden. Diskutiert werden die vier großen Themen der Stadt: Wohnen, Wirtschaft, Mobilität, Bildung. Jeder Spitzenkandidierende bringt ein zusätzliches Kernthema aus dem eigenen Wahlprogramm mit; *Quelle: Veranstalter*

Im **BerlinTREND** vom 4. September haben die Befragten folgende Prioritäten gesetzt:

- Mieten / Wohnen 32 Prozent
- Einwanderung / Asyl 10 Prozent
- Sicherheit / Kriminalität 9 Prozent
- Mobilität / Verkehr 8 Prozent
- Schule / Bildung 9 Prozent

Auf den vorderen fünf Plätzen sind Umwelt und Klima nicht zu finden. Tja.

Kommen Sie gut durch die KW 37 und regen Sie sich heute Abend nicht zu sehr auf.

Ed Koch

PS: Bevor Sie fragen: Hinfahrt Berlin-Minden eine halbe Stunde Verspätung, Umleitung zwischen Wolfsburg und Hannover. Rückfahrt, eine Stunde Verspätung. Darüber redet man ja nicht mehr... Halt auf freier Strecke, weil kein Gleis im anzufahrenden Bahnhof frei ist. Durchsage vor Wolfsburg: Wir müssen den Knoten erst auflösen.

Wo bleibt das Positive?

Von meinem Urlaub in Minden abgesehen, gab es ein weiteres schönes Erlebnis in dieser Woche, gestern am 5. September.

Es wäre deplatziert, den Bericht darüber an diesen Newsletter anzukleben. Also gibt's einen KW 36 Teil 2 – Das Positive in dieser Woche.

38) Ed Koch am 02.09.2026 aus dem Urlaub: Russland Sanktionen

02.09.

Russland Sanktionen

Sorry, ich hatte Ihnen versprochen, mich erst wieder am 6. September zu melden. Weil ich vermutlich bis dahin geplatzt wäre, habe ich alles darangesetzt, aus dem Urlaub diesen Kommentar versenden zu können.

Ich halte die so genannten „harten Maßnahmen“ gegen Russland für einen großen Fehler. Dass uns Russland permanent mit allen möglichen Mitteln angreift, ist keine Neuigkeit. Unser Problem ist die schwache Abwehrleistung. Darin sollten wir investieren. Putin ist ein menschenverachtender Verbrecher, der nicht nur Kinder ermordet, sondern auch fremde Länder erobern will, nachdem er sie zerstört hat. Sein Angriff auf die Ukraine als Notwehr zu bezeichnen, um einen bevorstehenden Angriff der NATO zu verhindern, ist absurd. Das weiß er selbst. Kein Land der Erde würde je auch die Idee kommen, Russland angreifen zu wollen.

Deutschland ist der größte Unterstützer der Ukraine, und damit sind wir automatisch für Putin Kriegsgegner. Alles deutet daraufhin, dass die Drohnen am Leipziger Flughafen den Absender Russland tragen. Ob die Beweislage ausreicht, weiß ich nicht. Es geht um Indizien, also indirekte Beweise, schlimm genug. Aber unser Innenminister und auch der Außenminister sind sich sicher, was etwas bedeuten kann, aber nicht muss. Ein Angriff auf Deutschland muss als Angriff auf die NATO gewertet werden, und Europa muss reagieren.

Die bisherigen 22 Sanktionspakete haben Russland nicht in die Knie gezwungen, geschweige veranlasst, einen Gedanken darauf zu verschwenden, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Für Deutschland und Europa ist die Unterstützung der Ukraine alternativlos, denn gäbe man sie auf, wäre das Land binnen kürzester Zeit ein Satellitenstaat Russlands, und welcher andere europäische Staat wäre dann der nächste?

Trotz all dieser Tatsachen ist es ein Fehler, das „Russische Haus“ und das letzte verbliebene Konsulat in Bonn zu schließen. Was bringt uns das? Wir wissen doch, wer in das „Russische Haus“ ein und aus geht, oder nicht? Wird es nicht überwacht? Und auch das Konsulat in Bonn steht doch hoffentlich unter ständiger Beobachtung. Im alten West-Berlin des Kalten Krieges gab es mehr Spione in Berlin als Touristen. Heute muss man keinen Spion mehr im Kanzleramt unterbringen, es reicht, den Server zu hacken.

Nein, die vorhandenen russischen Einrichtungen in Deutschland müssen erhalten bleiben, denn, wann auch immer, wird es eine Zeit nach Putin geben und irgendwann wird ein neuer Gorbatschow erscheinen.

Was haben wir davon, wenn jetzt im Gegenzug die Goethe-Institute in Russland geschlossen werden, oder das Generalkonsulat in Sankt Petersburg. Sollte man diesen Fuß in der Tür nicht drin behalten? Wir müssen Russland den Dialog aufzwingen, den lahmen Gaul Diplomatie weiter reiten. Sanktionen bringen uns nichts, aber eine schlagkräftige Abwehr. Drohen über Deutschland mit unbekannter Herkunft müssen nicht gefilmt, sondern sofort abgeschossen werden. Die kritische Infrastruktur muss besser geschützt werden, dazu gehören auch Flughäfen.

Putins Lügen-Clique wird uns in den nächsten Tagen was vom Pferd erzählen. Es wird ja schon das Narrativ verbreitet, dass natürlich die Ukrainer selbst die Drohnen nach Leipzig geschickt hat. Ich sehe die Nachrichten-Sendungen des russischen Fernsehens sehr gerne, wenn sich dort mit Schaum vor dem Mund Experten äußern, die genau wissen, dass sie lügen, dies aber mit großer schauspielerischer Leistung machen.

Ich gebe ungern Putin recht, aber es stimmt, was er sagt, diese Sanktionen sind ein „schwerer Fehler.“

Ed Koch

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galiziendeutschen - Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite B 97

01) umbenennen?! Berliner Straßennamen in der Diskussion

[Berliner Landeszentrale für politische Bildung](#)

12.10.2026

Offenes Symposium

An welche Persönlichkeiten, Orte und Ereignisse erinnern Berlins Straßennamen? Passen diese Namen zur heutigen pluralen Erinnerungskultur?

Das Projekt **umbenennen?! Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart** lädt zu einem Symposium in das Museum Neukölln ein. Gemeinsam wollen wir die Praxis von Straßen(um)benennungen in Berlin diskutieren, die Arbeit von vielen Berliner Initiativen in Bezug auf ihren Umgang mit Straßennamen kennenlernen und zum Ende des Wander-Ausstellungsprojekts **umbenennen?!** ein Resümee ziehen.

Die Kulturwissenschaftlerin und Autorin Asal Dardan («Traumaland») gibt mit einer Keynote den Auftakt zur Tagung. Anschließend diskutieren wir in kleinen Foren anhand konkreter Beispiele folgende Fragen: Wie funktioniert plurales Erinnern heute? Was ist in Bezug auf Straßennamen in der Zukunft denkbar? Welche Handlungs-, Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gibt es im Feld der Straßen(um)benennungen? Dafür geben erfahrene Akteur*innen Einblicke in ihre Praxis.

Die Tagung richtet sich an alle Interessierten, an Berliner Initiativen, Museen und Verwaltungen ebenso wie an Multiplikatoren, Akteure aus Kunst und Aktivismus sowie Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen und Fachausschüsse, die sich praktisch mit Erinnerungskultur im öffentlichen Raum auseinandersetzen.

Die Veranstaltung ist als Bildungszeit nach dem Berliner Bildungszeitgesetz anerkannt, da sie von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet wird.

Zum Hintergrund:

umbenennen?! Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart ist ein gemeinsames Forschungs-, Ausstellungs- und Vermittlungsprojekt des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und des Arbeitskreises Berliner Regionalmuseen, gefördert durch die LOTTO-Stiftung Berlin. Die Tagung schließt dieses Projekt ab und fokussiert die Perspektiven der internationalen Tagung von November 2025 noch einmal auf Berlin. Während bei der ersten Tagung vergleichende Forschung angeregt und verschiedene Disziplinen verknüpft wurden, um die Geschichte(n) hinter Straßennamen kritisch zu beleuchten, fragt die zweite Tagung nach konkreten Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Feld der Straßen(um)benennungen.

Programm

- 10:00
Einlass
- 10.30 Uhr
Beginn
- Begrüßung
Keynote von Asal Dardan, Autorin von »Traumaland«
Mittagspause mit Ausstellungsbesuch »Um|Benennen – Neukölln und seine Straßennamen«
Diskussionsforen zur Auswahl mit je drei Akteur:innen aus vier Themenbereichen:
 - “Aktionsformen” mit der Berliner Geschichtswerkstatt, Decolonize e.V., Centrum Judaicum
 - “Vermitteln” mit Berlin Postkolonial, Margot-Friedländer-Gymnasium, Projekt “An wen wollen wir erinnern? Widerständige Frauen gegen den Nationalsozialismus in Lichtenberg”
 - “Ausstellen” mit FHXB Museum + Straßenlärm e.V., Museum Tempelhof-Schöneberg, Museum Treptow-Köpenick
 - “Beteiligen” mit Beauftragter für Antisemitismusprävention Treptow-Köpenick, Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., sowie der Historikerin Annette Leo über Umbenennungsdebatten in den 1990er Jahren in Ost-Berlin

Kaffeepause

Abschlusspodium

- 17.30 Uhr

Ende

- **Kooperationspartner:**

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.
Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen

Montag, 12. Oktober 2026, 10.30–17.30 Uhr

Museum Neukölln, **Alt-Britz 81**, 12359 Berlin / [Stadtplan](#)

Das Museum hat einen barrierefreien Zugang. Die Ausstellung befindet sich im Erdgeschoss und ist zu einem sehr großen Teil ebenerdig. Vom Ausstellungsraum im Erdgeschoss zum Geschichtsspeicher im ersten Stock gibt es einen Aufzug.

Barrierefreiheit: 

- Entgelt:
Die Teilnahme ist entgeltfrei.
- Anmeldung:
Melden Sie sich bitte [online](#) an.
- iCalendar:
[Termin im eigenen Kalender speichern](#)
- Ansprechperson:
Anja Witzel, [E-Mail](#), Telefon (030) 90249 3056

01) Gudrun Ehlert, Schlesien, hat uns verlassen

Sie war die gute Seele unserer Geschäftsstelle.

Aber nur durch Zufall haben wir von Ihrem Ableben erfahren.

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 08. Oktober 2026, 13 Uhr, auf dem Ev. Friedhof Berlin-Lichtenrade, Paplitzer Str. 10–24, 12307 Berlin, statt.

Dieser Friedhof ist auch die letzte Ruhestätte vom westpreußischen Theater- und Kunstkritiker, Redakteur und Schriftsteller **Paul Fechter** (* 14. September 1880 in Elbing; † 9. Januar 1958 in Berlin).

Wir hoffen, dass wir in der nächsten Ausgabe des AGOMWBW-Rundbriefes einen ehrenden Nachruf zu Frau Gudrun Ehlert veröffentlichen können.

Die Redaktion